

11. Heft | 12. Juni 1913

WILHELM SCHRÖDER NACH DEN PREUSSI-SCHEN LANDTAGSWAHLEN 1913



EI der eigentümlichen Art von Wahlkampf, der sich unter dem preußischen Wahlrecht abspielte, hat die Zusammensetzung des preußischen Abgeordnetenhauses nicht wesentlich verändert werden können. Im Verhältnis zur Zahl der 1908 gewählten Vertreter hat die Sozialdemokratie allerdings günstig abgeschnitten; sie behauptete ihre bisherigen 6 Sitze und gewann 4 neue hinzu. Die Konservativen haben 17 Sitze verloren und 10 gewonnen; sie zählen im neuen Haus 148 Abgeordnete statt 155 im alten. Die Freikonservativen haben 9 Mandate eingebüßt und 2 gewonnen, sind also 53 statt 60 Abgeordnete stark. Das Zentrum hat 5 Sitze gewonnen und ebensoviel verloren, kehrt somit in der

alten Stärke von 103 Mann zurück. Die Nationalliberalen haben 13 Sitze gewonnen und 5 verloren, sind also durch 73 Abgeordnete statt der bisherigen 65 vertreten. Die fortschrittliche Volkspartei mußte 5 Sitze abgeben und hat 10 gewonnen, ist somit vorab 39 Mann stark. Von den kleineren bürgerlichen Gruppen haben die Polen 2 Sitze verloren und zählen jetzt 12 Vertreter; die Dänen behaupteten ihre 2 Sitze, die konservativen Wilden zählen statt 3 jetzt nur 2 Vertreter. In 2 Wahlkreisen waren nachträglich Stichwahlen angeordnet, nämlich in Brandenburg-Westhavelland, wo die Fortschrittler nicht die erhofften 3 Mandate sondern nur 2 eroberten, weil die Nationalliberalen in ihrer Unzuverlässigkeit einem der 3 Konservativen, die in Stichwahl standen, zum Sieg verhalfen, und im 12. Berliner Wahlkreis. Im einzelnen ist weiter beachtenswert, daß die Fortschrittler in Danzig 3 bisher konservative Mandate erobert haben, daß Teltow-Wilmersdorf 1 fortschrittlichen und 1 nationalliberalen Abgeordneten an Stelle der bisherigen 2 konservativen in den Landtag entsendet, daß die Sozialdemokratie in Breslau 2 fortschrittlichen Kandidaten durchgeholfen, hingegen den linksnationalliberalen Verbündeten der Fortschrittspartei nicht unterstützt und so die Wahl eines Zentrumsmanns direkt herbeigeführt hat, und daß in Pinneberg die Fortschrittler den Sozialdemokraten, der ihnen in der Hauptwahl um nur wenige Stimmen voraus war, in der Stichwahl gegen den Freikonservativen durchfallen ließen.

Hauptsächlich nahm aber der Wahlkreis Niederbarnim das öffentliche Interesse in Anspruch. Hier waren 1908 durch einen gegen die Sozialdemokratie gerichteten Kompromiß von den 3 zu vergebenden Mandaten eines den Konservativen, eines den Freikonservativen und eines den Fortschrittlern zugewiesen worden. Diesmal erklärten die Liberalen ihre eigenen Wege gehen zu wollen. Die Folge war, daß die Sozialdemokraten an die 1., die Konservativen an die 2. und die Liberalen an die 3. Stelle traten. Die Sozialdemokraten waren nicht weit von der absoluten Mehrheit entfernt, und nur mit gemeinsamer Aufwendung aller Kräfte hätte der Wahlkreis für bürgerliche Kandidaten gerettet werden können. Diesen Umstand benutzten die Konservativen, um den Fortschrittlern, obgleich diese, wie gesagt, mit der Zahl ihrer Wahlmänner an letzter Stelle standen, von den 3 Mandaten zuerst eines und dann noch ein zweites anzubieten. Sie ließen letzten Endes durchblicken, daß es ihnen auch auf Opferung des 3. Mandats nicht ankäme. wenn die Fortschrittler nur die gemeinsame Sache des Bürgertums retten und den Landtag vor 3 neuen Sozialdemokraten bewahren wollten. Doch blieben die Fortschrittler schon im Hinblick darauf, daß ihnen ohne sozialdemokratische Hilfe Breslau wieder verloren gehen mußte, standhaft. Während die Nationalliberalen amtlich die Parole ausgaben, daß bei Stichwahlen auf alle Fälle der bürgerliche Kandidat gegen den Sozialdemokraten zu unterstützen sei, eine Parole, die diese Partei prompt in Breslau zu büßen hatte, rafften sich die Fortschrittler zu einem regelrechten Bündnis mit der Sozialdemokratie auf. Sie verstanden sich zu der Weisung an ihre Wahlmänner, daß diese in der Stichwahl zwischen Sozialdemokraten und Konservativen auf keinen Fall für den Konservativen stimmen dürften, wohingegen die Sozialdemokraten ihre Hilfe den Fortschrittlern dort zusicherten, wo sie mit Konservativen zu kämpfen haben würden. Das nur passive Verhalten, zu dem die Fortschrittler sich in der Stichwahl verstehen sollten, war nicht gerade eine Heroenleistung; immerhin erfüllte es im sozialdemokratischen Sinn seinen Zweck und gab so, wenn man Kleines mit Großem vergleichen will, den diesjährigen Landtagswahlen ein ähnliches Gepräge wie die sozialdemokratische Dämpfungstaktik den vorjährigen Reichstagswahlen.

Bemerkenswert ist immerhin noch, daß in der Niederbarnimer Stichwahl auch die nationalliberalen Wahlmänner der amtlichen, hier den Konservativen zugute kommenden Parteiparole nur zum geringen Teil folgten, wohingegen allerdings auch nur ganz wenige Liberale direkt für die Sozialdemokratie eintraten. In der Hauptwahl erhielten die Sozialdemokraten 1097, die Konservativen 718 und die Liberalen, von denen wohl an 100 Wahlmänner überhaupt zu Hause blieben, 443 Stimmen. In der Stichwahl nun siegten die Sozialdemokraten mit 1119 gegen 765 konservative Stimmen. Unter den 22 bürgerlichen Wahlmännern, die in der Stichwahl für den Sozialdemokraten stimmten, waren überdies noch 11 Demokraten.

Von positiver Stimmabgabe zugunsten der Sozialdemokratie war auf liberaler Seite, wie man sieht, in diesem Fall also nicht die Rede; aber der Mangel war ja im Hinblick auf das Ergebnis ohne Belang und hatte sein Seitenstück in dem offiziell gebotenen passiven Verhalten der sozialdemokratischen Wahlmänner dort, wo der Sieg der Liberalen im Kampf mit den Konservativen ebenfalls außer Frage stand. Weit mehr Bedeutung als der Umfang des Wahlabkommens hat die Tatsache, daß in einem Punkt wenigstens zwischen Fortschrittlern und Sozialdemokraten überhaupt eine Verständigung erzielt werden konnte. Beide Parteien fanden sich; man kann ruhig sagen: im Gegensatz zu den einengenden Resolutionen, die seinerzeit auf den beiderseitigen Preußentagen gefaßt wurden. Und das ist das Wichtige. Vor allem wenn man noch in Betracht zieht, daß es sich um eine Wahl mit öffentlicher Stimmabgabe handelte, um eine Wahl also, wo wohlwollende Passivität auf liberaler Seite am Ende ebensoviel Standfestigkeit erforderte wie die Abgabe eines Stimmzettels bei den geheimen Reichstagswahlen.

Daß eine solche Verständigung, gleichviel auf welcher Grundlage, an sich das Wesentliche war, das haben die Konservativen als gute Rechner weit leichter begriffen als jener Teil unserer eigenen Parteigenossen, der seine politische Belanglosigkeit hinter dem Popanz einer wunderlichen Prinzipienfestigkeit verschleiert. Während das Hallesche Volksblatt am 30. Mai noch in unsere Parteileitung eindrang sich zu einer Verständigung mit den Fortschrittlern höchstens in dem Fall herabzulassen, daß diese in Niederbarnim »ohne jeden Vorbehalt laut und deutlich für die sozialdemokratischen Kandidaten stimmten«, folgte auf konservativer Seite eine Beschwörung nach der andern an die Fortschrittler doch vom Pakt mit dem Bösen abzulassen und die gemeinsame bürgerliche Sache nicht zu verraten. Hier begriff man sofort, was auf dem Spiel stand. Die Konservativen wissen so gut wie unsere Überradikalen, daß es, um mit dem Halleschen Parteiblatt zu reden, »für die Machtverhältnisse und die Machtpolitik der Junkerkammer bedeutungslos ist, ob ein paar Fortschrittler mehr oder weniger im Klassenhaus sitzen«. Wohl aber sind sie sich darüber klar, daß die konservative Vorherrschaft in Preußen solange unangetastet bleibt als sozialdemokratische Arbeiterschaft und liberales Bürgertum in Fehde mit einander leben, daß die Götterdämmerung aber herannaht, sobald beide Bevölkerungsgruppen sich auch nur in taktischen Fragen zu verständigen suchen. Daher die Aufregung der Konservativen bei den Reichstagswahlen des vorigen Jahres, daher die Beschwörungen in dem eben verflossenen Augenblick. Daß Bebels Wort - Wenn wir Preußen haben, dann haben wir alles« seinen guten Sinn hat, weiß die Arbeiterschaft. Sie hat aber auch die sachlich genommen gewiß bedauerliche Tatsache aus der Erfahrung hinnehmen müssen, daß die Eroberung Preußens keine ganz einfache Sache ist. Weder auf parlamentarischem noch auf außerparlamentarischem Weg, weder von der Straße aus noch etwa auf dem Umweg über den Reichstag läßt sich die Macht der Konservativen leichterhand brechen. Zum Glück haben aber immerhin nicht ganz unbeträchtliche Schichten des Bürgertums geradeso wie die Arbeiterschaft ein wirtschaftliches und politisches Interesse an der Änderung des jetzigen Zustands, und beide Interessengruppen lernen aller sonstigen Gegensätzlichkeit zum Trotz langsam erkennen, daß sie, um überhaupt vorwärts zu kommen, ein Stück Wegs mit einander gehen müssen. Im gegenwärtigen Fall haben Liberale wie Sozialdemokraten darunter zu leiden, daß ihnen diese Erkenntnis erst im allerletzten Augenblick gekommen ist, und nicht schon vor einem halben Jahr, als noch genügend Zeit war zu ihren Parteitagen einen verständigen Feldzugsplan vorzubereiten.

Aber haben die Konservativen nicht im Grunde recht, wenn sie betonen, daß

der liberale Teil des Bürgertums sich ins eigene Fleisch schneidet, wenn er mit seinem Todfeind kompromisselt? Will die Sozialdemokratie, die sich als Vertretung der Arbeiterschaft aufspielt, etwa nicht die bestehende Weltordnung umstürzen? Darauf ist rein objektiv und auch von unserm Parteistandpunkt aus in aller Gemütsruhe zu antworten, daß die Arbeiterschaft mitsamt ihrer sozialdemokratischen Vertretung vorerst eigentlich näherliegende Sorgen hat als die um die ungeschmälerte Virtuosität des Posaunenchors vom Umsturz des Bestehenden. Schon um deswillen, weil außerhalb des Bereiches unserer Partei liegende Kräfte, so Staat und Gemeinde, zwar nicht auf den Umsturz wohl aber auf die Unterhöhlung der heutigen Wirtschaftsordnung so vorzüglich hinarbeiten, daß gegenwärtig uns nicht sonderlich viel zu tun übrig bleibt. Vorläufig handelt es sich wenigstens in Preußen und im Reich darum, daß die Vorherrschaft jener kleinen Gruppe und ihrer Bundesgenossen gebrochen wird, jener Gruppe, die die politische (und zum Teil auch die wirtschaftliche) Entwickelung des Landes mit aller Macht zu hemmen sucht, und von der sich heute fast ebenso sehr wie die Arbeiterschaft auch das Bürgertum bevormunden lassen muß.

Die Sozialdemokratie gewinnt nach bisheriger Erfahrung im selben Maß an Anhang und Bedeutung als sie die Predigt von den letzten Dingen sich als gelegentlichen Sonntagsnachmittagsgenuß reserviert und dafür ihre Kraft auf die Reformtätigkeit im Gegenwartsstaat verwendet, eine Arbeit, in der sie ja bisher schon ganz Anerkennenswertes geleistet hat. Sie mußte hierbei, ob gern oder ungern, soweit es sich um parlamentarische Erfolge handelte, immer die Mithilfe eines Teils des Bürgertums in Anspruch nehmen. Der an politischen Reformen interessierte Teil des Bürgertums kommt aber mit dem Anwachsen der sozialdemokratischen Partei allem Sperren zum Trotz nicht um die Notwendigkeit herum die Macht, die in dieser Partei verkörpert ist, positiv in Rechnung zu stellen. Heute schon kann man in konservativen Kreisen dauernd hören, daß die 110 im Reichstag die ganze politische Sachlage beeinflussen. Liegen nun auch im Landtag die Verhältnisse ganz anders, so besteht doch infolge der hier geübten konservativen Vorherrschaft in gar manchen Stücken für die gesamte Linke das Bedürfnis gemeinsamen Wirkens weit stärker als im Reichstag. Diesem Bedürfnis sich nicht unnötig zu widersetzen ist eine der wesentlichen Aufgaben, die die Sozialdemokratie zu erfüllen hat. Sie muß auch hier erkennen, daß ihr Einfluß im selben Maß abnimmt wie es den Konservativen gelingt sie von den übrigen bürgerlichen Parteien zu isolieren.

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx MAX SCHIPPEL · JAPANISCHE EINWANDERUNG, KALIFORNIEN UND DIE VEREINIGTEN STAATEN

ACH eigener japanischer Darstellung hätte noch vor kurzem das Mikadoreich eine merkbare Auswanderung überhaupt nicht gekannt. Aber hierin war die Wandlung offenbar nicht minder gründlich und erstaunlich als in der ganzen weltpolitischen Stellung gründlich und erstaunlich als in der ganzen weltpolitischen Stellung Japans sonst. Japan hatte während vieler Menschenalter, bis zum Beginn der Meijiperiode, sich schroffer als irgendein anderer Staat nach außen hin abgeschlossen, selbst gegen die meisten seiner asiatischen Nachbarländer. Die Inselheimat zu verlassen war bis zur Mitte des 19. Jahr-

MAX SCHIPPEL · JAPANISCHE EINWANDERUNG, KALIFORNIEN UND DIE ETC.

hunderts genau so mit schweren Strafen bedroht wie der Bau und Besitz von Schiffen für den Fernhandel, wie die Annahme eines fremden Glaubens und schließlich sogar der blcße Nachrichtenverkehr mit dem nichtjapanischen Kulturkreis. Dennoch, wirtschaftlich, politisch und kulturell, welch eine unlösbare und vielseitige Verkettung mit fast allen hervorragenderen Fremdgebieten nach kaum einem halben Jahrhundert. Und wie man nunmehr schon seit Jahren weiter hinzufügen darf: welch ein tiefer, unauslöschlicher Eindruck der jungen japanischen Auswanderung nicht nur auf engerverbundene asiatische Landstriche, wie Korea und Formosa, sondern auch auf die großen Vorinseln und Besitzungen der neuen Welt, wie Hawai und die Philippinen, und endlich auf den nord- und südamerikanischen Kontinent selber, Kanada und die Vereinigten Staaten dabei an der Spitze.

Im Anfangsjahr der neuen Ära, 1868, soll zum erstenmal eine Handvoll (48) Japaner nach dem damals noch unabhängigen Hawai geschickt worden sein; der nächste Nachschub, 943 Mann stark, erfolgte nicht vor 1885, nach 17 Jahren. Zunächst immer unter hoher obrigkeitlicher Beaufsichtigung und Leitung, da die persönliche Auswanderungsfreiheit und die gewerberechtliche Freigabe des zugehörigen Agentenwesens und Schiffahrtsbetriebs nur langsam sich durchsetzte. Nach Östen und Südosten zu blieben die Sandwichinseln geraume Zeit das Hauptziel der anschwellenden Bevölkerungsbewegung, auch nachdem die vergeblich bekämpfte politische Angliederung an die Vereinigten Staaten /1898/ manche Einschränkungen gebracht hatte. Die Zahl der Japaner auf Hawai wurde 1890 auf 12360, 1900 auf 62122 angegeben. Dann lockten die aufstrebenden pazifischen Küstenstaaten Nordamerikas immer stärkere Wanderscharen herbei: vor allem Kalifornien mit Sacramento, San Franzisko und Los Angeles, dann Oregon und Washington mit den großen Einfallstoren Seattle-Tacoma und Portland, zuletzt mehr und mehr auch Britisch Kolumbien mit seiner Fischerei in den Küsten- und Stromgewässern, mit seinen Bergwerken und Obstfeldern. Und von allen diesen neuen Stammsitzen aus entfalteten sich jedesmal auch rasch zahlreiche schmalere Nebenzweige nach den Innenbezirken zu, so daß in Kanada selbst Alberta und Saskatschewan, in den Vereinigten Staaten wiederum Montana, Nevada, Utah und Arizona ihre bald größere bald kleinere sonderstaatliche Japanerfrage haben. Bereits 1909 beschäftigten sich beispielsweise die Volksvertretungen von Nevada und Oregon mit Landbesitzanträgen, die sich, ähnlich wie die heutigen kalifornischen, offenkundig gegen die Japaner richteten, während im Unterhaus von Montana der gemeinsame Unterricht von weißen mit chinesischen und japanischen Kindern bekämpft wurde. Der Name des streitbaren Präsidenten des Nevadaparlaments war damals in der Union lange Zeit in aller Munde. Sprecher Giffen hatte sogar in einem flammenden Resolutionsantrag Kalifornien zum hartnäckigsten Widerstand gegen das Zureden und Abwinken seitens der Bundesregierung ermuntert und, fast ebenso wie neuerdings das Mitglied des Washingtoner Repräsentantenhauses Sisson hinzugefügt: »Müssen wir früher oder später Krieg mit dem japanischen Reich haben, so ist heute die günstigere Zeit unsern Willen gegen jenen Staat durchzudrücken.« Kurz zuvor drohte die diplomatische Vermittlungspolitik des kanadischen Arbeitsministers Lemieux, der 1908 eigens nach Japan zu Unterhandlungen gereist war, an dem radikalen Starrsinn der provinzialen (einzelstaatlichen, würden wir sagen)

Gesetzgebungen und Verwaltungen zu scheitern, die dem unerquicklichen gelben Wettbewerb kurzerhand ein weniger diplomatisches Ende zu bereiten gedachten.

Doch bleiben wir heute ausschließlich bei den kalifornischen Vorgängen und ihren Beziehungen zur Bundespolitik.



UF den ersten Blick scheinen hier Erregung der Wähler und der gesetzgebenden Körperschaften und tatsächliche Ausbreitung der Japaner in einem ganz lächerlichen Mißverhältnis zu stehen. Es gibt hysterische Stimmungsausbrüche und Panikanfälle bei ganzen Volksmassen, gerade auch bei den seltsam zusammengewürfelten,

leicht aus dem Gleichgewicht zu bringenden Massen Amerikas, und es ist deshalb erklärlich, wenn manche Beobachter nur die Achsel zucken über die raschvergängliche neueste wildwestliche Modeschrulle, selbst wenn sie sich über die augenbli¢kliche Stärke dieser Meinungsströmungen keinerlei Täuschung hingeben.

Im Jahr 1907 sollen im ganzen amerikanischen Westen, die Staaten Kalifornien, Nevada, Oregon, Washington und Idaho zusammengerechnet, etwa 80 000 Japaner vorhanden gewesen sein, davon ein Drittel in Kalifornien und etwas über 10 000 in San Franzisko. Damals waren allerdings in einem Jahr (in dem am 30. Juni 1907 endenden Fiskaljahr) 31 000 Japaner den Vereinigten Staaten zugeströmt, und die erste große Panikwelle rollte über den ganzen Westen hin. Aber die japanische Regierung erklärte sich nach den vermittelnden Vorstellungen Roosevelts bereit die Auswanderungserlaubnis für ihre Staatsangehörigen in Zukunft im allgemeinen zu verweigern. So sind denn in den letzten Jahren, nach den offiziellen Einwanderungslisten, nur verhältnismäßig wenige Japaner noch in Amerika eingetroffen (1909 3275, 1910 kaum 3000), nach den amtlichen Angaben meist Geschäftsreisende, Studierende, Beamte. Nicht selten stößt man deshalb auf die Behauptung, die Gesamtziffer der anwesenden Japaner sei, infolge der gar nicht seltenen Heimkehr in das asiatische Mutterland, seit dem kritischen Jahr 1907 zurückgegangen. Selbst wenn der heimliche Zufluß über die kanadische und mexikanische Grenze nicht gering wäre, so würde sich an dem Grundzug des Bevölkerungsbildes kaum allzuviel ändern.

Ähnlich mit dem Landerwerb, dem der jüngste kalifornische Feldzug in erster Linie galt. Der kalifornische Arbeitskommissar McLanghlin veröffentlichte in seinem letzten Zweijahresbericht (für 1911-1912) eine eingehende Statistik, die für 1912 nicht mehr als 12 726 und 17 596 Acres als japanisches Eigentums- und Pachtland zugestehen wollte. Selbst diese Besitzergreifung wäre wahrscheinlich wesentlich schwächer ausgefallen, wenn man durch den zwar bundesgesetzlichen, aber gleichfalls von Kalifornien angeregten Chinesenausschluß nicht das Eindringen der Japaner in den Gemüse- und Obstbau erleichtert, ja geradezu herausgefordert hätte. Denn den Kern des landbesitzenden und landpachtenden Japanertums finden wir in diesen arbeitsreichen Kleinkulturen, für die der dünnbesiedelte Küstenstaat schwer die genügenden lohnarbeitenden und kleinbäuerlichen Massen aufzutreiben vermag.

Jedoch zeigen sich bei näherm Zusehen auch recht andersartige Erscheinungen, die eine weniger harmlose Auffassung nahelegen.

Gewöhnlich häuft sich das eingewanderte Japanertum in gewissen Stadtvierteln und Landbezirken, vor allem in bestimmten Berufen und wird hier natürlich viel fühlbarer als bei einer gleichmäßigen Verteilung, wie man sie bei einer ersten flüchtigen Betrachtung der obenerwähnten Statistik zunächst immer vorauszusetzen geneigt ist. Daran reiht sich die verblüffend geringe Assimilierbarkeit, die ganz anders als beim nachgiebig sich duckenden Chinesen gar nicht selten bis zum geflissentlichen Hervorkehren einer kulturellen Unnahbarkeit, wenn nicht Überlegenheit sich steigert. Damit verschiebt sich natürlich das ganze Bild recht wesentlich. Speziell für das Gebiet der Lohnarbeit und für die Wirksamkeit der Gewerkschaften heißt nunmehr dies alles. daß in bestimmten Tätigkeitszweigen ein nach Menge und Beschaffenheit ungemein drückender Wettbewerb emporwächst, und daß dieser neue Zuwachs zwar so gut wie jede Solidarität mit den führenden weißen Lohnkampfbewegungen und Besserungsbestrebungen hartnäckig verweigert, daß er aber in überraschender Stärke einen ungewöhnlich festen innern Zusammenhalt in sich selber entwickelt: als Lohndrücker- und Streikbrechergarde, wie der kalifornische Tradeunionist mit Vorliebe behauptet. Wenn diese Möslichkeit alsdann weiter von gewissenlosen Unternehmern bewußt und überlegt ausgenutzt wird, um die gelbe Bedürfnislosigkeit systematisch gegen die Kulturerhaltung und weitere Kulturhebung der weißen Lohnarbeiterschaft auszuspielen, so läßt sich denken, wie viel gegenseitige Erbitterung und Verfeindung im Lauf verhältnismäßig weniger Jahre erzeugt werden konnten.

Die Erfahrungen der nichtlohnarbeitenden Kreise sind gleichfalls wenig erbaulich. Der Kleinbürger in San Franzisko sah sich nach dem Erdbeben mit einemmal aus einem der beliebtesten Wohnviertel verdrängt. Früher waren die Höhen neben der alten Chinesenstadt von den Japanern besetzt gewesen; beide Asiatenguartiere zusammen hatten eine Sonderwelt für sich gebildet, mit der die Weißen im großen und ganzen nur dann in Berührung zu kommen brauchten, wenn sie wollten und es ihnen zusagte. Nach der großen Katastrophe blieben die Chinesen, soweit sie sich unterdes nicht jenseits der Bai in Oakland niedergelassen hatten, ihrer alten Chinatown treu. Die Japaner strömten um so eifriger den erhaltenen, ganz fashionablen Nebenstraßen in der Nähe von Van Ness Avenue zu. an der das Feuer seine Grenze erreicht hatte, und die ein paar Jahre lang die große Citygeschäftsstraße ersetzen mußte, bis der Neubau von Market Street wieder genügend fortgeschritten war. Jede Festnistung hinter Van Ness Avenue war aber von einer entsprechenden Flucht seitens der weißen Nachbarn begleitet, so daß hier, im Herzen der Stadt. zwischen California und Ellis. Franklin und Webster Street sehr bald ein vollkommenes Neunippon sich erhob: man kann sagen, unter Abstoßung und mit Ausschluß der Weißen. Ähnlich vollzieht sich das Fortschreiten auf dem flachen Land: die erste größere japanische Ansiedlung wirkt abstoßend auf die weiße Umgebung, anziehend auf rascheste Weiterangliederung der national und kulturell gleichen Schichten. Der New Yorker American, sonst ein wenig vertrauenswürdiges Sensationsblatt, dürfte daher mit folgender Schilderung die Anschauungen der überwältigenden kalifornischen Weißenmehrheit durchaus zutreffend wiedergegeben haben:

»Die Japaner in den Mengen, in denen sie in Kalifornien vordringen, sind nicht nur nicht einwandsfrei sondern eine Gefahr. Sie fangen damit an einen kleinen Teil eines Bezirks zu besetzen und sich dort durch ihre persönlichen Gewohnheiten und orientalischen Eigenheiten so lästig zu machen, daß die kaukasischen Einwohner sehr bald genügend mürbe sind ihr Besitztum zu verkaufen und wegzuziehen. Die Japaner kaufen dann diese entwerteten Besitzungen zu Schleuderpreisen auf, sammeln neue japanische Elemente um sich und dehnen so die üblen Wirkungen ihrer Kolonisation weiter aus. Sie leben niemals auf gutem Fuß mit kaukasischen Nachbarn. Sie werden niemals Kaukasier beschäftigen, solange sie Japaner dazu bereitfinden. Sie kapseln sich in ihrem Orientalismus ein: ein Fremdkörper in dem amerikanischen politischen Organismus, eine stetig wachsende Gefahr für das Gedeihen unseres sozialen und politischen Systems. Diese Japaner sind keine Amerikaner; sie widersetzen sich innerlich und aktiv der amerikanischen Gedankenwelt und dem Gedeihen des amerikanischen Staatswesens. Sie sind Staatsangehörige Japans. Mehr noch: sie sind Heeresangehörige Japans, und bei genügender Anzahl können sie im gegebenen Fall zu einer japanischen Armee werden, die ihre Front entschlossen und machtvoll gegen unsere Regierung und unser Volk kehrt.«

Das regelmäßige sinnfällige Endergebnis der stärkern japanischen Zuwanderung: die ganz überwiegend oder rein japanische Kolonie, verletzt jedoch den Rassenstolz und das Herrengefühl der Weißen um so tiefer als gerade am Stillen Ozean manche, für den Europäer und seinen kolonialen Sprößling ziemlich bitteren Allgemeinerfahrungen dem Selbstbewußtsein der gelben Eindringlinge nur Recht zu geben scheinen. Warum konnte ein Weißer das nicht leisten, was der Kartoffelkönig von Kalifornien, George Schima, der über 4000 Acres sein Eigen nennt, für die geregelte Marktversorgung und den bessern Einzelvertrieb schuf? Oder, was wohl am meisten zu nachdenklichen Erwägungen anreizte, warum ist die amerikanische Überseefahrt von Seattle und San Franzisko aus, trotz aller wiederholten Anläufe, sogar seitens großer Überlandbahnkönige wie J. J. Hill, jederzeit ein klägliches Stückwerk geblieben, während die konkurrierende Japandampfschifffahrt seit langem dauernd blüht und gedeiht? Doch dies erklärt der westliche Politiker wiederum aus Staatssubventionen und Kulilöhnen, die ihm erst recht die Notwendigkeit von schützenden Gegenmaßnahmen gegen eine solche kulturhemmende Schleuderkonkurrenz zu beweisen scheinen.

Daß die meisten Arbeiter Kaliforniens fast durchgängig diese Allgemeinauffassung teilen, aber weiter noch ihre besonderen Klassenklagen und Anklagen hinzufügen, wurde an dieser Stelle schon öfter ausgeführt. Es ist sogar unbestreitbar, daß zeitweise die klassenbewußten Arbeiter, genau wie in Australien, die Kerntruppen der Japanerfeindschaft darstellen. Zweifellos würde ein wirkliches, ernstliches Widerstreben der Arbeiterwählerschaft jederzeit genügt haben gesetzgeberische Erfolge der Asiatic Exclusion-Bewegung zu verhindern. Gegen die jüngste Webbbill erhoben sich aber im kalifornischen Senat nur 2 von 30, im Unterhaus nur 3 von 75 Stimmen, trotz alles Bangemachens durch den Staatssekretär Bryan, den Vertrauensmann Dr. Wilsons, des Bundespräsidenten, selber. Die Arbeiterblätter, soweit sie mir zugänglich sind, spiegeln diese überall vorherrschende Grundstimmung ganz eindeutig wider.

Selbst die kalifornischen Sozialisten, von denen am ehesten eine unerschütterlich grundsätzliche Betonung der internationalen Interessengemeinschaft aller Ausgebeuteten zu erwarten gewesen wäre, gaben im Vorjahr ihren Delegierten zur Nationalkonvention in einer Resolution folgende Anweisung »Die asiatische Finwenderung ist und der

»Die asiatische Einwanderung, insbesondere der Chinesen und Japaner, wird immer mehr zu einer Gefahr für die weißen Arbeiter in Kalifornien. In der Landwirtschaft, auf den Wein- und Obstplantagen werden heute 58 % Japaner und nur 41 % Weiße beschäftigt. In vielen anderen Berufen und auch in Detailgeschäften wird die Konkurrenz der Asiaten (Japaner, Chinesen und Hindus) immer stärker gefühlt, und wenn dieser Einwanderung nicht energisch Halt geboten wird, dann werden die weißen Arbeiter bald alle verdrängt sein. Die Kapitalisten befördern diese Einwanderung, weil sie hoffen dadurch recht billige Arbeiter zu bekommen und dann imstande sein werden alle Arbeiterorganisationen der Weißen zu vernichten. Die amerikanischen Arbeiter werden durch die asiatische Einwanderung auf den Kulistandard herabgedrückt. Die kalifornischen Delegaten sind daher instruiert energisch für die bestehenden Ausschlußgesetze und weitere notwendige Gesetzgebung gegen asiatische Arbeiter einzutreten. Die asiatische Einwanderung ist nicht aur den politischen und wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen der Amerikaner gefährlich, sondern sie bringt auch ein weiteres Rassenproblem nach den Vereinigten Staaten. Die Asiaten sind nicht zu assimilieren und werden sich niemals für die fortschrittlichen und revolutionären Ideen der Arbeiter gewinnen lassen. Dieser Ansicht sind auch die Arbeiter und Sozialisten in allen übrigen Pazifikstaaten. Immer mehr weiße Arbeiter werden durch die billigen, bedürfnislosen Asiaten verdrängt und ins Elend gestürzt, und es ist höchste Zeit, daß dieser Art Einwanderung entschieden Halt geboten wird.«

Die Resolution war durch Referendumabstimmung mit 917 gegen 273 Stimmen zum Beschluß erhoben worden. In den gewerkschaftlichen Kundgebungen prägt sich die Grundstimmung naturgemäß eher noch widerspruchsloser und unabgeschwächter aus. In der Gompersschen Korrespondenz der Federation of Labor hieß es bereits im Oktober des Vorjahrs der Staat Kalifornien drohe beim Fortbestand der alten Verhältnisse zu einer japanischen Kolonie nach dem Zuschnitt des Territoriums Hawai zu werden: die Liga für den Asiatenausschluß erstrebe deshalb die Annahme eines Bundesgesetzes nach der Art der Rakerschen Exclusion Bill. Von allen Gewerkschaftsorganen an Ort und Stelle führte vielleicht das Coast Seamen's Journal (San Franzisko) während des ganzen parlamentarischen Feldzugs die kräftigste Sprache, sogar gegen das eigene Washington, das um der internationalen Beziehungen Amerikas willen mildere Seiten aufzuziehen empfahl: »Für Kalifornien heißt es jetzt wieder einmal mit seiner Gesetzgebung zum Schutz des Landes gegen asiatischen Besitz zu stehen oder zu fallen. Schon länger hat sich die Legislatur jede Session mit der Frage beschäftigt, um zuletzt stets vor irgendeinem Zwang zurückzuweichen. Der dicke Knüppel [ein alter Lieblingsaus-druck Roosevelts] wurde über den Köpfen der Volksvertreter geschwungen. Man drohte dem Einzelstaat mit Bundesheer und Bundesflotte, sollte er einen andern Kurs steuern, als man ihn seitens der Regierung in Washington wunschte Schon der Gedanke einer Bundesbevormundung in einer Angelegenheit der Einzelstaatskompetenz ist in jeder Beziehung schlecht genug. Aber hinter ihm liegt ein noch mehr unheilschwangeres Ansinnen: die Bevormundung durch einen fremden Staat In ihrem Versuch dem Volk und den Bevollmächtigten Kaliforniens Vorschriften zu machen waren die Bundesbehörden nur die Werkzeuge, die Mundstücke und die Düpierten [cats-paws] Japans. Ein solches Verhältnis ist unerträglich fur unsere Selbstachtung, und wenn man seine Fortsetzung gestattet, so wird sich bald jedes gesunde Menschengefühl dagegen aufbäumen..... Wir wissen freilich, daß Japan sich mit keiner Maßnahme in dieser Richtung zufrieden geben wird. Die japa-nische Nation ist offenbar willens in dieser Beziehung eine Oberherrschaft über Kalifornien und über das ganze Land aufzurichten. Unter solchen Voraussetzungen bleibt Kalifornien weiter nichts übrig als seinerseits an seinem Recht als amerikanisches Staatswesen festzuhalten. Weniger tun hieße seiner Stellung in der Brüderschaft freier Staatswesen sich für unwürdig erklären . . . Eines ist klar: Die japanische Frage, als Einwanderungs- oder als Landbesitzproblem, kann niemals durch eine Politik des Schwankens und des Kotaus gelöst werden. Ebenso klar ist, daß Japan niemals das Recht der betreffenden Staaten auf Selbstentscheidung anerkennen wird. Aber das alles ist kein Grund, warum irgendein Staat das Recht der Selbstbestimmung aufgeben sollte.«



AMIT ständen wir vor den vielumkämpften rechtlichen Streitfragen: zwischen Bund und Einzelstaaten wegen ihrer ineinandergreitenden, über- und untergeordneten gesetzgeberischen Zuständig-

keit, zwischen Inland und Ausland wegen der internationalen, einseitig nicht aufzuhebenden Vertragspflichten und des autonomen nationalen Gesetzgebungsrechts. Der Verfassungsaufbau und die internationale Stellung der Vereinigten Staaten bietet hier ganz eigenartige Schwierigkeiten, und die Risse, die man unter Roosevelt durch Kompromisse mehr zu vertuschen als zu beseitigen suchte, treten jetzt peinlich zutage.

Die Union (das Reich, wie wir in Deutschland sagen würden) schließt selbstverständlich die internationalen Verträge ab und ist für deren Einhaltung verantwortlich. Die Folgen jeder Vertragsverletzung würden nicht Kalifornien, den Einzelstaat, treffen sondern die Union, den unlösbaren staatsrechtlichen Verband aller 48 Einzelstaaten, von überseeischen Besitzungen wie Hawai und den Philippinen ganz abgesehen. Man kann es also nur billigen, daß man es von Washington aus auf das peinlichste zu verhüten suchte Japan einen Grund oder auch nur einen Vorwand zu einer Beschwerde zu bieten. Aber die in Betracht kommenden internationalen Abmachungen lauten so wenig klar, daß Japan und Kalifornien grundverschiedene Rechte und Pflichten daraus ableiten.

Bis 1911 wäre Amerikas Stellungnahme unangreifbarer gewesen als heute. Bis dahin hatte noch die Ausnahmeklausel gegolten, die mehr und mehr dem japanischen Selbstgefühl verletzend erschien, und die alsdann tatsächlich in dem neuen japanisch-amerikanischen Vertrag zum Wegfall kam:

»Es herrscht aber Einverständnis, daß die Bestimmungen dieses und des vorangehenden Artikels in keiner Weise die Gesetze, Verordnungen und Verfügungen berühren, die betreffs der Einwanderung von Arbeitern ... in Kraft stehen oder in Zukunft in einem der beiden Länder erlassen werden mögen.«

Heute beruft sich Japan auf die folgenden Zusicherungen in Artikel 1 des 1911 geregelten Vertrags:

»Die Staatsbürger [citizens] oder Untertanen [subjects, Angehörigen] der einen der hohen vertragschließenden Parteien sollen Freiheit haben die Staatsgebiete der andern Partei zu betreten, zu bereisen und sich darin niederzulassen [to enter, travel and reside in the territories of the other], dort Handel im Großen wie im Kleinen zu treiben [to carry on trade, wholesale and retail], Häuser, Werkstätten, Lagereien und Läden zu eignen, zu pachten und innezuhaben [to own or lease and occupy houses, manufactories, warehouses and shops], Agenten eigener Wahl zu beschäftigen, L and f ür W ohn - und H an delszwecke zu pachten [to übung eines Handels [trade] Gehörige unter den selben Vorbedingungen wie die landesangehörigen Bürger oder Untertanen [upon the same terms as native citinungen [laws and regulations] des betreffenden Landes.«

Nun wandte sich die jüngste kalifornische Agitation gegen den Bodenbesitz durch Japaner. Selbst die offene Verkündung eines solchen Zweckes in Gesetzesform würde nach der Meinung dieser Vollblutkalifornier dem Vertragswortlaut nicht zuwiderlaufen; denn hier ist nur von Grundstücken für Wohnungs- und Handelszwecke, noch dazu nur von Pachtgrundstücken solcher Art die Rede. Aber was keine Übertretung geschriebenen Rechts ist, kann noch immer eine herabwürdigende Herausforderung und Beleidigung sein, wenn es einseitig Rechte verweigert, die man nach anderen Seiten ruhig zugesteht. Das Bryansche Zureden ging deshalb dahin zum mindesten eine, für alle Ausländer gleichgeltende Formulierung der Bodenerwerbsbeschränkung zu erstreben. So wählte man schließlich den Ausweg die Beschränkung allen Ausländern aufzuerlegen, die nicht Bürger der Vereinigten Staaten werden wollen oder werden können. Aber das sind im wesentlichen wieder die Chinesen und Japaner, allerdings noch neben den Abkömmlingen Hawais, Birmas und Indiens. Jeder Weiße kann seit altersher das amerikanische Bürgerrecht erwerben, und wenn er aus dem wildesten Sizilien oder Albanien stammt; ebenso seit dem Bürgerkrieg jeder Neger und jeder »Ausländer afrikanischen Ursprungs«. Aber der Gelbe ist davon ausgeschlossen: der Chinese durch spätere ausdrückliche Hervorhebung in der Naturalisationsgesetzgebung, der Japaner durch die erweiternde, lückenausfüllende Interpretation der Gerichte, bisher allerdings nur der unteren Gerichte, weil die Frage niemals bis an die letztentscheidende höchste Instanz gelangte.

Doch ist überhaupt ein solcher fossiler, widerspruchsvoller Rechtszustand dauernd haltbar, der sich nur aus den früheren geschichtlichen Stufen des amerikanischen Entwickelungsgangs erklärt: aus der grundlegenden europäischen Zuwanderung, die einen neuen Erdteil vom Atlantischen bis zum Stillen Ozean erschloß, und ferner aus der spätern engern Angliederung des negerbevölkerten Südens an den Norden, der auch nach dem Friedensschluß am Ende des Bürgerkriegs eines Gegengewichts gegen den Sklavenhaltereinfluß bedurfte? Wer sah damals das Erwachen Asiens zu westlicher, europäischer Kultur, zu gleichen internationalen Rechtsansprüchen, zur Ausrüstung dieser Rechtsansprüche mit den eisernen Machtmitteln moderner Großstaaten voraus? Kann dieses Erwachen noch lange Zeit ohne tiefe Folgewirkungen bleiben, in erster Linie für die Ostasien nächstgelegenen Vorposten und Siedelungskolonieen Europas (denn das sind, neben Australien, die immer wieder von seltsamen Krisen erfaßten pazifischen Küstenstaaten Amerikas)? Drohen Sondergesetzgebungen wie die Kaliforniens nicht den Stein eher ins Rollen zu bringen, nicht nur zur Verlegenheit der Vereinigten Staaten sondern ebenso Kanadas, Australiens und damit Englands?

Die Japaner sollen zunächst die Absicht haben die Interpretation der Naturalisationsbestimmungen vor den höheren Instanzen anzufechten: haben sie das Recht der Naturalisation im Bund, so haben sie nach wie vor das Recht des Bodenerwerbs in Kalifornien. In der Sache selber kommt man damit freilich kaum einen Schritt vorwärts. Denn werden die Japaner vor den Gerichten abgewiesen, so haben sie nur einen Grund mehr zu politischen Beschwerden gegen Washington. Behalten sie vor den Courts Recht, so wird man zweifellos in Washington die Klinke der Bundesgesetzgebung von neuem zur Erschwerung der Naturalisation zu greifen suchen, und dann wird die Erregung Japans sicherlich noch höher steigen. Man sieht, Dr. Wilson und Herr Bryan als Präsident und Staatssekretär waren sich der heiklen Lage und der daraus möglicherweise entspringenden weiteren Konsequenzen wohl bewußt. Geholfen hat ihnen jedoch ihr Eingreifen zunächst nichts. Die turbulenten Volksmassen und die nationalistischen Wortführer in Tokio werden freilich gleichfalls im Augenblick nichts erreichen. Aber zu Ende ist darum das Spiel noch lange nicht.

LUDWIG QUESSEL · AUF DEM WEG ZUM WELT. REICH

ER die großen Entscheidungen der Auslandspolitik, deren Augenzeugen wir sind, mit denen früherer Epochen vergleicht, wird die unendlich viel größere Raschheit bewundern, mit der die Dinge zu ihrer Lösung streben. Als Deutschland im Jahr 1883 den ersten Versuch machte sich einen Anteil an dem schwarzen Erdteil zu sichern, gab sein Auftreten als Mitbewerber um überseeischen Besitz die Losung zu einer Jagd nach Landerwerb, wie sie gleich wild selbst das Zeitalter der Entdeckungen nicht gesehen hat. Als das Jahrhundert zu Ende ging, gab es auf dem schwarzen Kontinent keinen Fußbreit Landes mehr, den jemand hätte in Besitz nehmen können, ohne völkerrechtlich festgelegte Rechte zu verletzen. Noch stürmischer gestaltete sich die Auslandspolitik mit dem Anbruch des 20. Jahrhunderts. Große Reiche verlieren ihre Unabhängigkeit: Persien wird russisch - englischer Besitz, Marokko fällt an Frankreich, die Türkei verliert in 2 Jahren ihr afrikanisches Kolonialreich und ihre europäischen Provinzen. Es ist der imperialistische Geist, der mit Riesenschritten großen Entscheidungen zustrebt, der die Auslandspolitik aus ihren dynastischen Fesseln befreit und nur das eine Ziel kennt: den Nationalstaat durch Angliederung von Kolonieen, Protektoraten und Einflußsphären zum Weltreich zu erweitern. Überall tritt diesem Streben der Sozialismus entgegen. Aber ohne Erfolg. Wie der Sozialismus in Frankreich nicht verhindern konnte, daß Marokko ein französisches Protektorat wurde, so vermochte auch die italienische Sozialdemokratie nicht die Eroberung von Tripolis zu hintertreiben. Kein Zweifel, in weit höherm Maß als je zuvor sind es die bürgerlichen Klassen, die der Auslandspolitik die Richtung weisen. Unverkennbar ist deren Bemühen sich von der Bevormundung der zünftigen Diplomatie zu befreien und in auswärtigen Angelegenheiten ein selbständiges Urteil zu gewinnen. Aber auch bei den proletarischen Klassen gewinnt die Einsicht immer mehr Boden, daß der Sozialismus zur Beurteilung der modernen Auslandspolitik, die, über die zu eng werdenden Grenzen Europas hinausgreifend, die ganze Welt als Wirkungsgebiet umfaßt, ganz neue Maßstäbe der Beurteilung braucht, die nur durch eingehende kritische Untersuchungen zu gewinnen sind. Der Sozialismus kann den imperialistischen Geist, der, gewaltig wie das Schicksal selbst, über die Erde dahinschreitet, nicht mit Schlagworten abtun. Er ist, wie uns Schippels Untersuchungen gezeigt haben,') die schöpferische Kraft, die, dem geheimnisvoll waltenden Geist der Erde gleich, in Lebensfluten und Tatensturm auf- und abwallt. Mit Bewunderung sehen wir, wie er der primitiven Völker winzige Produktionskraft durch Europas technische Ideen gewaltig emporschnellt, wie er ferne Zonen dem Verkehr erschließt und ihre Produkte in die proletarischen Haushaltungen einführt. Freilich, diese imperialistische Entwickelung hat ihren Januskopf. Und der Sozialdemokrat, der ihre kulturfördernde, den Sozialismus vorbereitende Mission preist, darf nicht verschweigen, daß ihre Methoden oft grausam, ja aller Menschlichkeit bar sind. Die Streitfrage ist nun die, ob unser Kampf sich gegen den Imperialismus an sich zu wenden hat, oder nur gegen seine Methoden, soweit

¹⁾ Siehe namentlich Schippel Imperialismus und Manchestertum in den Sozialistischen Monatshelten, 1912. 3. Band, pag. 1101 ff.

sie ungerecht, grausam und verabscheuungswürdig sind. Ich für meine Person neige der zweiten Auffassung zu, da mir scheint, daß die Ausweitung der lebenskräftigen Nationalstaaten Europas zu Weltreichen durch Angliederung von Kolonieen, Protektoraten und Einflußsphären eine notwendige Phase der kapitalistischen Entwickelung darstellt, die nicht verurteilt sondern verstanden werden muß.

So viel ist nun klar, daß das Ziel einer stärkern und sachkundigen Anteilnahme an den Hauptfragen der auswärtigen Politik ohne geistige Anstrengung nicht zu erreichen ist. So ziemlich für alle Klassen des deutschen Volkes ist die Auslandspolitik Neuland. Dazu kommt, daß auf keinem Gebiet der Politik die Quellen der Information spärlicher fließen als hier. Die Tagespresse begnügt sich zumeist mit der kommentarlosen Wiedergabe von Nachrichten, die wirkliche Aufklärung uns nur bringen könnten, wenn ihre historischen Zusammenhänge dargestellt werden würden. In Zeitschriften und Broschüren werden Einzelfragen der Auslandspolitik oft recht sachkundig behandelt. Dagegen fehlt es aber an zusammenfassenden Darstellungen, die als Einführung in diese schwierige Materie dienen konnten. Der erste Versuch dieser Art, von dem ich Kenntnis habe, sind Professor Paul Arndts Grundzüge der auswärtigen Politik Deutschlands, die die Probleme der deutschen Auslandspolitik vom liberalen Standpunkt aus beleuchten. Arndt ist Imperialist; er erstrebt die Ausweitung des deutschen Nationalstaats zu einem Weltreich durch Angliederung von Kolonieen, Protektoraten und Einflußsphären. Aber er ist kein Machtpolitiker, kein Draufgänger. Er ermahnt die imperialistisch gesinnten Leiter unserer großen industriellen und kaufmännischen Unternehmungen »ihrer patriotischen Ungeduld Zügel anzulegen, wenn uns nicht ein allzu ungestümes Vordrängen Verderben bringen soll«. Von besonderm Interesse an seiner Schrift ist die kritische Übersicht über die letzten 4 Jahrzehnte deutscher auswärtiger Ganz richtig charakterisiert Arndt die Bismarcksche Auslands-Politik. politik als eine »rein europäische«. Die wesentliche Aufgabe der Auslandspolitik erblickte Bismarck darin Deutschlands Stellung auf dem europäischen Kontinent zu festigen. Den kolonialen Bestrebungen gegenüber verhielt sich Bismarck lange ablehnend; er förderte sogar die koloniale Ausdehnung Frankreichs, in der Hoffnung die Aufmerksamkeit der Franzosen von Elsaß-Lothringen abzulenken. Es war erst dicht vor Toresschluß, als der schwarze Erdteil, so weit er nach damaligen Begriffen begehrenswert schien, eigentlich schon vergeben war, daß Bismarck, einer Stimmung folgend, die gleichsam in der Luft lag, sich entschloß bei der Aufteilung Afrikas zuzugreifen. In wenigen Monaten erwarb Bismarck durch geschickte Ausnutzung der kontinentalen Machtstellung des Reichs gegenüber der rivalisierenden englischen Staatsmacht die Hauptmasse des deutschen Kolonialreichs, ohne daß der europäische Friede dadurch auch nur im geringsten gefährdet worden wäre. Ein Imperialist im modernen weltpolitischen Sinn war Bismarck aber trotzdem nicht. Arndt hebt mit Recht hervor, daß Bismarck in seiner Kolonialpolitik einen dem modernen Imperialismus vielfach entgegengesetzten Standpunkt vertrat. Zunächst hielt er auch nach Erwerb des deutschen Kolonialreichs in Afrika und Ozeanien daran fest, daß Deutschlands Auslandspolitik eine kontinentale bleiben müsse. Die Kolonisation sollte, um die Aufwendungen des Reichs aufs äußerste zu beschränken, der privaten Initiative

überlassen bleiben, und es mutet heute fast rührend an, wenn wir sehen, daß die gesamten Aufwendungen des Reichs für die Schutzgebiete unter dem Bismarckschen Regime noch nicht 100 Millionen Mark ausmachen. In die orientalischen Wirren wollte Bismarck Deutschland so wenig wie möglich hineinziehen. »Um Asien, Amerika, Südafrika kümmerte man sich in Berlin kaum.«

So objektiv mir Arndts Urteil über die Bismarcksche Auslandspolitik zu sein scheint, so subjektiv mutet mich seine Beurteilung des neuen Kurses an. Auf das persönliche Regiment und die dadurch bewirkte Desorganisation des Auswärtigen Amts, die im Lager der Imperialisten die allerschärfste und rückhaltloseste Verurteilung gefunden hat, geht Arndt fast gar nicht ein. Ganz leise klingt ein sanfter Tadel an, wenn er schreibt, daß »zur Weltpolitik mehr gehört als jugendlicher Mut und guter Wille«. Immerhin ist es auch Arndt unmöglich den Zickzackkurs von allen Flecken reinzuwaschen. Und so sieht er sich dann zu dem Eingeständnis gezwungen, daß das 3. Jahrzehnt der Auslandspolitik des Deutschen Reichs »die Zeit eines unsichern Herumtastens, des ungestümen Dreinfahrens, des verzagten Zurückweichens, großer Hoffnungen und Ansprüche und schwerer Enttäuschungen ist ... Man mischt sich überall ein, wo eine Krisis ausbricht, meistens allerdings nur mit großen Worten, ohne im Einzelfall nüchtern zu prüfen, ob auch erhebliche deutsche Interessen auf dem Spiel stehen, und ob die Mittel zu ihrer Verteidigung vorhanden sind.« Diese Mißerfolge sucht Arndt nach Möglichkeit auf die Schultern Caprivis und Hohenlohes zu wälzen, deren Sachkunde zur richtigen Beurteilung und Beeinflussung der asiatischen, afrikanischen und amerikanischen Politik nicht ausgereicht hätte. Das mag schon richtig sein. Allein, wo blieb das Auswärtige Amt, das doch mit seiner großen Schar hoch besoldeter Spezialisten dazu bestimmt ist die Lücken der Sachkunde bei den Ministern auszufüllen? Wo war unsere diplomatische Vertretung, deren Berichte doch dem selben Zweck dienen sollen? Auf diese Fragen gibt Arndt uns keine Antwort, weil er nicht zu der Erkenntnis gelangt ist, daß eine zielklare Auslandspolitik in unserm Zeitalter nur unter Mitwirkung der ganzen Nation in den Formen der parlamentarischen Regierung möglich ist, bei der die Minister Vertrauensleute derjenigen Parteien sind, die bei den Wahlen die Mehrheit der Wählerstimmen auf sich vereinigen.

Ein besonderes Kapitel widmet Arndt der Politik der offenen Tür. Ihre einzelnen Phasen sind etwa folgende: Überseeische Gebiete, die sich der Angliederung an die Weltwirtschaft bisher entzogen haben, die ohne Eisenbahnen, Häfen, Brücken und moderne Verkehrsstraßen sind, werden zunächst »erschlossen«, das heißt die Hindernisse politischer Natur, die sich europäischen Kapitalanlagen zur Schaffung moderner Verkehrs- und Produktionsmittel entgegenstellen, werden zumeist gewaltsam mit Hilfe von Kriegsschiffen und Landungstruppen über den Haufen geworfen. Die bisher verschlossene Tür wird also aufgestoßen, und der Verkehr eröffnet. Diejenige Nation, die die Tür aufstieß, kann diese aber auch sofort wieder hinter sich zuschließen. Ein Beispiel: Als sich 1904 Frankreich mit England über die Verteilung Nordafrikas geeinigt hatte, zögerten die Franzosen, denen hierbei Marokko zugefallen war, natürlich nicht die Tür dieses Landes weiter als bisher aufzustoßen. Kaum war das gelungen, so schickten sie

sich aber sofort an die Tür Marokkos wieder schnell zuzumachen, das heißt das Recht auf Kapitalanlagen in Gestalt von modernen Verkehrsmitteln, Bergwerken, Plantagen usw. für Frankreich zu monopolisieren. Offene Tür heißt also wirtschaftliche Gleichberechtigung bei Kapitalsanlagen in überseeischen Gebieten. Diese Gleichberechtigung bei Kapitalsanlagen wird natürlich aufgehoben, wenn das die staatliche Herrschaft ausübende Reich den Angehörigen anderer Nationen die Anlage von Kapital unmöglich macht. Und das kann in zweierlei Weise geschehen. Man kann den Ängehörigen anderer Nationen bei der Einfuhr der zur Kapitalsanlage dienenden Güter (Baumaterialien, Schienen, Lokomotiven, Maschinen usw.) höhere Zölle auferlegen als den eigenen Staatsangehörigen. Wirksamer als eine solche Differenzierung der Einfuhrzölle erweisen sich aber Verwaltungsmaßnahmen. Was diese bedeuten können, vermag man am besten zu begreifen, wenn man sich an die Erfahrungen der deutschen Konsumgenossenschaften bei der Gründung einer Seifenfabrik erinnert. Dr. August Müller hat in einem lesenswerten Buch über die Vorgänge bei der Gründung jener Fabrik gezeigt, welche Bedeutung im ökonomischen Leben das Übelwollen der Behörden erlangen kann. Jahre vergingen, bis es nach Überwindung unendlicher Schwierigkeiten gelang die genossenschaftliche Seifenfabrik ins Leben zu rufen. Und diese jahrelange Hintertreibung eines Unternehmens durch Verwaltungsmaßnahmen, das für die Genossenschaften natürlich nicht ohne Verluste vor sich ging, vollzog sich in Deutschland gegenüber deutschen Staatsangehörigen. Behält man dies im Auge, so wird man leicht verstehen. daß der europäische Staat, der in einem überseeischen Gebiet die politische Herrschaft ausübt, es jederzeit in seiner Hand hat ausländische Kapitalsanlagen durch Verwaltungsmaßnahmen zu hintertreiben. In überseeischen Gebieten, die unter englischer oder französischer Herrschaft stehen, gibt es eine offene Tür nicht. Diese Erkenntnis bringt Professor Arndt wie folgt zum Ausdruck: »Deutsche erhalten in englischen, russischen, französischen, amerikanischen und portugiesischen Kolonieen keine Eisenbahn-, Hafen-, Schiffahrts-, Telegraphen- und dergleichen Konzessionen. Überall zieht man, was ja auch leicht erklärlich, im Grunde selbstverständlich ist, die Landesangehörigen den Fremden vor. . . Sogar im gewöhnlichen Handelsverkehr werden die Deutschen ihren Hauptkonkurrenten gegenüber vielfach benachteiligt. In den meisten englischen Kolonieen zum Beispiel sind die deutschen Waren mit höheren Zöllen belegt als die englischen. Die Küstenschiffahrt ist nicht selten den Einheimischen vorbehalten. Dazu kommt, daß beständig neue Versuche gemacht werden unter Beiseitedrängung Deutschlands in bisher offenen Gebieten den freien internationalen Wettbewerb einzuschränken und die Länder jeweils einem einzigen zur Ausbeutung zu überlassen.« Arndt ist weiter der Meinung, daß nur noch sein kleiner Teil der Erde für die freie wirtschaftliche Betätigung des deutschen Volkes übriggeblieben« sei. Für die wirtschaftliche Erschließung durch deutsche Arbeit und deutsches Kapital kommen in erster Linie die Gebiete in Betracht, deren Bevölkerung sich zur Stunde noch die staatliche Unabhängigkeit erhalten hat, wie Abessinien in Afrika, Siam und China in Asien und vor allem die südliche Hälfte von Amerika. In dem Wunsch diesen Ländern die staatliche Unabhängigkeit zu erhalten begegnet sich der demokratische Sozialismus, der die politische Freiheit der Völker auf seine Fahne geschrieben hat, mit dem deutschen Imperialismus, der dem selben Ziel aus wirtschaftlichen

Motiven zustrebt. Den Hoffnungen, die Arndt für die deutsche Ausfuhr auf das Marokkoabkommen und die Kongoakte setzt, vermag ich allerdings nur sehr bedingt beizustimmen. So viel über die *Politik der offenen Tür*, die in vielen überseeischen Gebieten bereits der Vergangenheit angehört, und deren Wirkungskreis immer mehr eingeengt wird.

Im engsten Zusammenhang mit dieser Politik der offenen Tür, die sich immer nur auf zwar noch selbständige, aber kraftlose Staaten wie zum Beispiel China bezieht, steht die moderne Kolonialpolitik. In der Gegenwart ist die Verabredung der offenen Tür, bei deren Zustandekommen der Hausherr, dem die Tür gehört, meistens gar nicht gefragt wird, nur das Vorspiel der Politik der Einflußsphären. Als Paradigma eines Landes, das der Politik der offenen Tür unterworfen ist, kann China dienen. Sie stellt auf dem dornenvollen Weg, der zum Verlust der staatlichen Selbständigkeit führt, die erste Etappe dar Der Politik der offenen Tür wohnt die Tendenz inne zur Politik der Einflußsphären zu führen. Greift diese Politik in einem Land Platz, wie in Persien, das in eine britische und russische Einflußsphäre aufgeteilt ist, so bleibt die alte, heimische Staatsgewalt zwar bestehen, aber sie wird von den Staaten, die unter sich das Land aufgeteilt haben, der wichtigsten Hoheitsrechte entkleidet. Insbesondere wird Wert darauf gelegt, daß die Finanzen und die bewaffnete Macht des unterworfenen Staates der Kontrolle der im Land herrschenden Mächte unterstellt werden. Die dritte Etappe auf dem Weg zum Verlust der staatlichen Selbständigkeit ist das Protektorat. Die heimische Staatsgewalt bleibt weiter bestehen, aber nur als ausführendes Organ des Residenten, der als Repräsentant der die Protektur ausübenden Macht, gestützt auf eine zahlreiche Schutztruppe und auf die Seemacht seines Landes, alle staatlichen Hoheitsrechte in seiner Person vereinigt. Im Zustand der Protektion befinden sich zum Beispiel Ägypten und Marokko. Das Protektorat ist im Grunde nur ein Mittel die eingeborene Bevölkerung an die europäische Verwaltung zu gewöhnen. Ist dies Ziel erreicht, das Land pazifiziert, so wird die heimische Staatsgewalt, die ja nur noch zum Schein bestand, als überflüssige Dekoration zur Seite gelegt: das Protektorat wird zur Kolonie, das heißt zur überseeischen Provinz desjenigen Staates, der bisher dort die staatliche Schutz- und Schirmherrschaft ausübte. Damit ist die vierte und letzte Etappe auf dem oft qualvoll langen Weg zum Verlust der staatlichen Selbständigkeit erreicht, wobei zu bemerken ist, daß in der politischen Praxis, je nach den Umständen, auch eine oder mehrere Etappen übersprungen werden können. Arndt hat die Entwickelungsreihe Offene Tür, Einflußsphäre, Protektorat, Kolonie klar erkannt. Nur ist der politische Sinn dieses Prozesses, der Verlust der staatlichen Selbständigkeit und die stufenweise sich vollziehende politische und ökonomische Angliederung an ein europäisches Imperium bei ihm nicht mit ausreichender logischer Schärfe durchgearbeitet. Was uns Arndt über das ökonomische Verhältnis der Kolonie zum Mutterland zu sagen weiß, ist weder neu noch originell, so daß ich darauf nicht näher einzugehen brauche. Streng genommen, gehören diese Dinge auch gar nicht zur Auslandspolitik, da überseeische Schutzgebiete wohl geographisch, aber nicht staatsrechtlich Ausland sind. Nicht übergangen darf aber werden, was uns Arndt über den beispiellos erfolgreichen Aufstieg der von Deutschland besiegten und in ihrem europäischen Besitz verkürzten französischen Republik zu einem Weltreich zu sagen weiß. Arndt muß das französische Kolonialreich zwar selbst als »gewaltig« bezeichnen, da es fast das Dreifache des deutschen Kolonialreichs beträgt. In der Tat macht man sich keiner Übertreibung schuldig, wenn man von Frankreich als einem Weltreich spricht. Die französische Republik verfügt in Europa über ein Territorium, das ebenso groß wie das deutsche ist. Dazu kommen aber seine großen überseeischen Besitzungen, deren Bedeutung sich aus folgenden Zahlen ergibt:

Erdteil	eil Französischer Deutscher Kolonialbesitz (in Quadratkilo	
Asien Afrika Amerika Australien	664 500 6 528 800 82 000 24 200	500 2 632 000 243 000
zusammen	7 299 500	2 875 500

Arndt ist dieser Überlegenheit Frankreichs sich wohl bewußt. Er sucht aber nach Möglichkeit die grollende Unzufriedenheit in den imperialistischen Kreisen Deutschlands zu besänftigen; er wendet sich zu diesem Zweck polemisch gegen den geistvollen Imperialisten Fr. Naumann, der am 16. November 1911 in seiner Hilfe schrieb: »Frankreich hat keine größeren Machtmittel als wir und doch viel größere Erfolge: Hinterindien, Madagaskar, Nordafrika! Was hat der Franzose vor uns voraus? Wir haben ihn in der Feldschlacht geschlagen, er aber hat sich diplomatisch erholt. Er ist soldatisch schwächer und doch politisch stärker. Das ist er, obwohl bei ihm die Ministerien beständig wechseln und die Tagespolitik noch verworrener erscheint als bei uns.«

Was kann nun Arndt von seinem imperialistischen Standpunkt aus gegen Naumann vorbringen? Zunächst macht er geltend, daß Frankreich uns in der kolonisatorischen Tradition über ist. Das ist zwar richtig, aber im Grunde für den Imperialisten doch nur ein schwacher Trost. Frankreich als das Land älterer Kultur war uns in vielen Dingen voraus, in denen wir es in kurzer Zeit überholt haben. Weiter führt Arndt zur Entschuldigung des neuen Kurses die imperialistische Kurzsichtigkeit Bismarcks an, der den Aufstieg Frankreichs zu einem Weltreich nicht nur nicht gehindert sondern sogar gefördert habe. Gewiß ist in diesem Entschuldigungsgrund eine gewisse Wahrheit enthalten, aber doch nur ein Körnchen, da nicht übersehen werden darf, daß unser Erdball groß genug ist für ein englisches, französisches und deutsches Weltreich, daß der Erfolg des französischen Imperialismus keineswegs den Mißerfolg des deutschen in sich schließt. Schließlich führt Arndt als letzten Entschuldigungsgrund der imperialistischen Erfolglosigkeit unserer Auslandspolitik noch den Umstand an, daß Frankreich seine großen imperialistischen Erfolge nicht aus eigener Kraft sondern durch rechtzeitige Verständigung mit England erzielt habe. In unserer Zeit der Staatenkoalitionen klingt der Vorwurf, daß Frankreichs imperialistische Regierung sich rechtzeitig an den Staat angelehnt habe, der etwas zu geben hatte, geradezu grotesk. Wie die Dinge zurzeit in Europa liegen, ist keine der Großmächte imstande imperialistische Politik ohne Anlehnung an eine andere Großmacht zu treiben. Gewiß kam Frankreich

dabei zugute, daß England, das sich durch das rasche Tempo des deutschen Wettrüstens bedroht fühlte, Hilfe brauchte. Kann aber der Umstand, daß Frankreich das deutsche Rüsten zur See geschickt zur Förderung seiner imperialistischen Ziele ausnutzte, indem es den Anspruch auf Ägypten, das ihm ja ohnehin unwiderbringlich verloren war, aufgab und dafür den Besitz des großen marokkanischen Reiches eintauschte, gegen Naumanns Ansicht der diplomatischen Überlegenheit der parlamentarischen Regierung Frankreichs über das deutsche Regiment sprechen? So verwerflich vom sozialistischen Standpunkt aus auch dieser Länderhandel sein mag, so ist doch vom imperialistischen Standpunkt aus eine Politik, die alle diplomatischen Möglichkeiten zur Erweiterung des Imperiums herzhaft ausnutzt, die allein richtige. Das machen die deutschen Imperialisten unserer zünftigen Diplomatie ja gerade zum Vorwurf, daß sie die Fülle der Gelegenheiten, die der Krieg zwischen Engländern und Buren, der russisch-japanische Krieg und die russische Revolution bot, in zaghafter Unentschlossenheit diplomatisch völlig ungenutzt vorübergehen ließ, während sie in einer Zeit, da Deutschland die volle Wehrkraft der Tripelentente gegen sich hatte, einen Konflikt heraufbeschwor, der entweder zum Krieg unter ungünstigen Bedingungen oder zu einer diplomatischen Niederlage führen mußte.

Ein Buch über auswärtige Politik wäre unvollkommen, wenn darin nicht auch die Entstehung und das Verhältnis der beiden großen Staatenkoalitionen, des Dreibunds und der Tripelentente behandelt sein würde. Arndt bespricht diese Dinge sehr eingehend, ja man kann sogar sagen, daß sie das Zentrum seiner Arbeit bilden, auf das alle seine übrigen Ausführungen wie Radien eines Kreises zurückführen. Bei der kurzen historischen Schilderung der Entstehung des Dreibunds weist Arndt richtig darauf hin, daß Bismarck ein Bündnis mit Rußland nur aus dem Grund ablehnte, um nicht in einen Gegensatz zu England zu geraten. In der Wahl zwischen Petersburg und Wien fiel die Entscheidung auf Wien, obwohl die dynastischen Sympathieen für Alexander von Rußland bei Wilhelm I. so groß waren, daß Bismarck die Durchsetzung seiner Wahl bitter schwer wurde. Erst der schärfste Druck vermochte Wilhelm I. das Ja abzugewinnen. Die Entscheidung für Petersburg hätte zum Bruch mit London geführt, den Bismarck um jeden Preis verhüten wollte, weil er die verhängnisvollen Folgen eines deutsch-englischen Gegensatzes für die Machtstellung des Reichs, in den der neue Kurs später mit vollen Segeln hineinsteuerte, klar erkannte. Auch Arndt sieht die verhängnisvollen Folgen des deutsch-englischen Gegensatzes; er sucht die Ursache nicht in dem deutschen Wettrüsten zur See sondern in dem wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands. Sehr richtig ist, wenn Arndt die von unseren Rüstungspolitikern als Schreckgespenst vorgeführte englische Herrschaft über das Weltmeer als ein völlig wesenloses Phantom nachweist. »In Wirklichkeit hat England schon längst nicht mehr überall auf der Erde seine maritime Vorherrschaft aufrechterhalten und ausüben können ... Am stärksten ist die Macht Englands in der Neuen Welt zurückgegangen.« Arndt legt alsdann im einzelnen dar, wie infolge des deutschenglischen Gegensatzes der amerikanische Imperialismus in den zentral- und südamerikanischen Republiken, die bekanntlich unsere allerbesten Abnehmer sind, sich zu unserm Schaden dehnen und strecken konnte, wie er ungestört einen zentralamerikanischen Staat nach dem andern, Domingo, Honduras,

Nicaragua, unter seine finanzielle Vormundschaft bringt, wie er Mexiko bedroht und Kanada enger an sich heranzuziehen sucht, wie er im Großen Ozean, wo man seit Jahren kein englisches Linienschiff mehr gesehen, starke maritime Stützpunkte anlegt, und wie überall an den Küstenländern des Großen Ozeans die japanische und die amerikanische Flagge an die Stelle der englischen tritt. Arndt weiß auch, »daß Rußland die Verlegenheit Englands dazu benutzte in Persien, Tibet und der Mandschurei vorzudringen«, wozu jetzt noch die Einverleibung der Mongolei kommt. Über alles das ist Arndt unterrichtet; er ist im Grunde sich auch darüber klar, daß der britische Imperialismus, hinter dem nur 45 Millionen Europäer stehen, uns nicht so gefährlich zu werden vermag wie der amerikanische und russische, der sich auf 200 Millionen stützen kann. Aber er sucht alle Schuld nur bei England, von dem er sagt, daß es »seine ganze politische Kraft in den letzten Jahren gegen uns und nur gegen uns gerichtet hat«. Ich will gewiß die englische Regierung nicht von aller Schuld freisprechen. und daß ich mich über die unersättliche Ländergier des englischen Imperialismus keiner Täuschung hingebe, habe ich in einem Artikel in dieser Zeitschrift, der dem anglophilen Genossen Ledebour so außerordentlich mißfiel, ausführlich dargelegt.²) Aber man darf denn doch nicht übersehen, daß das Tempo des deutschen Rüstens zur See gerade in Verbindung mit dem gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands tiefe Unruhe jenseits des Kanals erzeugen und schließlich das Gefühl des Hasses hervorrufen konnte. Der Haß ist aber überall ein schlechter Berater gewesen, was die englische Einkreisungspolitik gegenüber Deutschland, bei der der französische, russische und amerikanische Imperialismus viel, der britische aber sehr wenig gewonnen hat, von neuem beweist.

Trotz seiner Verurteilung der englischen Politik Deutschland gegenüber redet Arndt dennoch einer deutsch-englischen Verständigung das Wort. Die Grundlagen einer solchen müßten aber »realpolitische«, das heißt imperialistische sein: Verständigung über das Endstück der Bagdadbahn, Rückkehr zur Politik der offenen Tür in Persien und deren Aufrechterhaltung in China gegenüber der Einflußsphärenpolitik Japans und Rußlands, Abrundung des deutschen Kolonialbesitzes in Westafrika durch Liquidation der portugiesischen Kolonieen usw. Von einer solchen Verständigung auf imperialistischer Grundlage erwartet Arndt die Beseitigung der Kriegsgefahr. »Dann werden sich die Gewitterwolken allmählich verziehen, ohne daß es erst zum Blitzen und Donnern kommt; und das wäre doch eine unermeßliche Wohltat für beide Völker.« Wenn man als Sozialist die Dinge so nimmt wie sie sind, und nicht wie sie sein sollten, so wird man Arndt recht geben müssen, daß unter der Herrschaft des Kapitalismus andere wie »realpolitische« Grundlagen für eine dauernde deutsch-englische Verständigung nicht gefunden werden können. Es fragt sich aber, ob die Rückkehr zur Politik der offenen Tür in Persien, die Arndt empfiehlt, noch möglich ist, nachdem das Land einmal in eine russische und eine britische Einflußsphäre aufgeteilt ist. Überhaupt scheint es mir zweifelhaft, ob sich die in der Politik der offenen Tür liegende Tendenz sich zu einer Politik der Einflußsphären zu erweitern wird zurückdämmen lassen. So viel steht jedenfalls fest, daß unserer Industrie und unserm Finanzkapital die offene

³) Siehe meinen Artikel Die ökonomische Bedeutung des Imperiums in den Sozialistischen Monatshefter. 1912, 2. Band, pag. 707 ff.

Tür weit weniger behagt als die Einflußsphäre. Die eine bedeutet Konkurrenz und niedrige Preise, die andere Monopol und hohen Gewinn, so daß die Entscheidung überall zugunsten der Einflußsphäre fällt.

Im Verhältnis zur Arndtschen Schrift bietet ein anderes Buch über Auslandspolitik, das Genossen Gerhard Hildebrand zum Verfasser hat und den vielversprechenden Titel Sozialistische Auslandspolitik trägt, geringeres praktisches Interesse. Zunächst wird man sagen müssen, daß eine »sozialistische« Auslandspolitik zurzeit noch nirgends existiert, da der Einfluß der Sozialisten auf die auswärtige Politik überall sehr gering ist. Wenn heute ein Abgesandter der chinesischen Republik zum sozialdemokratischen Fraktionsvorstand käme, um dessen Hilfe gegen die Lostrennung der chinesischen Nebenländer in Anspruch zu nehmen, so müßte dieser ihm erklären, daß die Fraktion der Sozialdemokratie für die Sicherung der staatlichen Selbständigkeit der Republik sehr wenig tun könne. Ähnlich liegen die Dinge in allen europäischen Staaten. Da es eine Praxis sozialistischer Auslandspolitik nicht gibt, so ist es leicht begreiflich, daß Hildebrands Buch im Gegensatz zum Arndtschen, das die Praxis der imperialistischen Auslandspolitik, ihre Methoden und Ziele, beleuchtet, ganz theoretischen Charakter trägt, Hildebrand vindiziert den »auf engem Raum zusammengedrängten Hauptvölkern Westeuropas« das Recht »zum Zweck möglichster Sicherung ihres Bedarfs an ausländischen Rohstoffen die Hand auf rückständige, mit natürlichen Reichtümern ausgestattete, aber aus eigener Kraft ihrer Bewohner nicht entwickelungsfähige Länder zu legen«. Aber warum sollen dieses Recht gerade nur die Hauptvölker haben? Warum nicht auch Holländer. Belgier, Portugiesen und Schweizer? Weiter erzählt uns Hildebrand, daß internationale Fragen entweder durch Gewalt oder durch Vertrag geregelt werden können. »Die gewaltsame Regelung ist nationalistisch, die vertragsmäßige sozialistisch«. Warum? Jeder Imperialist wird die vertragliche Regelung schwebender Streitfragen der gewaltsamen vorziehen. Diesem Einwand ist Hildebrand übrigens zuvorgekommen, indem er eine vertragliche Regelung nur dann als sozialistisch gelten lassen will, wenn sie nach »vernünftigen Grundsätzen« erfolgt. Dieses Vertrauen zur Vernunft im Völkerleben ehrt Hildebrand. Skeptiker werden freilich einwenden, daß darüber, was vernünftig ist, jede Nation eine andere Meinung haben kann. Hildebrand hält es für un vernünftig, daß ein so kleiner Staat wie Portugal ein so großes afrikanisches Kolonialreich hat. Die Portugiesen sehen darin aber durchaus nichts, was gegen die gesunde Vernunft verstößt. Wenn Hildebrand ihnen sagt, sie könnten doch nicht alle Produkte der tropischen Landwirtschaft, die ihre Kolonieen hervorbringen, selbst verbrauchen, so werden sie ihm darauf antworten, daß dies auch gar nicht ihre Absicht sei; ihre Handelsstatistik beweise, daß sie sie zu Welthandelspreisen der ganzen Menschheit zur Verfügung stellen. Und wenn Hildebrand weiter ihnen vorhalten sollte, daß sie zur Entwickelung der produktiven Kräfte ihrer Kolonieen nicht genügend eigenes Kapital besäßen, so werden sie auf die großen englischen Kapitalsanlagen in ihren Kolonieen hinweisen, die diesem Zweck dienen. Ungleicher Besitz erscheint nur dem ungerecht, der sich zu dem ethischen Ideal der Gleichheit bekennt. Hildebrand ist nun meines Wissens der erste Sozialist, der das Gleichheitsprinzip auch im Völkerleben zur Geltung bringen will. Aber er schränkt dessen Wirkung gleich wieder auf die Völker

mit moderner Kultur ein, so daß es für den größern Teil der Menschheit aufgehoben wird. Er verlangt eine Aufteilung der Welt unter den modernen Kulturvölkern im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungszahl. Daß das nicht mehr als ein frommer Wunsch ist, leuchtet ein, da alle Völkerpsychologie dagegen streitet, daß Staaten, die im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung zu reich mit Kolonialbesitz ausgestattet sind, das Zuviel freiwillig herausgeben werden. Frankreich wird geltend machen, daß es die Erzeugnisse seines großen Kolonialreichs keineswegs für sich monopolisieren will sondern die Ausfuhr nach allen Ländern gestattet, daß es aber seine Kolonieen zur Kapitalsanlage für sich reservieren müsse, da im Mutterland Kohle und Eisen zu spärlich gesät sind, um eine so großartige innere kapitalistische Expansion wie in Deutschland zu ermöglichen. Die force d'épargne der französischen Mittelschichten, die die Größe der Republik ausmache, müsse sich daher in den Kolonieen betätigen, diese dem Weltverkehr durch den Bau von Eisenbahnen, Häfen, Straßen usw. erschließen. Für Deutschland bestände diese Notwendigkeit in geringerm Grad, weil einmal die Finanzierung seines ungeheuren Bevölkerungszuwachses gewaltige Kapitalmassen zum Bau von Wohnungen, Straßen-, Vorortbahnen usw. erfordere, und ferner die Exploitation und Verarbeitung seiner kolossalen Bodenschätze gleichfalls riesige Mengen von Kapital absorbiere. Frankreich könne ohne die Möglichkeit von Kapitalsanlagen in seinen Kolonieen seine alte Kultur nicht lange aufrechterhalten, und deshalb sei es vernünftig und gerecht, daß sein Kolonialbesitz 3- oder 4fach so groß wie der Deutschlands bemessen werde. So ungefähr würde ein französischer Nationalökonom den Hildebrandschen Vorschlag die Bevölkerungszahl eines Landes zur Grundlage einer >gerechten und vernünftigen« Verteilung der Kolonieen zu machen abtun, und ich muß sagen, daß seine Argumente sehr gut eine Nachprüfung aushalten würden. Das Problem der Aufteilung der Welt ist denn doch zu kompliziert, als daß es durch eine abstrakte Formel gelöst werden könnte. Neben der Bevölkerungszahl müßte doch mindestens die Ausstattung des Mutterlandes mit natürlichen Reichtümern in Rechnung gestellt werden, wenn eine Neuverteilung der Kolonieen nach »vernünftigen Grundsätzen« erfolgen sollte. Daß die Hildebrandsche Formel für die imperialistische Gegenwart utopisch ist, leuchtet ein, aber auch für die sozialistische Zukunft würde sie sich als untauglich erweisen.

Abgesehen von diesem Versuch eine Richtlinie für sozialistische Auslandspolitik zu gewinnen enthält das Hildebrandsche Buch aber eine Fülle ökonomischer Belehrung. Sehr verdienstvoll scheinen mir seine Untersuchungen über die Lieferanten Deutschlands, die viel Licht auf die Umwälzung unserer Handelsbeziehungen werfen. Bei der Erörterung der deutschen Absatzsorgen drängt sich bei Hildebrand meinem Gefühl nach zu sehr der Marx-Engelssche Exportpessimismus in den Vordergrund, der (immerhin ein Fortschritt) auf dem Chemnitzer Parteitag von den *radikalen* Rednern als unvereinbar mit unseren Grundanschauungen hingestellt wurde. Von einer Darstellung und Kritik der deutschen Auslandspolitik ist in dem Hildebrandschen Buch nichts zu finden. Auch über das Wesen und die Entstehungsgeschichte der beiden großen Staatenkoalitionen erfahren wir nur wenig. Hildebrand nennt die Tripelentente »ein fast systematisch organisiertes Länderverteilungssyndikat«, das trotz innerer Gegensätze »nach außen hin eine Einheit bildet«. Wer die Tripelentente seit 1907 bei der Arbeit gesehen hat, wird diese Charakterisierung nicht unrichtig finden. Damit ist freilich noch nicht gesagt, daß das, was ist, so und nicht anders sein kann. Hildebrand hätte untersuchen müssen, ob nicht die deutsche Auslandspolitik mitgeholfen hat diesen Zustand herbeizuführen, der doch gerade England so schwere Opfer auferlegt hat und jetzt endlich überwunden zu sein scheint. Wie Arndt, ist sich auch Hildebrand im klaren, welch schwere Gefahren der westeuropäischen Ausfuhr, insbesondere aber der Englands und Deutschlands, von dem amerikanischen Imperialismus in Süd- und Mittelamerika und von dem russischen im nahen und fernen Orient drohen. Hildebrand sieht diese Gefahren sogar für so dringend an, daß er einem politischen Zusammenschluß der Westmächte das Wort redet. Damit wären meine Einwendungen gegen die Grundgedanken des Hildebrandschen Buches erschöpft, das trotz vieler Einseitigkeiten als eine wertvolle Bereicherung unserer Literatur über Auslandspolitik bezeichnet werden kann.

Sowohl die Hildebrandsche wie auch die Arndtsche Schrift erschöpfen den Gegenstand auch nicht im entferntesten, aber ihre Darlegungen weisen doch auf die starken ökonomischen und historischen Kräfte hin, die die großen Nationen unwiderstehlich auf die Bahn des Imperialismus treiben. Wer sich kritisch den Inhalt beider Schriften zu eigen macht, wird die treibenden Kräfte der Neuorientierung der deutschen Auslandspolitik klarer erkennen und den Dingen, die sich in Asien vorbereiten, tiefer auf den Grund schauen. Eine nähere Vertrautheit mit den Methoden, durch die der Imperialismus sein Ziel den Nationalstaat zu einem Weltreich zu erweitern zu erreichen sucht, ist aber auch notwendig, wenn die Nation sich aus der Bevormundung der zünftigen Diplomatie, die vielfach noch tief in dynastischen Anschauungen steckt, befreien will,

EDMUND FISCHER · VOM SPAREN DER ARBEITER



OLANGE allen Ernstes von liberaler Seite die Theorie verfochten wurde, das Heil und die Zukunft des Arbeiters liege im Sparen, der Arbeiter könne durch eine Spartätigkeit ein kleines Kapital anhäufen, dann selbst Unternehmer werden und so allgemein sozial aufsteigen, war es unmöglich die Frage des Sparens der Arbeiter sachlich zu erörtern. Andernfalls wäre man Gefahr gelaufen mit der Eugen Richterschen Sparagnes verwechselt zu werden. Heute kann es auch keinem

Nichtsozialisten mehr einfallen das Sparen den Arbeitern als ein soziales Heilmittel zu empfehlen. Andrerseits haben sich aber auch die Anschauungen über diese Frage in den Reihen der Sozialdemokratie gründlich geändert.

Es hat sich eben so vieles in positiver Arbeit durchgesetzt, was lange von der Sozialdemokratie abgelehnt oder direkt bekämpft wurde: das Konsumvereinswesen, die Baugenossenschaften der Arbeiter, die Gartenstadtsiedelungen mit Eigenhäusern, der Neomalthusianismus, die Sportvereine der Arbeiter als Mittel der Jugendpflege und schließlich auch organisierte Spareinrichtungen der Arbeiter. Solange die große soziale Revolution, die den Sozialismus bringen sollte, nicht die Evolution war sondern nahe bevorstand, war es nur eine Verzettelung der Kräfte, wenn man sich mit solchen

nebensächlichen Dingen beschäftigte. Außerdem war es ja auch aussichtslos innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, die für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten (Kleinbürger, Bauern) nur wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung bringen werde, den Arbeitern eine höhere Lebensweise verschaffen zu wollen. Die Konsumvereine sollten gegenüber der Konkurrenz nicht aufkommen können, aber dazu führen die Arbeiter vom idealen Streben abzulenken. Bebel suchte sogar einmal im Reichstag nachzuweisen, daß die Konsumvereine die Wirkung hätten die Löhne herabzudrücken oder doch Lohnerhöhungen zu verhindern, weil der Unternehmer die Löhne den billigeren Lebensmitteln anzupassen suche. Direkt schädlich für die Interessen der Arbeiter sollte die Beteiligung an Baugenossenschaften sein, besonders wenn sie sich Eigenheime zum Ziel gesetzt hätten, da diese der Bewegungsfreiheit des Arbeiters hinderlich seien und den Eigentumsfanatismus großzögen. Die ersten sozialdemokratischen Verfechter der Beschränkung der Kinderzahl wurden heftig angegriffen. Und vor 20 Jahren hätte der Plan einer Volksversicherung gar nicht auftauchen können. Nun, da man sich auf eine langsame, lange Entwickelung einrichtet. erscheinen diese Fragen in einem ganz andern Licht.

Es wäre auch ganz sinnlos und unverständlich, wenn sich die Sozialdemokratie heute noch gegen die Bestrebungen richten wollte, die darauf hinzielen es den Arbeitern in der bürgerlichen Gesellschaft schon so wohnlich und angenehm wie nur möglich zu machen. Der marxistischen Theorie zum Trotz haben die Gewerkschaften und die Genossenschaften die besten Erfolge zu verzeichnen. Die im eigenen Häuschen wohnenden Arbeiter mit kleiner Kinderzahl erweisen sich als die besten Kämpfer für den Sozialismus. Und die Arbeitersportvereine tragen zur Verstärkung der Arbeiterbewegung nicht unwesentlich bei. Ganz naturgemäß will der Arbeiter auch nicht nur für eine ferne Zukunft, für spätere Generationen kämpfen: er will auch selbst das Leben in der möglichst besten und schönsten Weise genießen. Deshalb kämpft er in den Gewerkschaften für die Verkürzung seiner Arbeitszeit und für höhere Löhne. Aber deswegen wendet er sich auch Einrichtungen zu, die es ihm ermöglichen mit dem erreichten Einkommen seine Lebensverhältnisse besser zu gestalten, als wenn er in den Tag hinein lebte. Der Konsumverein bietet ihm billigere Lebensmittel und einen Sparpfennig in Form der ausgezahlten Dividende am Jahresschluß. Mit 2 Kindern kann er selbstverständlich besser leben als mit 8 oder 10. Und im Eigenheim einer Gartenstadt fühlt er sich wohler als in der Mietskaserne.

Keine Theorie, und wäre sie auch noch schöner und noch mehr versprechend als die marxistische, und keine revolutionäre Begeisterung konnte die Arbeiter von diesem realen praktischen Streben für die Gegenwart dauernd zurückhalten. Dabei hat dieses positive Wirken den Kampf für eine schönere Zukunft auch nicht abgeschwächt sondern ganz wesentlich gestärkt. Der jungen Generation der Arbeiter sind aber die *revolutionären* Schlagworte ganz unverständlich geworden. Der ganze *Revolutionarismus* lebt nur noch in der Literatur und in der Phraseologie mancher Redner; einen Einfluß auf die praktische Arbeit hat er nicht mehr.

Lassalle forderte zur Errichtung der von ihm geplanten Produktivgenossenschaften 100 Millionen Taler vom Staat, und er war damit nur dem Beispiel des Kongresses der Arbeitervereine Sachsens vom 27. September 1848 gefolgt, der vom sächsischen Landtag 4 Millionen Taler zu dem gleichen Zweck verlangt hatte. Seitdem die Arbeiter auch von diesem Gottvertrauen auf den allmächtigen Vater Staat kuriert sind, haben sie, und nicht zu ihrem Schaden, gelernt selbst zuzugreifen. Anstatt zu warten, bis der Staat gewillt oder in der Lage ist das ganze Versicherungswesen zu übernehmen, haben die Gewerkschaften und die Konsumvereine selbst nun wieder eine große Versicherungseinrichtung geschaffen. Jede neue Einrichtung erfordert aber Geldmittel. Die Pioniere der praktischen Wirksamkeit waren deshalb stets bessergestellte Arbeiter, solche mit höheren Löhnen oder mit einem kleinen ererbten oder ersparten Vermögen. Nicht wenige Konsumvereine, Volkshäuser. Arbeiterzeitungen usw. sind durch Spargelder von Arbeitern ermöglicht worden. Zur Teilnahme an einer Baugenossenschaft ist gesetzlich eine Einzahlung von mindestens 200 Mark vorgeschrieben; vielfach wird aber eine wesentlich größere Leistung von den Genossen verlangt. Die Spartätigkeit der Arbeiter ist also die Voraussetzung eines bestimmten sozialen Wirkens.

Das Sparen der Arbeiter hat mit der nationalökonomischen Theorie des Sparens, die ja nichts anderes als eine Theorie der kapitalistischen Akkumulation, der Neubildung von Kapitalien ist, nichts oder nicht viel gemein. Im wesentlichen handelt es sich bei den Arbeitern nur um eine planmäßige Verteilung der Ausgaben, um eine vernünftige Verwendung des beschränkten Einkommens. Die Volkswirtschaft wird deshalb auch von der Spartätigkeit der Arbeiter nicht beeinflußt. Das Sparen ist auch keineswegs unter allen Umständen vom Einkommen abhängig, und es läßt keine Rückschlüsse auf den Wohlstand der Arbeiter zu. Was Lexis in seiner Volkswirtschaftslehre sagt, daß man unter Sparen »eine mit einer gewissen Selbstüberwindung oder sogar einem Entbehrungsgefühl verbundene Beschränkung persönlicher Bedürfnisse zum Zweck der Erübrigung eines Teils des Einkommens« versteht, trifft auf die Sparer mit 50 000 Mark und mehr Einkommen ebenso zu wie auf die mit 1000 Mark Einkommen. Die unterste Grenze des zum Leben unbedingt Notwendigen steht sehr tief, alle übrigen Bedürfnisse sind relative Begriffe. Beim Sparen des Arbeiters lautet die Frage meistens so: ob er jedes augenblickliche, relative Bedürfnis unter allen Umständen befriedigen oder die hierzu notwendigen Mittel, über die er gerade verfügt, eventuell zur Befriedigung höherer, wertvollerer Bedürfnisse aufspeichern soll. Das Sparen ist in solchen Fällen also nichts anderes als eine Art Lebenskunst, die geübt werden muß, aber auch gepflegt und durch Einrichtungen gefördert und veredelt werden kann. Diese Lebenskunst, die keineswegs mit Bedürfnislosigkeit bezeichnet werden darf, erhält einen um so höhern Wert, je niedriger das Einkommen ist, und deshalb ist sie auch jetzt schon am ausgebildetsten in jenen Gegenden zu finden, in denen jene Industriezweige dominieren, die die niedrigsten Löhne aufweisen, wie beispielsweise in Sachsen. Niemand wird behaupten wollen, daß die sächsischen Arbeiter, deren Sparsinn vielleicht von allen Arbeitern Europas am höchsten entwickelt ist, im politischen oder gewerkschaftlichen Kampf hinter den Arbeitern anderer Gebiete zurückständen. Diese Tatsache zeigt auch, wie falsch die Schlüsse sind, die aus den großen Spareinlagen der Sparkassen auf den Wohlstand der Arbeiter gezogen werden.

Die Einlagen der Sparkassen bestehen überhaupt nur zu einem kleinen Teil aus Sparbeträgen von Arbeitern. Die kommunalen Sparkassen sind heute durchweg Bankinstitute, die dem sogenannten Mittelstand dienen, und zwar nicht nur in der Weise, daß sie die größten Hypothekenverleiher sind, sondern auch insofern als ihre Einlagen im wesentlichen aus den Mittelschichten stammen, die wenigstens einen Teil ihres Geldes vorübergehend oder dauernd mündelsicher anlegen wollen. Da die Sparkassen die Einlagen in der Regel mit 31/2 % verzinsen, ist eine solche Kapitalsanlage auch keineswegs schlecht. Die 12¹/₂ Milliarden Mark, die Ende des Jahres 1905 in den öffentlichen Sparkassen Deutschlands angelegt waren, stammen deshalb zum größten Teil aus wohlhabenden Kreisen. Das industriell hochentwickelte Sachsen weist aus den gleichen Gründen relativ die meisten Spareinlagen auf: 297 Mark auf den Kopf der Bevölkerung, gegen 209 Mark im Deutschen Reich, 222 in Preußen, 73 in Bayern, 162 in Württemberg. Die Sparkassenstatistik kann auch überhaupt kein Bild von der Spartätigkeit geben. Daß zum Beispiel im Jahr 1905 auf 100 Einwohner in Sachsen 61 Sparkassenbücher kamen, im Deutschen Reich 30. in Preußen 28. Bavern 14. Württemberg 27. Baden 13 usw., besagt doch keineswegs, daß in Sachsen von je 100 Einwohnern 61 ein Sparkassenbuch haben. In den sächsischen Sparkassenbezirken Löbau, Dippoldiswalde, Freiberg, Großenhain, Meißen, Pirna, Borna, Döbeln, Oschatz, Grimma und Rochlitz kommen sogar auf 100 Einwohner über 65 Sparkassenbücher, in Zittau 61 bis 65, und in diesen Bezirken wohnt zum Teil die ärmste Arbeiterschaft Sachsens. Die vielen Sparkassenbücher in Sachsen erklären sich daraus, daß eine Person in einer Sparkasse nur eine Einzahlung bis zu einer bestimmten Höhe machen darf, seit jüngster Zeit bis 5000 Mark. Aber eine aus 5 Köpfen bestehende Familie kann ja in einer Sparkasse 5 Sparkonten haben, also bis 25 000 Mark Einlagen, in 10 Sparkassen 250 000 Mark usw.

Auch der *Reichsanzeiger* bestätigte kürzlich, daß das große Anwachsen der Spareinlagen auf die Zunahme der großen Konten zurückzuführen sei. Dieses Regierungsorgan schrieb am 22. April 1913:

»Die außerordentlich rasche Zunahme der Spareinlagen bei den preußischen Sparkassen, die in den letzten Jahren zwischen 700 und 800 Millionen Mark jährlich geschwankt hat, wird von vielen ohne weiteres als ein günstiges Zeichen für die gute Entwickelung der Vermögenslage in den wirtschaftlich schwachen Kreisen der Bevölkerung, für welche die Sparkassen ursprünglich besonders bestimmt waren, angesehen. Mit Recht wurde dieser Annahme entgegengehalten, daß aus der Sparkassenstatistik zur Genüge hervorgehe, daß die Hauptzunahme der Sparkassengelder auf das Anwachsen der großen Sparkonten, vornehmlich der über 3000 und 10 000 Mark zurückzuführen sei, und daß daher noch der Beweis fehle, daß wirklich die unteren Bevölkerungsschichten den größern Anteil an den wachsenden Sparkassenbeträgen besäßen.«

Nun wird seit Jahren in Preußen der Versuch gemacht über den Beruf der einzelnen Sparer Klarheit zu schaffen. Aber was bisher darüber ermittelt worden ist und in der Statistischen Korrespondenz und im Reichsanzeiger mitgeteilt wird, ist von geringem Wert. In einer der größten Sparkassen Preußens wurde zum Beispiel der Beruf von 2705 Sparkassenbuchinhabern ermittelt, die Konten zwischen 3000 und 10 000 Mark hatten. Von diesen Sparern sollen 1634 oder 60,41 % >dem Arbeiterstand und den unteren Bevölkerungskreisen (einschließlich der Handlungsgehilfen) « angehören. Bei einer andern großen Sparkasse gehörten von den 1488 vermieteten Schrankfächern der Stahlkammern nicht weniger als 1251 Angehörigen der »wirtschaftlich schwachen« Bevölkerung an. Von diesen waren 289 Arbeiter, 574 Handwerker, 89 Dienstboten, 36 Krankenpfleger, 171 Ladenmädchen, 13 Kontoristinnen, 8 Kindergärtnerinnen, 15 Maschinisten, 9 Musiker und 47 Näherinnen. Der *Reichsanzeiger* bemerkt hierzu: da nicht anzunehmen sei, daß diese Personen sich ohne triftige Gründe Schrankfächer gemietet haben, so erscheine der Schluß gerechtfertigt, daß die meisten von ihnen nicht unerhebliche Vermögensobjekte oder Urkunden über solche Objekte zu bewahren haben. Aber über die Spartätigkeit der Arbeiter geben uns diese Zahlen auch nicht die allergeringste Aufklärung. Daß es in einer großen Stadt oder in einem großen Landbezirk unter Hunderttausenden von Arbeitern oder anderen Angehörigen der »wirtschaftlich schwachen« Bevölkerung auch 1251 geben kann, die im Besitz einer kleinen Erbschaft oder sonstwie erworbenen Vermögens sind, bedarf keiner weitern Erklärung.

Zuverlässigere Angaben über das Sparen der Arbeiter liefern die Konsumvereine, die Spareinrichtungen haben. Nach den Jahresberichten des Zentrelverbands deutscher Konsumvereine läßt sich folgendes Bild gewinnen:

Jahr Mitglieder		Anleihen, Spareinlagen, Hausobligationen (in Mark)	
1904	573 085	7 735 000	
1905	646 175	9 040 000	
1906	715 929	11 279 000	
1907	776 999	15 559 000	
1908	879 221	16 919 000	
1909	966 904	20 959 000	
1910	1 047 975	22 630 000	
1911	1 171 763	28 972 000	

In diesen Summen sind bis 1909 außer den Spareinlagen auch die Anleihen und Hausobligationen enthalten, von 1909 bis 1911 die Anleihen und Spareinlagen. Die Hausobligationen sind zweifellos zu den Spareinlagen zu rechnen; die Anleihen machen aber so geringe Summen aus, daß die obige Übersicht ein annähernd richtiges Bild von den Spareinlagen in den Konsumvereinen geben dürfte. Es kommen freilich auch erst im letzten Berichtsjahr nur rund 21 Mark Spareinlagen auf ein Mitglied. Aber es ist ja auch nur ein Teil der Mitglieder, der sich an der Spareinrichtung beteiligt, und die Spareinlagen werden von Zeit zu Zeit abgehoben.

Keineswegs sind es aber nur besonders gut situierte Mitglieder, die die Spareinrichtung der Konsumvereine benutzen. Dies zeigen die Konsumvereine von Zittau und Reichenau, wo durchweg die Löhne sehr niedrig sind. Der Konsumverein in Zittau wies folgende Zahlen auf:

Jahr Mitglieder		Spareinlagen (in Mark)	
1907 1908 1909 1910 1911 1912 1913	1 266 1 304 1 406 1 539 1 692 1 862 2	6 151 10 027 12 758 19 047 41 002 zirka 80 000	

1

Relativ höher noch als in der Stadt Zittau sind die Spareinlagen in dem Textilarbeiterdorf Reichenau, wo von allen Orten der Oberlausitz in den Fabriken die geringsten Löhne bezahlt werden:

Jahr	Mitglieder	Spareinlagen (in Mark)	
1908 1909 1910 1911 1912 1913	599 657 962 1 084 1 283	2 280 9 899 25 799 52 435 95 000 zirka 130 000	

Zu berücksichtigen ist, daß die Spareinrichtungen erst wenige Jahre bestehen, und zu kleinen, besonders neuen Konsumvereinen erst das Vertrauen sich befestigt haben muß, bevor die Mitglieder ihnen auch ihre Spargroschen anvertrauen. Überall läßt sich aber auch beobachten, daß in dem Maß, in dem das Zutrauen zu den Konsumvereinen wächst, die Arbeiter selbst ihre auf Sparkassen angelegten Ersparnisse abheben und sie den Konsumvereinen anvertrauen, die die Spareinlagen gut verzinsen.

Das Bedürfnis, die Notwendigkeit zum Sparen ist bei den Arbeitern zweifellos vorhanden, und dem muß Rechnung getragen werden. Mit dem Hinweis, die Arbeiter hätten nichts zum Sparen, läßt sich diese Frage nicht mehr abtun, da es sich ja nicht um Ansammeln von Kapitalien handelt sondern um eine Einteilung der Ausgaben, um eine vernünftige Verwendung des Einkommens. Tausende von Arbeitern, verheiratete und unverheiratete aus Dresden, sächsischen Industriedörfern usw., können jetzt im Sommer eine Reise von einigen Tagen nach der Ostsee, Nordsee, der Schweiz usw. unternehmen, seit die Gewerkschaften solche gemeinsamen Reisen arrangieren und zu diesem Zweck eine Reisespareinrichtung getroffen haben. Die Volksfürsorge, die eine notwendige Ergänzung der Sozialversicherung bedeutet, aber zu einem nicht unwesentlichen Teil auch als eine große Sparorganisation für Arbeiter betrachtet werden kann, wird dem Sparbedürfnis nun in höherm Maß Rechnung tragen als es bisher von anderen Einrichtungen geschehen konnte. Das kommt aber auch einer Erziehung der Arbeiter zum Sparen gleich, zu einer Spartätigkeit in dem Sinn, wie sie hier erörtert worden ist, und die ganz im Interesse der Arbeiter und einer gesunden sozialen Entwickelung liegt.



S gibt technische Erfindungen, die, abgesehen von aller Verwirklichung materieller Zwecke und aller Erleichterung und Erfüllung praktischer Wünsche unseres täglichen Lebens, zugleich eine bisher noch ganz ungeahnte Perspektive in das Land neuer geistiger Kulturformen eröffnen. Es bedarf keines Beweises, daß alles das,

was wir an materiellem Nutzen der modernen Technik verdanken, in einem intimen Sinn auch auf unser eigentliches, geistiges Schaffen, unser wissenschaftliches Nachdenken und unser künstlerisches Formen eingewirkt hat Die Erfindung neuer Baumaterialien neben den von der Natur selbst gebotenen scheint vorerst nur eine Errungenschaft zu sein, die den Techniker und, der Billigkeit halber, den Ökonomen interessiert, während sie, für eine oberflächliche Beobachtung, den Baukünstler, in seiner freigestaltenden Phantasietätigkeit nur weniger berühren kann. Eine solche idealistische Ansicht berücksichtigt freilich nicht die starken formal anregenden Momente, die, wie jeder weiß, in dem Material selbst liegen: Das ästhetische Objekt, das Kunstwerk unserer Anschauung, vereinigt nämlich die Stimmungsimpressionen sowohl der Form wie des sachlichen Inhalts wie auch des Materials zu einem seelischen Ganzen. Deshalb werden auch stets neue Materialien in letzter Linie über ihr bloß materielles Dasein auf eine neue Formensprache und auf eine neue Rasse von Kunstwerken hinausweisen.

Die Idee Thomas Alwa Edisons aus einem speziellen Beton fertige Häuser zu gießen, die im letzten Jahr zur Verwirklichung gedieh, verblüfft durch die Schnelligkeit der Herstellung in knapp 14 Tagen und durch ihre außerordentliche Billigkeit: Die Kosten eines solchen Hauses betragen nach Edisons Berechnung, etwa 9 Dollar monatliche Miete, vorausgesetzt natürlich, daß ein derartiges Betonhaus nicht für sich vereinzelt sondern in häufiger Wiederholung hergestellt wird. Denn das Kostspielige besteht in den zum Gießen erforderlichen Eisenformen, die, nach Art der hölzernen Verschalungen unseres gewöhnlichen Stampfbetonbaus, die zusammensetzbare Hohlform der Wände des Edisonhauses bilden. Es ergibt sich von selbst, daß die Formen, die einem solchen, in vielen Exemplaren gegossenen Haus anhaften, von knappster Einfachheit sein müssen. Denn einmal widerstrebt dem technischen Herstellungsprozeß jede Art komplizierter struktiver oder ornamentaler Detailglieder: die Gesimse werden sich wenig ausladend dem Hauptkörper anschmiegen, die Zierformen sich auf geradlinige Abstraktionen beschränken. Und dann würde ja auch bei der Häufigkeit der mechanischen Wiederholung des gleichen Baus die Wiederkehr eines und des selben zu anspruchsvoller Individualität gesteigerten Formenorganismus unmöglich erscheinen.

Der Verzicht auf eigenmächtige Formen mag uns heute, die wir durch die Selbstbesinnung der modernen Architektur wieder zum Genuß des räumlich Einfachen erzogen sind, nicht von künstlerischem Belang dünken. Weniger wird es uns überzeugen, daß die einförmige Typik, die solchen gegossenen Häusern notwendig eignet, noch im Zusammenhang der Mehrzahl künstlerisch wirken kann, da man allgemein noch unter Kunst, und also auch unter Baukunst, mehr das willkürliche Phantasiegebilde als die selbstbestimmte Regel versteht. Aber da ja Architektur stets einen Hintergrund darstellt, vor dem sich erst das individuelle Leben abspielt, sie, richtig verstanden, das eigentlich Persönliche des Menschen, genau so wie sein Kleid, nur als Rahmen ergänzt, so begründet sich das Zurücktreten der äußern individuellen Form schon an sich. Andrerseits sind ja auch die konkreten Bedürfnisse der verschiedenen Menschenklassen (Fabrikarbeiter, Kleinbürger, wohlhabender Mittelstand usw.) durchaus typisch, woraus sich denn auch die Möglichkeit gleichförmiger Grundrisse unserer Mietswohnungen ergibt.

Dennoch bedarf die künstlerische Lebendigkeit auch in diesem gegossenen Häuserbau der Variation und des Kontrastes. Jene wird sich außer durch

die Abwechslung weniger, fester Typen durch geschickte stadtbauliche Disposition erzielen lassen. Wer einmal durch alte Städte gewandert ist und dabei sein Augenmerk auf die Zahl der das Stadtbild formenden Häuserelemente gerichtet hat, wird mit Erstaunen festgestellt haben, daß diese immer ganz beschränkt ist. Der malerische Reichtum resultiert erst aus der stets wechselnden Kombination dieser Einzelfaktoren, die bald reihenmäßig bald alternierend bald in bestimmten gegensätzlichen Gruppen zu einander gestellt auftreten: So zeigt die jedem Architekturfreund unvergeßliche, nach einem einheitlichen Plan 1519 aufgebaute Fuggerei im alten Augsburg mehrere aneinandergereihte Giebelfronten, die mit Wahnfronten des selben Hauskubus kontrastieren. Die berühmten Straßenbilder Hollands und der Städte des niederdeutschen Backsteinbaus (Potsdam: holländisches Viertel, Rostock) reihen in charakteristischer Weise ein und das selbe kleine Giebelhaus an einander. Komplizierter baut das Barock: Aus dem Einheitselement des konstanten Haustypus bauen sich seine rhythmisch bewegten Straßenwände auf, indem es zu dem gewöhnlichen Reihenhaustyp noch besondere Eckhaustypen, gleichsam wie rahmende Pfeiler, und ein majestätisch gesteigertes Mittelstück hinzufügt.1) Nur die großen öffentlichen Bauten, Kirchen, Schlösser, Rathäuser usw. beanspruchen im alten Stadtorganismus eine bevorzugte Formenindividualität, die man auch den monumentalen Bauwerken in der gegossenen Stadt wird einräumen müssen; sie allein sollen in dem immer noch vornehmern, natürlichen Material ausgeführt werden, da für ihre gehobene Geistigkeit die uniforme Wiederholung des Abgusses doch recht unpassend sein würde.

Die Beispiele mit der an sich gleich bleibenden Hausform ein höchst mannigfaltiges Stadtbild zu schaffen ließen sich noch weiter häufen. Nur das sei dem phantasievollen Deutschen gegenüber betont, daß sehr viele der auch ästhetisch musterhaften englischen und auch amerikanischen Gartenstädte mit einer ganz kleinen Anzahl von Hausformen auskommen. Aber außer der für das gegossene Haus notwendig konstanten, plastischen Form lassen sich ja auch malerisch gute Variationen durch verschiedene Färbung und Oberflächenbehandlung der Fassade erzielen. Der große Architekt Theodor Fischer hat gelegentlich auf die Färbung des Betongemenges durch Metalloxyde aufmerksam gemacht; weiter berichtet er von Versuchen mit Schleifen und Polieren der Oberflächen. Und endlich empfiehlt Fischer noch eine partielle Ausschmückung mit Keramik, die ja auch, wie die Kunststeinfabrikate des Beton- und Zementgusses, aus einer Form massenhaft gepreßt wird. Der Aufbau der Architektur aus sich wiederholenden, festen Konstanten beschränkt sich aber keineswegs auf das kleine Einzelwohnhaus sondern ist ebenso zukunftsreich für den mehrstöckigen Mietshausbau unserer Großstädte. Aus der Misere eines grotesken Hyperindividualismus der schlimmen Zeit der siebziger bis neunziger Jahre sind wir heute zu einem Begreifen der großen rhythmischen Einheit des ganzen Baublocks gelangt.²) Nachgerade erscheint für die moderne Architektur die unendliche Reihung gleichmäßiger Pfeilertraveen, die das stetig fluktuierende Leben der großstädtischen Geschäftsstraße ästhetisch versinnbildlichen, als stilistisch be-

¹) Ein gutes Beispiel hierfür findet Brinckmann (in seinem trefflichen Buch *Deutsche Stadtbaukunst in der* Vergangenheit / Frankfurt 1911 /) in dem Marktplatz von Crossen an der Oder.

⁹⁾ Siehe darüber auch Behrendt Die einheitliche Blockfront als Bauelensent im Stadibau / Berlin 1912 /.

zeichnend. Eine jede solche Travee läßt sich natürlich als Wiederholung eines von vornherein geformten Baukörpers auffassen.

Die Mechanisierung der architektonischen Ausführung bedeutet durchaus nicht eine qualitative Verschlechterung. Denn daß in diesen neuen baukünstlerischen Materialien, die der Unverstand als Surrogate zu diskreditieren sucht, mit der selben Sorgfalt und formalen Hingabe ebenso wahre Kunstwerke geschaffen werden können wie in den alten natürlichen, beweisen die architektonisch ausgezeichneten Bauten der 2. Ton-, Kalk- und Zementindustrieausstellung zu Berlin /1910/, an der große Künstler wie Peter Behrens teilnahmen. Die immer mehr zunehmende Mechanisierung des rein Technischen, die naturgemäß eine wesentliche Ersparnis bedeutet, ermöglicht gerade eine Steigerung in der eigentlich künstlerischen Qualität, indem die materielle Kostenersparnis auf die Hebung der idealen, künstlerischen Arbeit geschlagen werden kann; besonders, da die formale Verantwortlichkeit mit der Multiplikation des vielfach auszuführenden, einzelnen Urtyps wächst.



NGLEICH wichtiger als die Tätigkeit der Arbeiter in der Ausübung der praktischen Armenpflege ist ihre Anteilnahme an der Verbesserung und Fortbildung des Armenwesens überhaupt. Jede gesunde soziale Einrichtung hat die Tendenz sich selbst überflüssig zu machen, das heißt die Gesamtheit um die ganze Fülle der in

ihr liegenden Bestrebungen und Entwickelungsmöglichkeiten so zu bereichern, daß ein Teil ihrer Inhalte in selbständiger Weiterentwickelung zu autonomen Gebilden wird, ein anderer so restlos in das moralische Wollen und Handeln übergeht, daß eine gesetzliche Festlegung sich erübrigt. So hat sich von der in früheren Zeiten allumfassenden Religion die Kunst, das Recht, die Wirtschaft und auch ein nicht unbeträchtlicher Teil der Wohlfahrtspflege losgelöst; Solidaritätsgefühl und Solidaritätsbewußtsein haben eine unendliche Steigerung erfahren, und eine früher unbekannte Wertschätzung des Menschenlebens und Achtung vor der persönlichen Eigenart haben sich allerorten durchgesetzt. Von der Armenpflege, der Caritas von einst, hat sich Gebiet um Gebiet abgetrennt, und aus Akten der Wohltätigkeit sind gesetzlich gewährleistete Rechte oder gesetzlich geordnete Fürsorgepflichten hervorgewachsen.

Wie schon früher ausgeführt wurde,¹) wird jetzt allgemein anerkannt, daß der Staat die Pflicht hat seinen Angehörigen ein gewisses Existenzminimum

¹) Siehe meinen Artikel *Arbeiter und Arbeiterin in der Armenpflege* in diesem Band der Sozialistischen Monatsheite, pag. 618 fi. zu sichern, wenn sie nicht imstande sind dieses aus eigener Kraft zu erringen, gleichviel ob für dieses Unvermögen ein Verschulden vorliegt oder nicht. Auch wurde die Pflicht des Staates festgestellt die Fürsorge für Alte, Kranke, Arbeitslose, Erziehungsbedürftige usw. zu übernehmen. Daraus ist die Aufgabe erwachsen möglichst viele Gebiete von der Armenpflege zu lösen und sie vom Boden der Wohltätigkeit auf den des Rechts zu stellen.

Man hat mit der Unterstützung im Fall der Arbeitslosigkeit den Anfang gemacht. Die Auffassung, daß dies keine Sache der Armenpflege sein kann und darf, sondern daß die Arbeitslosenunterstützung eine mit Rechtsanspruch auszustattende, die Inanspruchnahme der Armenfürsorge gerade verhütende Maßnahme sein muß, ist grundsätzlich längst anerkannt und zu einem Teil verwirklicht worden. Im Jahr 1909 zahlten die freien Gewerkschaften allein an Arbeitslosenunterstützung 8 593 928 Mark, ferner an Reiseunterstützung 1 125 829, an Umzugsunterstützung 284 797, an Notfallunterstützung 547 174 und an Arbeitsunfähigenunterstützung 10 228 738 Mark. Im Jahr 1910 betrugen die Ausgaben zur Unterstützung für Arbeitslose 6 075 522,5, für Reise 1 015 984, für Arbeitsunfähige 9 028 693 Mark. Freilich stellen sich der allgemeinen Durchführung der Forderung noch beträchtliche Schwierigkeiten organisatorischer und finanzieller Art entgegen. an deren Überwindung seit Jahren gearbeitet wird.

Ebenso sehen wir in unserer Kranken-, Alters- und Invaliditätsversicherung, denen sich neuerdings die Zwangsversicherung für Angestellte zugesellt hat, Ansätze zum Ersatz der demütigenden Armenpflege durch das Recht auf soziale Fürsorge. (Das hindert freilich nicht, daß das machtvolle Deutsche Reich nicht einmal für seine Kriegsinvaliden sorgen kann, und daß sogenannte Blumentage veranstaltet werden müssen, um diese vor Not zu schützen. Oder daß, wie seinerzeit bei der Witwen- und Waisenversicherung, durch Überschüsse aus einem etwaigen Petroleummonopol der Bedürftigkeit derer gesteuert werden soll, für die auskömmlich zu sorgen selbstverständliche Ehrenpflicht wäre.) Ferner sehen wir in den autonomen Hauspflegekassen wie in den vereinzelten Versuchen den Anspruch auf Hauspflege als ein durch die Kassen, die Kommunen, die Arbeitgeber usw. zu gewährleistendes Recht festzulegen begrüßenswerte Ansätze zur Ablösung der Armenpflege.

In dieser Richtung nun kann sich vor allen Dingen die Tätigkeit des Arbeiterarmenpflegers entfalten und tut es auch bereits. Aus den schon früher erörterten Gründen wird gerade er in der Armenverwaltung an seinem Platz sein, vorzüglich auch da, wo weniger die Einzelfälle entschieden als die grundsätzlichen Richtlinien der Armenpflege festgelegt werden. So können und werden die Arbeitervertreter im Armenamt auf eine Revision von Anschauungen hinwirken, wie sie beispielsweise die Armenverwaltung von Aachen bekundet und betätigt hat. Diese verweigerte einem Mann die Unterstützung, weil er eine infolge Streiks gebotene Arbeitsgelegenheit nicht ergreifen wollte. Sie berief sich in dieser Angelegenheit auf eine Entscheidung des Bundesamts für Heimatwesen, die 1898 ergangen war. Sie lautet: "Die Notwendigkeit der Unterstützung eines arbeitstähigen Mannes, der von vorhandener Arbeitsgelegenheit aus Besorgnis durch deren Übernahme wegen Streikbruchs später brotlos zu werden keinen Gebrauch macht, ist armenrechtlich nicht anzuerkennen.«

676 HENRIETTE FURTH · DIE ORGANISATION DER ARMENPFLEGE UND DIE ARBEITER

Und begründend wird dann ausgeführt:

»Das Bundesamt hat stets am Grundsatz festgehalten, daß die Arbeitsfähigkeit eines rüstigen Mannes eine Hilfsbedürftigkeit desselben im armenrechtlichen Sinn regelmäßig ausschließt und daß, wenn bei einem solchen die Notwendigkeit öffentlicher Unterstützung aus Mangel an Arbeitsgelegenheit hergeleitet wird, es sich immer nur um eine vorübergehende Hilfeleistung handeln könne. Dem widersprach es dem Maurer W. eine dauernde Unterstützung von 20 Mark monatlich zu gewähren. Wenn er, was glaublich, in seinem Handwerk im Winter keine Arbeit gefunden, dann hätte er an dere Arbeit aufsuchen müssen. Es war zurzeit reichlich Gelegenheit zu Hafenarbeiten infolge des Streiks der Hafenarbeiter. W. gab an, daß er dann später brotlos geworden wäre und sich unter den Hamburger Maurern als Streikbrecher unmöglich gemacht hätte. Diese Sorge kann nicht in Betracht kommen bei der Frage: War W. zurzeit hilfsbedürftig? Die Armenpflege hat nur mit Abhilfe eines gegen wärtigen Notkänds zu tun, nicht künftiger Verarmung vorzubeugen. Dabei kann sie einen vollkräftigen Mann durch Versagung von Unterstützung nötigen vorhandene Arbeitsgelegenheit zu benutzen.«

Gäbe es nicht einen einzigen andern Grund: dieses Urteil und seine Begründung würden für sich genügen, um die Wünschbarkeit, ja Notwendigkeit der Teilnahme der Arbeiterschaft an allen Zweigen der Armenpflege und -verwaltung zwingend darzutun. Eine Behörde, die der Armenpflege keine vorbeugende Wirksamkeit zugeteilt wissen will, die den Streikbruch, die Verleugnung jeden Solidaritätsgefühls, ja der Selbsterhaltungspflicht verlangt! Da ist es höchste Zeit, daß den betreffenden Stellen die Augen für das wirkliche Wesen der Dinge geöffnet, daß durch Arbeitervertreter dieser krassen Verkennung von Recht und Pflicht des Arbeiters ein Ende gemacht werde.

Ferner sind Pfleger aus dem Arbeiterstand geeignet unter Hinweis auf die nun schon chronische außerordentliche Verteuerung der gesamten Lebenshaltung, von der sie selber so schwer betroffen werden, für eine Erhöhung der Ausschlußsätze zu wirken. Auch liegt es gerade ihnen besonders nahe jene größeren prophylaktischen Reformen zu betreiben, die in Gestalt von Waldschulen, Ferienheimen und -kolonieen, durch Einführung der obligatorischen Hauspflege in allen Bedarfsfällen, durch entsprechende Beeinflussung der Bodenpolitik und Förderung des Kleinwohnungsbaus darauf hinarbeiten, daß die Inanspruchnahme der Armenpflege in vielen Fällen verhütet, und ihr Wirkungskreis in begrüßenswerter Weise eingeengt wird. Wie oft es vor allem das Wohnungselend und die Wohnungsnot sind, die zu Krankheit, Siechtum und in der Folge zu wirtschaftlichem und moralischem Niedergang der Familien führen, das beweisen Jahr für Jahr die in der Darstellung so schlichten, in der Wirkung so erschütternden Wohnungsenqueten der Berliner Kaufmannskasse. Gerade die dem Arbeiterstand angehörenden Pfleger können nachdrücklicher die Forderung der allgemeinen Wohnungsaufsicht, die Notwendigkeit einer sorgfältigen Wohnungspflege begründen als andere und zugleich eher zu gangbaren Reformvorschlägen kommen oder vorliegende Reformpläne auf Grund eigener Erfahrungen unbefangener würdigen. Daß es mit Wohlwollen und noch so gründlicher theoretischer Durchdringung der Sachlage nicht getan ist, zeigen die Reformvorschläge Dr. Margarete Jacobsohns. Sie will, daß die Armenverwaltung in eigener Regie Häuser baue und ihre Pfleglinge dort unterbringe. Das scheint mir ein recht bedenklicher Vorschlag zu sein, dem aus individuellen, sozialen und finanzpolitischen Gründen zu widerraten ist. Das Volk wird nämlich in diesen Bauten eine Art Armenhäuser erblicken, und

ihre Insassen werden über die Achsel angesehen werden. Besonders die Bedürftigen mit starkem Ehrgefühl werden nicht gern in diese Häuser gehen, auch schon aus dem Grund nicht, weil dadurch einem Zustand, der, wie sie glauben und hoffen, vorübergehend und zu überwinden ist, eine gewisse Dauer zudiktiert und der Makel der Öffentlichkeit aufgeheftet wird. Wer aber einmal hineingegangen ist, der dürfte Schaden an seinem Charakter erleiden oder auch in seiner Fähigkeit zu selbständiger und selbstverantwortlicher Lebensgestaltung dauernd beeinträchtigt sein. Auch dürften sich Bau, Verwaltung und Instandhaltung solcher Häuser als recht teuer erweisen, auch schon weil die Inwohner schwerlich auf eine pflegliche Behandlung ihrer Wohnung bedacht sein werden. Ganz anders aber sieht die Sache aus, wenn die Armenverwaltungen die Kommunen veranlassen den gemeinnützigen und genossenschaftlichen Wohnungsbau dadurch zu fördern. daß sie genügende Mittel zu billigem Zins zur Verfügung stellen, oder wenn sie einen Druck auf die Magistrate und Stadtverordnetenkollegien dahin ausüben, daß dem gemeinnützigen und genossenschaftlichen Wohnungsbau in der Gewährung von Bauland und Baugeld, in der Herabsetzung der Straßen- und Kanalbeiträge, in der Bauweise usw. das größte Entgegenkommen bewiesen werde. Damit das aber mit dem nötigen Nachdruck geschehen kann, muß das nicht von Hausbesitzer- und Mittelstandsinteressen bestimmte Pflegerelement wesentlich verstärkt, das heißt müssen Arbeiterpfleger in größerer Zahl herangezogen werden. Das selbe gilt für die Frage der Notstandsarbeiten, der Wanderarbeitsstätten, der Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehr- und Lernmittel, für die Durchführung des Kinderschutzgesetzes, das Verhalten gegenüber der Gefängnisarbeit und für ähnliche Dinge mehr.

Somit bietet die Armenpflege ein Feld überreicher Betätigungsmöglichkeit. Daß es auch schon von Pflegern aus dem Arbeiterstand mit gutem Erfolg bebaut worden ist, beweisen die einschlägigen Berichte im Kommunalen Jahrbuch, in der Sozialen und der Kommunalen Praxis, das geht ferner aus den Zusammenstellungen des Jacobsohnschen Buches Die Arbeiter in der öffentlichen Armenpflege sowie aus den persönlichen Bekundungen von Armenamtsvorstehern usw. hervor. Eine Umfrage Dr, Jacobsohns ergab in dieser Hinsicht das folgende Resultat:

Frage		Antwort	
	Ja	Nein	
Haben sich die Arbeiter bewährt?	31	-	
Wenn ja, kommt ihnen ihre Kenntnis des Milieus der Unterstützten zugute? Wirken sie in der Armenpflege als anregendes,	28		
vorwärtstreibendes Element?	9	1	
Bewilligen sie höhere Sätze als sonst üblich?	-	25	
Sind sie unparteiisch?	30	1	

Bei der 1. Frage gibt Duisburg an, »weil vornehmlich bessere Arbeiter als Meister gewählt worden sind«. Zur 2. Frage bemerkt Straßburg, daß, wenn die Arbeiter über mehr freie Zeit verfügten, sie geradezu ideale Armenpfleger für arbeitsunlustige Familien wären. Duisburg hebt ihre »Kenntnis der Verhältnisse und Beschaffung geeigneter Beschäftigung« hervor. Bei der 3. Frage geht die allgemeine Ansicht dahin, daß ein besonders auffallendes Hervortreten nicht beobachtet und besondere Wahrnehmungen in dieser Richtung nicht gemacht worden sind. Straßburg und Hamburg sagen dazu, daß bei der geringen Zahl der in der Armenpflege tätigen Arbeiter ein nennenswerter Einfluß auf die Organisation der Armenpflege nicht feststellbar sei. Dazu, daß eine Verwaltung (Hannover) die Unparteilichkeit der Arbeiter bestreitet, heißt es, daß »dieses Votum leider ohne Begründung« abgegeben worden sei. Mannheim bemerkt dagegen: »Die bis jetzt in der Armenpflege tätigen Arbeiter bringen das Opfer an Zeit gern dar, sie sind unparteiisch und in ihrem Urteil keineswegs einseitig.« Ein Urteil allgemeiner Art gibt Mülhausen dahin ab: »Sie verhelfen den Armen so weit wie tunlich mit Rat und Tat zur wirtschaftlichen Selbständigkeit«, und Straßburg spricht sich »fast enthusiastisch über die von ihnen geleistete Arbeit aus«. Aus Nürnberg berichtet die Kommunale Praxis vom Januar 1912, daß durch die Teilnahme der Arbeiter die miserablen Verhältnisse des Obdachlosenasyls etwas gebessert, später das Asyl der Armenpflege genommen und dem Magistrat unterstellt und zur Beschäftigungsanstalt ausgebaut worden sei. Durch einen sozialdemokratischen Gemeindebevollmächtigten wurde die Kinderfürsorge im Armenviertel unter Aufsicht einer Kindergärtnerin eingerichtet und die Lieferung von Schuhen und Kleidern in die Wege geleitet. Ebenso günstig sind nach dem Kommunalen Jahrbuch die Erfahrungen in Straßburg und Frankfurt am Main.

Die Zahl der in der Armenpflege tätigen Personen, die dem Arbeiterstand angehören oder aus ihm hervorgegangen sind, jedenfalls aber als Vertreter der Arbeiterschaft an der Armenpflege teilnehmen, ist noch recht gering. Die von Dr. Jacobsohn unternommene Enquete, die sich an 89 Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohner richtete und von 71 beantwortet wurde, ergibt als Antwort auf die Frage nach ihrer Zahl, daß von etwa 23 000 (22 664) Armenpflegern 600 (609) dem Arbeiterstand angehörten. Das sind also rund 2,7 (2,68) %. Da aber unter diesen 600 Arbeitern noch eine Anzahl von Werkmeistern sich befindet, so ist die Zahl der wirklichen Arbeitervertreter innerhalb der Armenverwaltungen noch niedriger. Aus naheliegenden Gründen. Der in geordneten Verhältnissen lebende Arbeiter (und nur solche können begreiflicherweise für das Amt des Armenpflegers in Betracht kommen) steht gewöhnlich in fester Arbeit und hat daher keine Zeit Armenpfleger zu sein. Er wird auch in der Regel viel zu müde sein. um nach Feierabend noch die nötigen Besuche und Recherchen machen zu können. Und nicht alle werden gewillt sein einen Teil des Sonntags, des einzigen Feiertags, der ihnen gehört, im Dienst der Armenpflege zu opfern. Da bliebe, um die aus den erörterten Gründen so wertvolle Kraft der Arbeiter in erhöhtem Maß für die Armenpflege nutzbar zu machen, nichts übrig als daß »der Arbeiter seine Arbeitszeit entweder unterbricht oder früher beendet, um seinen Obliegenheiten als Armenpfleger nachzukommen«. Dr. Jacobsohn schlägt vor, daß entweder der Unternehmer dem Arbeiter die benötigte Zeit ohne Lohnabzug freizugeben oder die Armenverwaltungen nach dem Vorbild des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetzes den Arbeitern und Gehilfen eine Entschädigung für Zeitversäumnis respektive Lohnausfall zu gewähren haben, oder daß endlich die Gewerkschaften diese Last auf ihre Schultern nehmen sollten. Was den ersten Vorschlag anlangt. so zweifelt sie freilich an dem guten Willen der meisten Arbeitgeber die zur

678

Ausübung des Ehrenamts benötigte Zeit überhaupt freizugeben. Das könnte indessen, wie Flesch seit Jahren propagiert²), zu der gesetzlichen Festlegung des Rechtes der Arbeiter auf Übernahme und ordnungsmäßige Ausübung ölfentlicher Ehrenämter führen. Die Entschädigungspflicht für Lohnausfall oder sonstigen nachweisbar erlittenen Verlust wäre rechtlich den Kommunen aufzuerlegen. Dr. Jacobsohn führt dazu mit Recht aus:

»Die ehrenamtliche Tätigkeit verliert durch den Anspruch auf Schadenersatz nichts von ihrem Charakter. Sie bleibt eine von Bürgern im Interesse des Gemeinwohls unentgeltlich ausgeübte Leistung. Das Prinzip des Schadenersatzes führt nicht dazu, daß sie Gewinn trägt, wohl aber, daß sie keinen Verlust bringt.«

Ganz unzulässig aber erscheint es mir den ohnedies schon stark belasteten Gewerkschaften die Kosten für eine Leistung aufbürden zu wollen, die keineswegs im Sonderdienst der Gewerkschaften sondern in dem der Allgemeinheit ausgeführt wird.

Ein höchst beachtlicher Vorschlag findet sich in den Mitteilungen des Waisen- und Armenrats der Stadt Frankfurt am Main vom Januar 1913. Es heißt dort:

»Wer die Zahl der Lohnarbeiter im Ehrenamt vermehren will, muß den Arbeitsvertrag immunisieren, das heißt dafür sorgen, daß die schädlichen Nebenwirkungen beseitigt werden, die sich daraus ergeben, daß der Arbeitsvertrag die gesamte Arbeitskraft in Anspruch nimmt (Länge des Arbeitstags) und sogar noch über die Dauer des Arbeitstags hinaus den Gehilfen vom Produktionsleiter abhängig macht (Furcht vor willkürlicher Entlassung). Die Mitarbeit in der Armenpflege ist noch immer das beste Mittel, das wir haben, um die Augen der Allgemeinheit für die Reformbedürftigkeit des Gegenteils der Armenpflege, des Arbeitsvertrags, zu öffnen.«

Als zweiter Hinderungsgrund für die aktive Teilnahme der Arbeiter an der Armenpflege wird die Enge der Arbeiterwohnung angeführt. Dieses Schicksal teilt die Arbeiterwohnung mit vielen Wohnungen kleiner Handwerksmeister usw. Daher sollten nur solche Fälle, die kurz, das heißt an der Tür zu entscheiden sind, in der Wohnung erledigt werden, im übrigen aber sollte dem Armenpfleger ein neutraler Abfertigungsort zur Verfügung stehen (das Gebäude der Armenverwaltung oder gemietete Räume), oder es sollten nach dem Vorbild von 6 Großstädten für die Bezirksvorsteher, den Arbeitern und gleichgeordneten Pflegern Wohnungszuschüsse gewährt werden.

Die übrigen, aus Tradition und Gewohnheit gegen die Zuziehung von Arbeiterarmenpflegern sich geltend machenden Einwände sind ebensowenig stichhaltig wie die gegenüber dem geradezu unerläßlichen Eindringen des weiblichen Elements in die Armenpflege. Es ist ebenso kurzsichtig, wenn ein Armenvorsteher oder Pfleger erklärt im Fall der Zuwahl einer Frau sein Amt niederlegen zu wollen als wenn derartig rückständige Elemente von der Teilnahme der Arbeiter an der Armenverwaltung eine Einbuße an Macht und Ansehen der Kollegien befürchten. Das Gegenteil dürfte der Fall sein. Wie wir sehen, haben die Arbeiter sich durchweg als ein wertvolles Element der praktischen wie der fortbildenden Armenpflege erwiesen. Daher ist das Vorgehen der Verwaltungen zu begrüßen, die, gestützt auf die guten Erfahrungen, die sie gemacht haben, die Gewerkschaften zur Namhaftmachung geeigneter Vertreter aufgefordert haben.

²⁾ Siehe zum Beispiel Flesch Das Ehrenamt und der Arbeitsvertrag in der Sozialen Praxis vom 14 Oktober 1909, pag. 25 ff.

Damit kommen wir zu der Frage, welche Vertreter der Arbeiterschaft am geeignetsten für das Amt des Armenpflegers sein werden. Die Antwort lautet: zweifellos jene, die durch die ganze Art ihrer Tätigkeit am häufigsten mit den verschiedensten Schichten der Arbeiterbevölkerung in Berührung kommen. Das sind die Krankenkassenbeamten und -kontrolleure. die Gewerkschaftsbeamten usw. Man begegnet da manchmal dem Einwand. daß das keine eigentlichen Arbeiter mehr seien. Das stimmt nur insofern als sie nicht im Dienst der privaten Unternehmung stehen und keine Handarbeit leisten. Sie sind aber in der Regel aus der Industriearbeiterschaft hervorgegangen und in allen ihren Daseinsbedingungen und Daseinsäußerungen so eng mit ihr verknüpft, daß sie als typische Vertreter der Arbeiterklasse anzusehen sind. Selbstverständlich steht, wenn anders die ökonomische Lebenssicherung gegeben ist, nichts im Weg auch Industriearbeiter in großer Zahl zur ehrenamtlichen Armenpflege heranzuziehen. Freilich kämen dabei auch hier wieder an erster Stelle die organisierten Arbeiter in Frage, da sie durch die gewerkschaftliche und politische Schulung am besten zur Übernahme und Durchführung der sich hier ergebenden Aufgaben befähigt sein werden. Daneben sollte aber auch der weibliche Teil der Arbeiterschaft stärker herangezogen werden, namentlich die Frauen von Arbeitern oder verheiratete Arbeiterinnen: denn diese sind am ehesten geeignet sich im Kleinkram der Hauswirtschaft zurechtzufinden und mit Rat und Tat das Rechte zu treffen.

So tut sich in der Armenpflege ein Gebiet des Zusammenarbeitens von Bürger und Arbeiter auf, das dazu beitragen kann Gegensätze zu mildern, gegenseitige Achtung zu begründen und zu festigen. Die Sache selbst aber ist für die Arbeiter ein ideales Feld der Betätigung im Dienst des Gemeinwohls, ein öffentliches Arbeitsgebiet, an dessen Sozialisierung mitzuwirken sie gerade am berufensten erscheinen. Es gilt mit der Zeit die Armenpflege in allen Fällen unverschuldeter Bedürftigkeit (Arbeitslosigkeit, Krankheit, Verwitwung, Verwaisung usw.) auszuschalten und sie durch ein gesetzlich festgelegtes Recht auf soziale Fürsorge zu ersetzen. Es gilt ferner den Rest von aus schuldhafter Verarmung herwachsender Armenpflege tunlichst seiner Härten zu entkleiden, zu sozialisieren, aber auch auf die Pfleglinge erzieherisch einzuwirken. Das ist die Aufgabe, an der entscheidend mitzuschaffen vor allem der Arbeiterschaft beschieden sein kann.

Balkankrieg Der Krieg auf der Balkanhalbinsel ist am 31. Mai durch den Vorfriedensschluß in London beendet worden. Das osmanische Reich hat damit als europäische Macht zu bestehen aufgehört. Der kleine Zipfel um Konstantinopel und die paar Inseln, die dem Reich noch verbleiben, zählen nicht. Interesse hat jetzt nur noch die Frage, ob sich die auf Kosten der Türkei vergrößerten Balkanstaaten mit einander vertragen werden, und ob es den europäischen Großmächten möglich sein wird sich über ihre Interessen in der ehemals europäischen als auch in der asiatischen Türkei dauernd zu verständigen. Kurzum, ob die Umwälzungen, die in den letzten beiden Jahren vor sich gegangen sind, den gefürchteten Weltkrieg herbeiführen werden.

internationale Die Sozialdemokratie rechnet mit dieser Gefahr, und sie hat es demzufolge als ihre Pflicht erachtet bei jeder Gelegenheit dem Frieden das Wort zu reden. Mitte Oktober vorigen Jahres, am Vorabend des Balkankrieges, veröffentlichte das internationale Bureau in Brüssel ein von den Sozialisten der Türkei und der Balkanstaaten verfaßtes Manifest, worin diese ihre Stimme gegen den Krieg erhoben und auseinandersetzten, daß im türkischen Reich eine radikale Reform im Innern allein den Frieden und das normale Leben wiederbringen, die auswärtigen Einmischungen beseitigen und schließlich die demokratische Föderation des Balkans möglich machen könne. Das internationale Bureau selbst begleitete diese Meinungsäußerung mit dem Bemerken, daß es die mögliche Ausdehnung des Feuerherds seinerzeit anläßlich der Demonstration gegen den tripolitanischen Krieg signalisiert, die logische Konsequenz des italienischen Vorgehens aufgezeigt habe, das selbst durch das Beispicl der marokkanischen Eroberung hervorgerufen war, die wieder der stillschweigenden Einwilligung der Großmächte geschuldet war. Eine lange, aber logische Kette.

Es entsteht die Frage, wie diese Warnungen im Buch der Geschichte bestehen können. Daß sie edlen Beweggründen entspringen, ist selbstverständlich. Auch dann, wenn man in Rechnung stellt, daß die Sozialdemokratie aller Länder insoweit aus Eigennutz handelt als sie im Krieg ein Hindernis ihrer Ausbreitung sieht. Ist aber das Bestreben auf alle Fälle Blutvergießen zu verhindern mit jener höhern historischen Auffassung vereinbar, die in allem Geschehen logische Notwendigkeiten sieht, Notwendigkeiten, die nun einmal von keiner Macht des Himmels und der Erde verhindert werden können? Wem fällt nicht die Ähnlich-keit der Balkanereignisse mit jenen Vorgängen ein, die vor einem halben Jahrhundert aus Italien einen Einheitsstaat und aus dem zerrissenen Deutschland einen Respekt gebietenden Bundesstaat hervorgehen ließen? Auch damals befaßten demokratische Sozialisten sich mit der Nationalitätenfrage, aber ein Element der Beschwichtigung waren sie nicht. Die Losreißung Schleswig-Hol-steins von Dänemark erschien einem Lassalle als Notwendigkeit, und wenn

man auch den deutschen Bruderkrieg beklagte und leicht zu prophezeien hatte, daß der deutsch-französische Krieg die Monarchie und die konservativen Mächte stärken sowie zwischen Deutschland und Frankreich dauernde Spannung hervorrufen werde, so sahen doch hervorragende Sozialisten vor allem in dem, was bis 1870 geschehen war, das eherne Walten der Geschichte. Was nun die Türkei betrifft, so stellen die Sozialisten der Balkanstaaten in dem erwähnten Manifest selbst die Tatsache fest, daß die Hoffnung, das neue, parlamentarische Regime in der Türkei werde durch Inaugurierung einer neven Politik der Vergangenheit ein Ende machen, vorerst gescheitert ist. Was blieb dann noch übrig als mit dem letzten Mittel herbeizuführen, was herbeigeführt werden mußte? Jahrhundertelanger Haß lag in den Balkanländern gegen die fürkische Herrschaft aufgespeichert, die als Fremdherrschaft empfunden wurde, und die auch tatsächlich eine Mißwirtschaft darstellte. Der Haß mußte um so eher zur Entladung kommen, als sich die Schwäche der türkischen Gewalthaber immer deutlicher offenbarte, und überdies die christlichen Völker wußten, daß die durch Religion und Stammesgemeinschaft an das Alte gefesselten Bewohner nur als belanglose Minderheit in der Gesamtbevölkerung des osmanischen Reichs in Betracht kamen.

Aber die Greuel des Krieges? Sie sind entsetzlich - wie die Greuel der Revolution. Welcher Sozialist aber hat 1789, 1830 und 1848 zu verdammen gewagt? Gewiß ist ein Unterschied zwischen der Empörung der Völker gegen unerträgliche Willkür ihrer Regierungen und zwischen einem Kabinettskrieg. Aber um einen solchen hat es sich auf dem Balkan doch wohl nicht gehandelt. Es war zweifellos ein wirklicher Volkskrieg. Das müssen wir unter allen Umständen zugeben, trotz aller Sympathieen mit dem türkischen Volk und trotz gewisser Antipathieen gegen die anderen Balkanvölker. Wir müssen auch bei Bulgaren, Serben und Montenegrinern die Macht des nationalen Gedankens feststellen.

Es bleibt freilich die Befürchtung, daß die nationalen Leidenschaften ein Hemmnis für die Ausbreitung des sozialistischen Gedankens seien. Die Frage, ob auf dem Balkan überhaupt der materielle Untergrund für eine sozialistische Bewegung vorhanden ist. mag aus dem Spiel bleiben. Wir wollen auf die Lage der deutschen Einheitsbewegung zurückblicken und müssen zugeben, daß infolge des Krieges von 1870 die damals ohnehin schwachen sozialistischen Organisationen einen erheblichen Mitgliederverlust erlitten. Auch Reichstagsmandate gingen den sozialistischen Parteien verloren. Aber wie lange dauerte dann die rückläufige Bewegung? Kaum länger als ein Jahr. Spielend wurde dann das Verlorene wiedergewonnen und weit mehr hinzuerobert. Erst im neuen Reich, in dem durch furchtbare Kriege geeinten Deutschland konnte die Sozialdemokratie jene Kerntruppe heranbilden, die sich heute zur Viermillionenpartei entwickelt hat. Was ist das überhaupt für eine kleinmütige Zweifelsucht. die von einem so aufrüttelnden Ereignis wie einem Krieg eine Beeinträchtigung der sozialistischen Entwickelung erwartet! Hat nicht eine 50jährige Erfahrung gezeigt, daß alles, was øegen die Sozialdemokratie unternommen wurde, ihr letzterhand zum besten diente? Sollten wir Sozialdemokraten nicht davon überzeugt sein, daß unsere Lehre unzerstörbar ist, daß wir die Vollzieher der Weltgeschichte sind? Es wäre nun Gewissenlosigkeit an dieser Stelle sich für den Weltkrieg erwärmen zu wollen. Deutschland ist national gesättigt und hat keine Ursache einen Krieg anzustiften. Man kann auch alles in allem der Reichsregierung nicht das Zeugnis versagen, daß sie bis dahin die Kriegsgefahr zu bannen wußte. Aber so sehr das gegen den Krieg gerichtete Bemühen der deutschen Sozialdemokratie im besondern und der internationalen im allgemeinen anzuerkennen ist, so wird man doch den Gedanken nicht los, daß das Streben nach Erhaltung des Statusquo in nationaler Hinsicht erstens so etwas wie großmütterliche Fürsorge an sich hat und zweitens mit einer materialistischen Genicht schichtsauffassung auch dann ganz zu vereinbaren ist, wenn man sie nicht plump als ein fatalistisches Sichergeben in Notwendigkeiten betrachtet. x

Elsab-Loth- Mitte Mai brachte ein beringen sonders deutschfeindliches Blatt, der Pariser Matin,

die überraschende Nachrieht, daß das Ministerium für Elsaß-Lothringen be-

Bundesrat besondere absichtige dem Anträge zu unterbreiten; als der Kaiser am 26. April in Straßburg war, habe er mit dem Statthalter Maßnahmen oegen die Presse und gegen das Vereinsrecht vereinbart. Die Nachricht bestätigte sich alles in allem, nur widersprach die offiziöse Presse der Ansicht. daß der Kaiser mit der Angelegenheit zu tun gehabt hätte: die in Betracht kommenden Anträge wären vielmehr schon vor Monaten ausgearbeitet wor-Von den geplanten Gesetzentden. würfen will der eine dem elsaß-lothrinøischen Ministerium das Recht zuerkennen Zeitungen oder Zeitschriften, die im Ausland erscheinen, ganz oder teilweise zu verbieten: diese Bestimmung soll auch auf Zeitungen und Zeitschriften anwendbar sein. die innerhalb der deutschen Reichsgrenze erscheinen, aber nicht in deutscher Sprache abgefaßt sind. Der andere Entwurf will den Behörden das Recht geben Vereine aufzulösen, wenn ihre Tätigkeit die öffentliche Sicherheit bedroht, oder wenn sie andere Zwecke als die durch die Satzungen bestimmten verfolgen. Begründet wurden diese Ausnahmebestimmungen mit den deutschfeindlichen Reden des Abgeordneten Wetterlé, mit der Haltung etlicher reichsländischer Blätter und mit der Behauptung. daß die Einführung des Reichsvereinsgesetzes in Elsaß-Lothringen zu Mißbrauch Anlaß gegeben hätte.

In Deutschland spendeten nur die Konservativen und Alldeutschen dem Vorgehen der elsaß-lothringischen Regierung Beifall; im Reichsland selbst gab es überhaupt keine Verteidiger der verschlten Idee. Am 22. Mai nahm die elsaß-lothringische Zweite Kammer einstimmig eine Resolution an, die ihre Mißbilligung über das Bestreben auf Herbeiführung von Ausnahmegesetzen aussprach und feststellte, daß die zur Begründung dieser Gesetze angeführten Behauptungen zum Teil unrichtig zum Teil übertrieben seien, so daß zu einer Verschärfung der Gesetze nicht die geringste Veranlassung vorliege, und diese daher nur eine Stärkung und Förderung des nationalistischen Chauvinismus herbeiführen würde. Am 28. Mai erklärte sich dann auch die Erste Kammer mit allen gegen 5 Stimmen dahin, daß von einer Verschärfung des Preß- und Vereinsgesetzes abgesehen werden möge, zumal durch die Ankündigung auch in

loyal gesinnten Kreisen der Bevölkerung eine große Erregung hervorgerufen worden sei. Im Reichstag verurteilten Zentrum, Liberale und Sozialdemokraten die Absicht der Regierung, als am 30. und 31. Mai eine sozialdemokratische Interpellation hier ebenfalls Gelegenheit zur Aussprache bot.

Das ganze Vorhaben der Regierung zeugt von großer Verständnislosigkeit für die Empfindungen in den 1871 neu gewonnenen Reichsteilen. Kein Wort ist weiter darüber zu verlieren, daß ein solches Volk nach 1871 einem als Fremdherrschaft empfundenen Polizeiregiment zuerst passiven Widerstand entgegensetzte und dann an dem Zickzackkurs, der nach 1890 kam, ebenfalls kein Behagen finden konnte. Doch war es immerhin als Zeichen der Versöhnung zu deuten, daß der Nationalismus bei den ersten Reichstagswahlen, die nach der Gewährung einer Verfassung erfolgten, überaus schlecht abschnitt. Bezeichnend ist es auch, daß die Vertreter des Nationalismus nicht so sehr der Zahl als der gesellschaftlichen Stellung nach in Betracht kommen. Sie gehören dem wohlhabenden Bürgertum an, und im Gegensatz zu diesen Besitzenden stellt die Sozialdemokratie, die beträchtliche Arbeiterschichten des Landes vertritt, sozusagen ein staatserhaltendes Element dar. Noch in der selben Sitzung der Ersten Kammer, die der Regierung ein deutliches Mißtrauensvotum ausstellte, hatte Staatssekretär Zorn von Bulach sich gegen den Vorwurf des Liebäugelns mit der Sozialdemokratie zu wehren. Der nationalistische Abgeordnete Blumenthal nahm für sich das Recht auf republikanische Gesinnung in Anspruch, wo doch die wichtigste Partei, auf die die Regierung angewiesen sei, auch oft republikanische Ideen vertrete. Der Staatssekretär wandte sich gegen die Annahme, als ob die Regierung mit der Sozialdemokratie paktiere, erkannte aber zugleich an, daß die Annahme der viel umstrittenen Besoldungsvorlage am 27. Mai dem Mitwirken der sozialdemokratischen Fraktion zuzuschreiben war. und daß der Dank dafür eben der vernünftigen Haltung der Sozialdemokratie gebühre. Diese ganze Sachlage läßt das Vorgehen der Regierung nur um so unkluger erscheinen. Ihre Anträge werden ja nicht Gesetz werden, aber das Vertrauen der elsaß-lothringischen Bevölkerung haben sie erheblich erschüttert.

Von dem Eindruck, den eine solche Politik in ganz Deutschland machen muß, völlig zu schweigen.

X Schwarzburg- Nach einem allerdings nur Rudolstadt im Kleinen gegebenen Bei-

spiel scheint die Sozialdemokratie die Hoffnung ihrer konservativen Gegner, daß die Partei in der positiv-parlamentarischen Tätigkeit versagen werde, gründlich Lügen strafen zu wollen. Der Landtag des Furstentums Rudolstadt wurde am 27. April vom Staatsminister von der Recke, wie die Zeitungen berichteten, mit folgender Ansprache geschlossen: Wir sind am Ende einer arbeitsreichen Periode. Larger als 3 Monate haben wir verhandel:. aber die Arbeit hat zu einem erfreulichen Resultat geführt. In allen Kreisen blickte man mit Sorge auf die Verhandlungen, auch die Staatsregierung Die letztere hat sich aber mit dem Landtag in einer sehr großen Anzahl wichtiger Vorlagen einigen können Hoffen wir, daß die gelösten Aufgaben dem Land zum Segen gereichen. Namens der Staatsregierung möchte ich den Abgeordneten für ihr tatkräftiges Mit-arbeiten meinen Dank aussprechen, und ich tue es mit dem Wunsch und in der Hoffnung, daß von allen Seiten die neugeschaffenen Verhältnisse im Land anerkannt und geschätzt werden.« Sehr verärgert bemerkt hierzu die Deutsche Tageszeitung am 30. April: Sollten die Zeitungsberichte zutreffend sein, so könnte man fast bedauern, daß der Herr Staatsminister sich nicht noch deutlicher darüber ausgesprochen hat. welche in der Landtagstagung neugeschaffenen Verhältnisse er anerkennensund schätzenswert findet.«

KurzeChronik Am 15. Mai sprach die französische Depu-

tiertenkammer dem Ministerium Barthou mit 322 gegen 155 Stimmen ihr Vertrauen aus, als eine Interpellation über die Zurückhaltung der diesjährigen Reserveklasse beendet war. In Toul und in anderen Garnisonsorten erfolgten Kundgebungen der Soldaten gegen die 3jährige Dienstzeit, die aber bald unterdrückt wurden. \ Peinliches Aufschen erregte es, als bekannt wurde, daß ein Mitglied des österreichischen Generalstabs, der Oberst Redl, der am 25. Mai durch Selbsimord aus dem Leben schied, wäh-

rend der gespannten Situation dieses Jahres als auch früher schon an die Mobilmachungsrussische Regierung pläne und andere wichtige Geheimnisse gegen Geld verraten hatte. \times Am 20. Mai gingen in Dänemark die Wahlen zum Folkething vor sich. Sie brachten der Linken eine Mehrheit: von den 114 Sitzen erhielt die Sozialdemokratie 32 gegen 24. die bürgerlich-radikale Partei 31 gegen 20 im Jahr 1910. Die liberale Fraktion ging hingegen von 57 auf 44, die konservative von 13 auf 7 Mandate zurück

Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

Volksfür- Am 17. Ma sorge gewerkschal

Am 17. Mai ist endlich die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksfürsorge in

das Hamburger Handelsregister eingetragen worden, nachdem am 6. Mai der Senat des Aufsichtsamts für die private Versicherung den Geschäftsplan, die Tarife und die Versicherungsbedingungen der Gesellschaft genehmigt hatte. Die Volksfürsorge ist damit instand gesetzt ihren Geschäftsbetrieb aufzunehmen: es soll dies mit dem 1. Juli geschehen. Doch werden auch jetzt schon Versicherungsanträge entgegengenommen. So steht denn das großzügig gedachte Werk gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Zusammenarbeitens nach mehr als 2iähriger Vorbereitung vor der Verwirklichung. Für die in den privaten Volksversicherungen ausgebeuteten Massen wird endlich die Möglichkeit einer Versicherung gegen Krankheit, Alter und Tod geschaffen, in der dem Versicherten kein Pfennig des eingezahlten Geldes verloren gehen kann, in der auch nicht eine schwerfällig und kostspielig arbeitende Organisation sowie riesenhohe Direk-toren- und Aufsichtsratsgehälter und Tantiemen die Leistungsfähigkeit des Unternehmens für den Versicherten stark einschränken. Freilich wird bei der Durchführung dieser Aufgabe auf die Mitwirkung der organisierten Arbeiterschaft gerechnet werden müssen. Die der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften sowie die dem Zentralverband angeschlossenen Genossenschaften werden mit all ihren Funktionären in den Dienst des Unternehmens treten, indem ihre Einkassierer und Beitragssammler zugleich auch die Einziehung der Versicherungsprämien übernehmen. Nur wo die Gewerkschaften oder die Genossenschaft an einem Ort nicht bereit sind diese Aufgabe zu erfüllen, wird die Volksfürsorge selbst eine territorial gegliederte Organisation für diesen Zweck ins Leben rufen.

Die Genehmigung der Versicherung hat etwas lange auf sich warten lassen, so daß man schon geneigt war anzunehmen, daß die unglaubliche Hetze, die seitens der privaten Versicherungen und ihrer Interessenvertreter angeblich zum Schutz des Vaterlands vor der Sozialdemokratie veranstaltet worden ist, bei der Verzögerung eine Rolle spielte. Tatsächlich hat die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Gründung innerhalb des privaten Ver-sicherungswesens eine Art Panik hervorgerufen. Die Versicherungsgesellschaften, die bis jetzt die Volksversicherung entweder überhaupt nicht oder. wenn dies doch geschah, dann nur als fettes Geschäft betrieben, haben auf einmal ihr volksfreundliches Herz entdeckt und überbieten sich in der Schaffung neuer Versicherungseinrichtungen. von denen eine immer günstigere Bedingunøen anpreist als die andere. Das Treiben ist direkt lustig anzuschauen, besonders nachdem die Retter des Vaterlands angefangen haben sich gegenseitig in die Haare zu fahren.

Da ist vorerst der unter Leitung des Oberregierungsrats Dr. Kopp stehende Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten zu nennen, der sich durch ministerielle Verfügung vom 17. Februar die Genehmigung geholt hat die Volksversicherung in ganz Preußen zu betreiben, Das Unternehmen, für das Dr. Kopp bereits auf dem letzten landwirtschaftlichen Genossenschaftstag Propaganda machte, vertritt agrarische Interessen: es soll als Entschuldungsmittel der ostpreußischen Landwirtschaft dienen. Eine Neugründung ist die Deutsche Volksversicherung, die am 25. Januar ins Leben trat und unter hoher Protektion steht. Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats ist Graf Posadowsky gewählt worden, und der Reichskanzler selbst läßt dem Unternehmen, zu dessen Gründern die Ge-sellschaften Teutonia, Konkordia, Germania, Nordstern, Providentia usw. gehören, seine Förderung angedeihen. Von Konkurrenzseite wird freilich darauf aufmerksam gemacht, daß die mit so viel Tamtam ins Leben gerufene Gesellschaft wirtschaftlich auf sehr schwachen Füßen steht, da von dem 2 Millionen betragenden Aktienkapital nur 1/2 Million eingezahlt wurde. Auch diese Gesellschaft sucht Fühlung mit Arbeiter- und ähnlichen Organisationen zu gewinnen. Sie hat sich mit den christlichen und den

Hirsch - Dunckerschen Gewerkschaften. dem Deutschnationalen Handlungsgehiltenverband, dem Reichskartell der Be-amten- und Staatsarbeiterverbände und verschiedenen Bauern- und Handwerkerverbänden in Beziehung gesetzt, und diese Organisationen, denen man eine Vertretung in den Organen der Gesellschaft zugesagt hat, sollen auch bereits den allgemeinen Versicherungsbedingungen und Tarifen zugestimmt haben. Eine Gegengründung ist das Kartell öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland mit einer Privatversicherungsanstalt. Bis jetzt haben sich die Iduna, Wilhelma, Urania, Deutschland, Rothenburger und die Sterbekasse des Kriegerverbands dem Kartell angeschlossen, das angeblich bereits einen Versicherungsbestand von 6000 Millionen Mark aufweisen soll. Nur die Victoria steht noch stolz abseits; sie denkt wahrscheinlich, daß der Starke am stärksten allein ist. Doch hat sie sich insofern zu Konzessionen bequemt als sie öffentlich mitteilt, daß seit dem 1. Januar 1913 der Vorstand der Gesellschaft aus der Volksversicherung keine Tantiemen mehr bezieht.

Neben dieser erfreulichen Gründertätigkeit scheint die Volksfürsorge so eine Art Krise in den Verwaltungen der Versicherungsgesellschaften ausgelöst Z11 haben. Zuerst kam die Nachricht, daß Generaldirektor Gerstenberg von der Victoria, über dessen Rieseneinkommen von 700 000 Mark letztlich viel gesprochen wurde, sein Amt niedergelegt und dafür den Posten eines Aufsichtsratsvorsitzenden bei der Gesellschaft angenommen habe. Dann brachten die Zeitungen die Mitteilung, daß der Generaldirektor Juliusberger von der Friedrich Wilhelm am 1. April sein Amt niedergelegt habe und in den Aufsichtsrat der Gesellschaft eingetreten sei. Offenbar ist man also auch hier mit der kostspieligen Tätigkeit des Herrn nicht ganz zufrieden gewesen.

In kurzer Zeit also wird die Volksfürsorge ihren Betrieb aufnehmen, und dann wird es sich ja zeigen, wohin das Vertrauen der breiten Volksmassen, vor allem ihres aufgeklärten und selbstbewußten Teiles sich wenden wird.

Großeinkaufs-Soweit die Umsätze der gesellschaften Großeinkaufsgesellschaften der Konsumvereine für das

Jahr 1912 vorliegen, zeigen sie gegenüber dem Vorjahr folgende Entwickelung:

Sitz der Gesell- schait	Umsatz 1912 (in Mark)	Zunahme des U satzes gegen 19 absolut (in Mark) in	
Manchester Glasgow Hamburg Kopenhagen Basel Budapest Helsingfors Moskau Stockholm Rotterdam Antwerpen Mülheim Dublin	594 643 080 167 825 165 135 907 173 62 155 520 29 816 676 23 539 426 15 619 553 12 808 800 7 587 392 7 363 711 5 251 997 4 814 989 3 538 000	10 803 585 6 26 301 704 23 7 498 500 13 4 139 894 16 3 541 453 17 2 706 175 20 4 999 215 64 1 863 644 32 1 344 279 22 1 3645 264 32 1 344 279 22	,62 ,88 ,99 ,71 ,12 ,71 ,55 ,33 ,09 ,55 ,07
Kristiania Prag Paris Mailand Zürich	2 198 581 1 816 254 1 565 218 1 005 195 953 956	816 677 59 454 512 33	,09 ,37 48

Zu dieser Tabelle ist zunächst erläuternd zu bemerken, daß es sich bei Mülheim um die Großeinkaufsgesellschaft westdeutscher Konsumvereine (christliche Organisation), bei Dublin um die Zentrale der irischen landwirtschaftlichen Konsumvereine, bei Paris um die Coopérative de gros des frühern neutralen Verbands und bei Zürich um die Großeinkaufsorganisation der christlichsozialen Konsumvereine der Schweiz handelt. Alle übrigen Gesellschaften gehören den allgemeinen konsumgenossenschaftlichen Landesverbänden an.

Die größte prozentuale Steigerung (86,6 %) hatte die Großeinkaufsgesellschaft westdeutscher Konsumvereine, die aus dem Bezugsverband der rheinpreußischen landwirtschaftlichen Genossenschaften herausgewachsen ist und die neue Firma erst seit dem 1. Juli 1912 trägt. Die 2. Stelle nimmt mit 64,0 % der Moskauer Verband ein. Absolut am stärksten gewachsen ist der Umsatz der Großeinkaufsgesellschaft in Manchester, die gleichzeitig neben der Coopérative de gros in Paris die geringste relative Vermehrung hatte. Sehr gut hat sich unsere Großeinkaufsgesellschaft gehalten (siehe den folgenden Abschnitt). Ihre Umsatzsteigerung ist absolut die zweithöchste, übertrifft bedeutend die der schottischen Großeinkaufsgesellschaft und beträgt relativ 24 %. Auch die Produktivbetriebe haben sich gut entwickelt. In der Zigarren- und Tabakfabrikation hob sich der Umsatz von 2 692 608 auf 3 365 528 Mark oder um 25 %, in der Seifenfabrikation von 4863904 auf 5539738 Mark oder um

14 %. Das neue Jahr hat weitere Fortschritte in der Eigenproduktion gebracht. Am 1. Januar ging die Nordhäuser Kautabakarbeitergenossenschaft in den Besitz der Großeinkaufsgesellschaft über. Die Erzeugung von Rauchtabak ist nur noch eine Frage der Zeit. Auch auf dem Gröbaer Gelände sind mehrere neue Produktivbetriebe in Aussicht genommen.

Deutsche Die günstige Entwickelung, Großeinkaufs-die die deutsche Konsumgesellschaft vereinsbewegung im Jahr 1912 durchgemacht hat, fand ihren Ausdruck in dem außerordentlichen Aufschwung ihrer Großeinkaufsorganisation. Die Zahl der der Gesellschaft angeschlossenen Vereine stieg um 25 auf 731, die der überhaupt kaufenden um 3 auf 1577. Der Warenumsatz stellte sich im Berichtsjahr auf 135 907 173, gegen 109 605 469 Mark im Vorjahr. Das entspricht einer Steigerung von 24 %, während der Umsatz der im Zentralverband organisierten Vereine sich nur um 19 % gehoben hat. Zur Bewältigung dieses Umsatzes dienten außer dem Zentrallager in Hamburg 6 Inlandlager, in Berlin, Mannheim, Düsseldorf, Erfurt. Gröba, wohin im Lauf des Jahres das Chemnitzer Lager verlegt wurde, und das neuerrichtete Lager in Nürnberg, das am 16. März dem Betrieb übergeben wurde. Außer den ins Kolonialwarengeschäft schlagenden Artikeln wurden noch Schuh- und Manufakturwaren vermittelt. Die sehr beliebten Eigenpackungen der Gesellschaft wurden auf eine Reihe weiterer Artikel ausgedehnt. Der Warenbezug von anderen genossenschaftlichen Organisationen hat sich im Berichtsjahr wieder erhöht, und zwar von 5634 970 Mark im Vorjahr auf 7551 460 Mark. Den größten Posten wies die Papierwarenfabrik der Verlagsanstalt des Zentralverbandes auf, nämlich 1 559 930 Mark. An 2. Stelle steht die Schlächterei der Produktion, die für 715664 Mark Waren lieferte, an 3. die Genossenschaftswebereien in Cunewalde und Hof mit je 573 500 Mark. Ferner wurden noch aus verschiedenen Produktivgenossenschaften Glaswaren, Zuckerwaren. Tonwaren, Kautabak, Knöpfe, Stärke, Konserven und von landwirtschaftlichen Genossenschaften für 2¼ Millionen Mark Molkereiprodukte bezogen. Von auswärtigen Organisationen lieferten der Verband schweizerischer Konsumvereine und die Cooperative Wholesale Society in Manchester verschiedene Produkte.

Außerordentliche Fortschritte hat wieder die Eigenproduktion gemacht. Die Gröbaer Seifenfabrik, in der 227 Personen beschäftigt sind, setzte im 2. Jahr ihres Bestehens für 5 539 700 Mark ab. gegen 4686200 im Voriahr. Da übrigens die Gröbaer Seifenfabrik, obwohl sie das größte derartige Unternehmen Deutschlands ist, jetzt schon nicht mehr der Nachfrage genügen soll noch in diesem kann. so Jahr der Bau einer 2. Seifenfabrik Riesa begonnen werden. in Die 3 Tabakfabriken in Hamburg, Frankenheim und Hockenheim lieferten für 3 365 628 (2638659) Mark Zigarren und Tabake; sie beschäftigten 892 Personen. Eine Minderleistung hatte wieder die Kaffeerösterei zu verzeichnen, die nur 1 600 611 Kilo absetzte, gegen 1 657 081 im Vorjahr. Die Errichtung von eigenen Röstereien durch die Konsumvereine dürfte an diesem Rückgang schuld sein. Über die Leistungen der Lauenburger Zündholzfabrik, die im September 1912 in den Betrieb der Großeinkaufsgesellschaft überging, teilt der Bericht mit, daß von dem auf die Fabrik fallenden Kontingent von 3052 Kisten à 1000 Paketen zurzeit nach bundesrätlicher Verordnung nur 1860 angefertigt werden dürfen. Am 1. Januar 1912 wurden die Eigenbetriebe der Großeinkaufsgesellschaft durch die Übernahme der seit 11 Jahren bestehenden Nordhäuser Kautabakarbeitergenossenschaft um einen neuen vermehrt. Die Bankabteilung der Gesellschaft endlich erhöhte 1912 die Zahl ihrer Girokonteninhaber von 369 auf 468 und ihre Ge-samtumsätze in Kredit und Debet von 200 auf 311 Millionen Mark.

Die Großeinkaufsgesellschaft beschäftigte am Jahresschluß ein Personal von insgesamt 1732 Köpfen, gegenüber einem solchen von 1297 Ende 1911. Für die fast durchweg in tariflich geregeltem Arbeitsverhältnis stehenden Angestellten und Arbeiter wurden von der Gesellschaft an freiwilligen Versicherungs- und Unterstützungsleistungen 162 161 Mark aufgewandt, ein gewiß anerkennenswertes Vorgehen.

Eine erhebliche Erhöhung hat der Reingewinn des Unternehmens erfahren: er stieg von 1 108 779 Mark im Vorjahr auf 1 941 039 Mark im Berichtsjahr. Die Verwaltung schlägt der Generalversammlung infolgedessen eine Verdoppelung der an die Konsumvereine zu zahlenden Rückvergütung vor, so daß also auf den Umsatz der angeschlossenen Vereine 4 %, auf den der nicht angeschlossenen 2 % zu zahlen wären; das macht zusammen 525 059 Mark. Außerdem sind 5 % Zinsen auf eingezahltes Kapital zu zahlen = 92 029 Mark. Der Rest von 1 324 000 Mark soll den verschiedenen Fonds überwiesen werden. Dabei soll für einen zu gründenden Pensionsfonds für die Angestellten ein Betrag von 400 000 Mark gestiftet werden. Die am 19. Juni in Dresden stattfindende Generalversammlung wird über eine Erhöhung des Gesellschaftskapitals auf 4 000 000 Mark zu beschließen haben.

X Arbeitsstreitigkeiten In der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine waren vor einigen Wochen

Differenzen mit den beschäftigten Buchdruckern ausgebrochen, von denen auch die Presse mehrfach Notiz genommen hat. Der Angelegenheit lag im wesentlichen folgender Sachverhalt zugrunde: In den Statuten der Unterstützungskasse des Zentralverbands deutscher Konsumvereine ist aus versicherungstechnischen Gründen die Bestimmung vorgesehen, daß die Mitgliedschaft bei der Kasse nicht in das Belieben des einzelnen Angestellten gestellt ist, sondern daß eine beitretende Genossenschaft jede Gruppe von beschäftigten Personen entweder in ihrer Gesamtheit oder gar nicht versichern kann. Die Verlagsanstalt hat daher entsprechende Verträge mit den Gewerkschaften der Buchbinder und dem kaufmännischen Personal geschlossen. Nur mit den Buchdruckern war eine selche Abmachung nicht möglich, da sie einem Paragraphen im Buchdruckertarif, der die Zugehörigkeit zu einer Kasse als Bedingung des Arbeitsverhältnisses verbietet, widersprochen hätte. Dennoch haben in den bis jetzt verflossenen 5 Jahren seit dem Bestehen der Verlagsanstalt auch die Buchdrucker in ihrer Gesamtheit sich gern der Kasse angeschlossen, bis im April 1912 3 Setzer sich weigerten die Mitgliedschaft zu erwerben. Da dadurch die Mitgliedschaft sämtlicher im Betrieb beschäftigter Kollegen aufs Spiel gesetzt wurde, sah sich die Leitung der Verlagsanstalt genötigt den Dreien zu kündigen. Dabei ist es noch zu besonderen unliebsamen Vorkommnissen, an denen nach der mir vorliegenden Darstellung die 3 Entlassenen die Schuld trugen, gekommen. Infolge dieser Entlassung legten sämtliche Buchdrucker die Arbeit nieder, ehe noch der Spruch des Schiedsgerichts ergangen war. Es traten hierbei, wie gewöhnlich, noch andere Komplikationen ein, deren

Widergabe an dieser Stelle entbehru werden kann, um so mehr als die Angelegenheit ja inzwischen zur beider-seitigen Zufriedenheit erledigt worden ist. Eine am 15. Mai abgehaltene Sitzung. an der 2 Vertreter des Tarifausschusses. 2 Vertreter des Buchdruckerverbands und 2 Vertreter der Verlagsanstalt sowie der Betriebsleiter der Anstalt tei'nahmen, einigte sich auf eine Verständ .gung, in der ausgesprochen wurde, das das gesamte Personal nach Maßgabe devorhandenen Plätze wieder zu den alten Bedingungen eingestellt werden sollte. daß ferner die Entlassung der 3 Buchdrucker, wenn sie auch tarifwidrig e-folgt, doch dem Bestreben entsprungesei den gesamten beschäftigten Buci druckern die Mitgliedschaft bei der Kasse zu erhalten, und daß sie deshaft nicht als gewöhnliche Maßregelung betrachtet werden könne, daß aber in Zukunft die Zugehörigkeit der Buchdruckezur Kasse durch eine besondere Verständigung geregelt werden solle D. aus prinzipiellen Gründen anhangig gen.achte Feststellungsklage, ob d.-Massenkündigung der Buchdrucker taritwidrig war, soll noch zur Entscheidung gebracht werden, ohne daß aus der Entscheidung irgendwelche Konsequenzen für das wiedereingestellte Personal gezogen werden dürfen.

Evangelisch- Auf der Tagesordnung des sozialer Kon- 24. evangelischsozialen Kongreß gresses, der in der Pfingstwoche in Hamburg abgehalten wurde stand auch die Konsumvereinsfrage. Professor Wilbrandt (Tübingen) hatte daza das Referat übernommen. Er begründete eine Anzahl Thesen, in denen etwa folgendes ausgedrückt wird: Die Konsumgenossenschaft ist eine freie Gemeinschaft zum gemeinsamen Vorteil der Mitglieder, die unter entsprechender Angliederung der Produktion immer weiter fortgesetzt gedacht zur Gemeinwirtschaft Stelle des heutigen Wirtschaftsan systems führen wird. Die gegenwärtigen Vorteile der Konsumvereine, insbesonders für die große Masse der Minderbemittelten, bestehen in der Verbesserung und Verbilligung der Lebenshaltung und in der Hebung der Lage der An-

und in der Hebung der Lage der Angestellten als Produzenten. Das Proletariat gelangt auf diesem Weg allmählich zur Befreiung von der Herrschaft des Großkapitals und des Großgrundbesitzes; die privaten Einkommen, etwa 10 Milliarden Mark in Deutschland, fallen größtenteils an die Gesamtheit de Konsumenten. Die Absatzunsicherheit in der Weltwirtschaft verschwindet. Die Bekämpfung der Konsumvereine beruht auf einem Mangel an Verständnis für die Bedeutung der Sache. Die Erhaltung der heute noch übriggebliebenen kleinen Selbständigen ist reaktionär. Die Stempelung der Konsumvereine zu sozialdemokratischen Einrichtungen entspricht nicht ihrem Wesen und den Tatsachen. Die Konsumvereine verwirklichen die soziale Lehre des Christentums.

Wenn wir sonst über die Unterschätzung der Konsumvereine in bürgerlichen Kreisen zu klagen haben, so muß in den hier ausgedrückten Anschauungen schon eine fast übertriebene und einseitige Wertschätzung erblickt werden. Schließlich sind die Konsumvereine doch nicht allein in der Lage das ganze soziale und wirtschaftliche Elend aus der Welt zu schaffen.

Dr. August Müller (Hamburg) ergänzte die Ausführungen des Referenten, indem er bemerkte, daß die Konsumvereine nicht allein nach dem Prinzip der größten Billigkeit arbeiten könnten, wenn dies nur auf Kosten der Produzenten möglich sei. Die Verantwortung für die Beschlüsse sozialdemokratischer Kongresse und die Äußerungen in sozialdemokratischen Zeitungen müsse die Genossenschaftsbewegung ablehnen, die zwar sozialistisch im Wilbrandtschen Sinn. aber nicht identisch mit der Sozialdemokratie sei. Am interessantesten waren die Äußerungen des alten Adolf Wagner, der sich rückhaltlos auf den genossenschaftlich-sozialistischen Standpunkt stellte, den er als eine Fortbildung des staatssozialistischen bezeich-nete. Professor Gregory (Leipzig) stellte den Sozialdemokraten in den Genossenschaften das Zeugnis aus, daß sie tüchtig arbeiteten und betonte, daß es in diesen Betrieben keine Krippenstellen gäbe, Professor Rathgen (Hamburg) wandte sich gegen die Auffassung des Referen-ten, daß die Konsumvereine einmal die ¢anze nationale Produktion decken könnten. Die weltwirtschaftliche Konkurrenz werde nicht durch die Genossenschaften sondern durch die Kartelle zurückgedämmt werden, wobei die Frage offen bleiben müsse, ob dies wünschenswert wäre.

Jedenfalls ist es mit Freude zu begrüßen, wenn Anschauungen wie die von dem Referenten und dem größten Teil der Diskussionsredner vorgetragenen in bürgerlich-wissenschaftlichen Kreisen Eingang finden. Die Hamburger Produktion und die Verlagsanstalt hatten gelegentlich der Aussprache eine Ausstellung veranstaltet.

× × KurzeChronik Nach einer vom Bäckerverband aufgenommenen Sta-

tistik hat sich die genossenschaftliche Brotproduktion im Lauf der letzten 10 Jahre folgender-maßen entwickelt: Die Zahl der Bäcke-reien besitzenden Vereine stieg von 35 im Jahr 1901 auf 262 im Jahr 1911-1912, die Zahl der beschäftigten Bäckergesellen usw. von 562 auf 3066, der Gesamtumsatz an Bäckereiprodukten in den Bericht erstattenden Vereinen von 8 568 709 auf 82 569 693 Mark, der Umsatz pro Beschäftigten von 17103 auf 26014 Mark. × Von dem durch die Stadt Berlin einøeführten russischen Fleisch wird etwa die Hälfte, nämlich 600 Zentner, wöchentlich durch die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend verkauft. Außerdem hat die Stadt Charlottenburg der Konsumgenossenschaft den gesamten Vertrieb des von ihr gekauften australischen Gefrierfleisches übertragen. Ein schematischer Bureaukratismus hat daraus leider die Folgerung gezogen die Zollermäßigung, auf die sonst Gemeinden bei der Einfuhr von Fleisch Anspruch haben, aufzuheben. imes In der Pfingstwoche wurde in Aberdeen der diesjährige Jahreskongreß des englischen Genossenschaftsbunds abgehalten. Auf die Tagung soll noch zurückgekommen werden. Erwähnt sei hier nur, daß der Kongreß dem, auch hier in den Sozialistischen Monatsheiten besprochenen Vorschlag (siehe den Artikel Barnes' Die Zusammenfassung der Kräfte in der englischen Arbeiterbewegung und diese Rundschau, 1913, 1. Band, pag. 273 ff. und 563 f.) zwar zustimmte, aber dazu ein Amendement annahm, in dem eine Vereinigung mit der politischen Arbeiterpartei abgelehnt und der Zentralverband beauftragt wurde die politische Neutralität streng zu wahren. Das Amen-dement wurde mit mehr als Zweidrittelmehrheit angenommen. × Dem Verband schweizerischer Konsumvereine gehörten Ende 1912 369 Vereine an, das sind 19 mehr als Ende 1911. Der Umsatz der Großeinkaufsstelle stieg von 32 auf 37 Millionen Francs. Die vom Verband errichtete Schuhwarenfabrik wird voraussichtlich Anfang August in Betrieb genommen werden. imes Die am 16. April abgehaltene Sitzung des leitenden Ausschusses des Internationalen Genossenschaftsbunds

beschloß den italienischen Minister und Genossenschafter Luigi Luzzatti zum Ehrenschatzmeister und den französischen Genossenschafter E. de Boyve zum Ehrensekretär des Bundes zu ernennen. Beide haben mit Dank die Ernennung angenommen.

X Literatur X

Die Genossenschaftsbewegung, so lange ein vernachlässigtes Gebiet der natio-

nalökonomischen Wissenschaft. lockt allmählich immer mehr Gelehrte sich mit ihrem Wesen und ihrer Entwickelung zu beschäftigen. Die meisten veröffentlichten Arbeiten beleuchten freilich nur Teilgebiete. Eine die ganze Frage allseitig und erschöpfend behandelnde, ein großes Tatsachenmaterial verarbeitende Darstellung liegt jetzt aus der Feder Dr. Eduard Jacobs vor. Sie betitelt sich Volkswirtschaftliche Theorie der Genossenschaften und ist in den von Carl Johannes Fuchs her-Tübinger ausgegebenen staatswissenschafflichen Abhandlungen /Stuttgart, Kohlhammer/ erschienen. Das umfangreiche Werk behandelt in seinem 1. Teil das wirtschaftliche Wesen der Einzelgenossenschaft. Der Verfasser gibt hier eine sehr gute Darstellung des antikapitalistischen, demokratischen Charakters der Genossenschaft. Bei dem Problem Selbsthilfe oder Staatshilfe? steht er auf dem Standpunkt, daß zwar die Selbsthilfe das Grundlegende sein müsse, daß aber die moderne Auffassung vom Wesen des Staates da, wo es notwendig sei, auch eine staatliche Unterstützung der Genossenschaften zulasse. Recht bedeutend scheint mir der die systematische Gruppierung der Genossenschaften behandelnde 2. Teil. Der Verfasser referiert hier über die bis jetzt üblichen oder vorgeschlagenen Gruppierungsmöglichkeiten und stellt ihnen dann einen eigenen Vorschlag gegenüber, den er übrigens schon vor einigen Jahren in den Blättern für Genossenschaftswesen gemacht hat. Jacob nimmt als oberstes Einteilungsprinzip die Scheidung der Genossenschaften in Produzenten- und Konsumentengenos-senschaften. Diese Einteilung trifft den grundsätzlichen Unterschied, der in der Stellung der Genossenschaft zu den Interessen des einzelnen Mitglieds besteht, weit besser als die Oppenheimer-sche Einteilung nach Käufer- und Verkäufergenossenschaften, die sich viel mehr an ein rein äußeres Merkmal hält. oder auch als die schon wesentlich mehr

vertiefte Einteilung Kaufmanns, der die Genossenschaften, je nachdem ihre Mitglieder zum Geschäftsbetrieb als Lieferanten, als Umwandler oder als Bezieher in Beziehung treten, in Verwertungs-, Umwandlungs- und Bezugsgenossen-schaften einteilt, oder endlich auch als die Hetzsche Einteilung in Eigenbedarfs-Fremdbedarfsdeckungsgenossenund schaften, wobei es, abgesehen von dem greulichen Namen, noch zweifelhaft bleibt, wohin gewisse Genossenschaften, wie zum Beispiel die Kredit- oder die Rohstoffvereine, die zwar in erster Linie den eigenen Bedarf, in letzter aber doch wieder den Bedarf anderer decken. eigentlich gehören. Aus der Jacobschen Obereinteilung ergibt sich dann die weitere Gliederung ganz von selbst; dabei müssen freilich die in dem jetzt geltenden amtlichen Schema vorgesehenen Gruppen (beispielsweise Produktivgenossenschaften) mehrfach zerrissen wer den. Im 3. Teil gibt der Verfasser eine Schilderung der genossenschaftlichen Organisationen höherer Ordnung, das heißt der Zentralgenossenschaften und der Genossenschaftsverbände. Im 4. endlich beschäftigt er sich mit dem neuerdings ja so viel erörterten Problem genossenschaftlichen Neutralität. der wobei er den absolutesten Neutralitätsstandpunkt vertritt, und mit dem Problem des genossenschaftlichen So-zialismus. Er gibt hier zunächst eine von ungewöhnlichen Kenntnissen zeugende Darstellung der historischen Entwickelung des Problems und geht dann zur Prüfung der Frage über, ob und inwieweit eine Vergenossenschaftlichung des Wirtschaftslebens möglich und Wesentlich neue wünschenswert wäre. Ansichten entwickelt er in diesem Punkt nicht; er kommt vielmehr zu dem schon von Bourguin gezogenen Schluß. daß »weder der absolute Individualismus noch der vollständig durchgeführte Kollektivismus oder der verallgemeinerte Kooperatismus ausreicht, um einen so komplizierten Organismus wie den der heutigen Gesellschaft vollständig in sich aufzunehmen«. Das dürfte so ungefähr auch unseren Ansichten entsprechen.

WISSENSCHAFT Biologie / Adolf Koelsch

Forschungsreisen Der Forschungsreisende und Ethnologe Dr. Th. Koch-Grünberg (Freiburg in Baden), der im April 1911 eine neue Reise ins Hinterland des Amazonen-stroms angetreten hatte, galt seit September 1912 für verschollen. Nun hat er kürzlich gemeldet. daß er in Manáos (Mittelbrasilien), dem Ausgangspunkt seiner Expedition, wohlbehalten wieder angekommen sei. Die Fahrt hatte ihn mit einem deutschen Begleiter zunächst den Rio Negro, dann den von Nordbrasilien herunterkommenden Rio Branco hinaufgeführt. Der noch so øut wie unbekannte Oberlauf dieses Flusses wurde erforscht und dann auf seinem westlichen Hauptarm. dem Uraricoera, dem Quellgebiet des Orinoco zugesteuert. In diesem Abschnitt der Reise begannen die Schwierigkeiten. Alle oflanzlichen Nahrungsmittel, einschließlich Brot, gingen aus, und man konnte von nirgends her Ersatz beschaffen. So lebte man denn von Fleisch. Im Januar 1912 wurde das hochliegende Grenzgebirge zwischen Brasilien und Venezuela überschritten, das Quellgebiet des Rio Caura aufgenommen und zum Oberlauf des Ventuari. einem Nebenfluß des Orinoco. vorgedrungen. Hier war man wieder auf ganz unbekanntem Boden und stieß mit mehreren sehr unangenehmen Indianerstämmen zusammen. Einer davon, die Ihuruana, bedrohten ernstlich die Expedition; nur mit knapper Not entgingen die beiden Deutschen dem Tod. Über den Cassiquiari trat man dann wieder rückwärts in das Gebiet des Amazonenstroms ein und gelangte, den Rio Negro abwärts, glücklich zum Ausgangspunkt. Das Hauptziel der Expedition, die Erforschung der Orinocoquellen, scheint nicht erreicht worden zu sein. Trotzdem machte man in Form botanischer, zoologischer, mineralogischer und ethnographischer Sammlungen, topographischer Landaufnahmen und Studien an bisher ganz unbekannten Indianerstämmen, Mythensammlungen, Vokabularien, kinematischen Aufnahmen von Spielen, Musikstücken und Gesängen wertvolle wissenschaftliche Beute. Glücklich schloß nach Petermans Mitteilungen auch die Kamerunfahrt ab, die den Karlsruher Geographen Professor Thorbecke durch die nördlich vom Sanaga hingedehnten Distrikte Tikar, Wute und Tibati in die Ecke zwischen Südnigeria und den französischen Kongostaat hineingeführt hat. Das wertvollste Ergebnis war die Entdeckung cines mehrere hundert Köpfe starken Zwergstammes. Es handelt sich um einen Rest der afrikanischen Urbevölkerung.

der in den fruchtbaren Abschnitten des steilen, aber nicht mehr als 1500 Meter hohen Nguttegebirges seßhaft geworden ist und einen sehr geordneten Ackerbau treibt. Selbständig scheint das Zwergvolk aber nicht zum Ackerbau übergegangen zu sein sondern erst in der Sklaverei und Abhängigkeit von stärkeren Negerstämmen wohl und übel sich kultiviert zu haben.

Dagegen wird im Geschäftsbericht der Gesellschaft für Palästinaforschung mitgeteilt, daß die von Dr. Brühl und N. Schwede (Berlin) gemeinsam mit Koe-(Kopenhagen) foed unternommene deutsche Expedition zur hydrographischen, chemischen und biologischen Erforschung des Toten Meeres infolge Betriebsunfähigkeit des Motorboots ziemlich verunglückt sei. Bereits brach die schlechte Jahreszeit an. als man endlich vom rechten Jordanufer her den Auslauf des Toten Meeres befahren konnte. Nur 13 Fahrten wurden gemacht. Infolgedessen schrumpften die Ergebnisse auf Temperaturmessungen bis zu Tiefen von 300 Meter, die Bergung von Boden- und Wasserproben. Wetterbeobachtungen und Studien an der tierischen und pflanzlichen Bewohnerschaft des Festlands und seiner Bachläufe zusammen.

Noch ganz ungewiß sind die Ergebnisse der australischen Südpolarexpedition, die unter Leitung Dr. Douglas Mawsons, eines einstigen Gefährten Shackletons, ausgerückt war, um die 3200 Kilometer lange Küste zwischen Viktorialand und Kaiser-Wilhelms-Land aufzunehmen. Das Expeditionsschiff ist zwar mit der Hälfte der Reisenden, die im Februar 1912 die Durchforschung der Riesenstrecke vom Westen her in Angriff genommen hatte, wohlbehalten nach Australien zurückgekehrt, aber diese Abteilung ist über ihre Operationsbasis nach keiner Richtung hin weit vorgedrungen. Mawson selbst, der von seinem östlichen Standplatz aus gegen den magnetischen Südpol vordringen wollte, befindet sich noch auf ein weiteres Jahr in der Eiswüste draußen und hüllt sich vorläufig in Schweigen.

Und nun ein schwarz umrändertes Blatt: Die deutsche Spitzbergenexpedition von Schroeder-Stranz hat, wie nunmehr leider feststeht, mit einer schweren Katastrophe geendet. Die norwegische Hilfsexpedition, die in diesem Frühjahr unter Führung Staxruds aufgebrochen war, um die Landsleute aus ihrer Bedrängnis zu befreien, mußte

nach Hause telegraphieren, daß sie von den 10 deutschen Teilnehmern nur noch 3, Rüdiger, Rave und den Kapitän Ritscher, lebend gefunden habe. Die übrigen 7 waren im August 1912 unter Führung von Schroeder-Stranz nach Nordostspitzbergen aufgebrochen, sind aber entgegen allen Abmachungen vor Winter nicht mehr zum Expeditionsschiff zurückgekehrt. Da sie für den Winter nicht ausgerüstet waren, sind sie zweifellos umgekommen. Noch sucht zwar eine deutsche Hilfsexpedition unter Führung Theodor Lerners im Nordostland weiter, und auch Kapitän Staxrud nimmt im Juni seine Nachforschungen noch einmal auf; doch besteht so gut wie keine Hoffnung, daß man noch einen der Teilnehmer lebend antreffen wird.

Und schon werden neue Forschungsreisen geplant. Noch im Mai wird G. Toßmann, der vor Jahren schon Südkamerun bis zur Kongostaatgrenze hinüber durchquert hat, im Auftrag des deutschen Reichskolonialamts sich nach Neukamerun begeben, um das im Osten des Sanaga liegende Lobajegebiet in landes- und völkerkundlicher Hinsicht zu durchforschen und nebenher den Tierund Pflanzenbestand dieser Distrikte aufzunehmen. Gleichzeitig hört man, daß Amundsen schon eifrig an den Vorbereitungen für eine neue Nordpolreise ist und daß ihm besonders aus Amerika reichlich Gelder zufließen. Er will diesmal in erster Linie das endlose Gebiet zwischen Baffinland und Alaska einer Inspektion unterwerfen und dann sehen, was es mit dem sagenhaften Nordpolmeer auf sich hat, das sich zwischen der Prinz Patrick Insel, Keenanland und den Vorposten der neusibirischen Inseln gegen den Pol hin ausdehnen soll.

Regeneration Im Biologischen Zentralblatt veröffentlicht Ernst Voges eine hübsche Studie

voges eine hübsche Studie über das Wesen der Regenerationsvorgänge bei Pflanzen und Tieren. Der Verfasser, der von den Erneuerungsvorgängen ausgeht, die sich an den Hagelschlagwunden von Holzgewächsen einstellen, kommt bei einer Vergleichung der pflanzlichen und tierischen Regenerationsbildungen zu dem Ergebnis, daß bereits der Wundverschluß in beiden Organismenreichen in analoger Weise vor sich geht; denn hier wie dort entsteht das Wundgewebe aus den Resten der verletzten oder schon im Absterben

begriffenen Teile, niemals aus dem Schoß der Stücke, die vom Wundreiz nicht mehr betroffen sind. In beiden Reichen vollzieht sich ferner die Ausbildung der Ersatzteile hinter einer Schutzhaut, die sehr früh angelegt wird. Drittens beteiligen sich (bei Pflanzen sowohl wie bei Tieren) die verschiedenartigsten, bereits vollkommen ausdifferenzierten Zellkomplexe an der Regeneration, und zwar derart, daß nahezu jedes Gewebe aus jedem andern hervorgehen kann. Man kehrt von den erdenklichsten Spezialistenposten her gleichsam auf die embryonale Stufe zurück und macht sich fertig für jede Aufgabe, die im Interesse des Zellenstaats vom einzelnen, in die Katastrophe hineingerissenen Bürger gerade verlangt wird.

Goethe als Philologen und Biologen. Naturforscher die nach Vorläufern Dar-

wins suchten. haben Goe-Bedeutung als Naturforscher thes überschätzt, ein paar kleinere Krittler haben ihn ganz heruntergezogen. J. H F. Kohlbrugge in seiner Abhandlung Historisch-Kritische Studien über Goethe als Naturforscher im 5. Band der Zoologischen Annalen ist sehr beifallswürdiger Kritiker, aber auch sehr banausischer Krittler. Als Kritiker macht Kohlbrugge (unbedingte Goetheenthusiasten haben schon nicht anders gekonnt) große Abstriche an des Dictters Naturforscherruhm. Die Idee. daß (vergleichend anatomisch betrachtet` jede Tierklasse oder Tierordnung einem einheitlichen Bauplan folgt, findet Kohlbrugge schon bei Severinus im 17. Jahrhundert, bei Buffon und Camper klar ausgesprochen. Der Zwischenkiefernaht am Menschenschädel hat Vicq d'Azyr 4 Jahre, bevor Goethe mit seiner Entdeckung herauskam, eine große Arbeit gewidmet, und die Wirbeltheorie des Schädels, die Goethe über dieser Entdeckung aufgebaut hat, wurde schon vor ihm von Oken vertreten. Auch der Schöpfer der Idee von der Metamor phose der Pflanzen ist Goethe nicht In ganz gleichem Sinn haben sich vor ihm schon Linné und Wolff geäußert Endlich kann Goethe keinesfalls als darwinistisch angehauchter Vertreter des Entwickelungsgedankens gelten. Der Gedanke, daß der Entwickelungsanstieg sich mechanisch durch die Tätigkeit physikalisch-chemischer Weltfaktoren und auslesend wirkende Kräfte sozialenergetischen Ursprungs erklären lasse.

lag ihm vollkommen fern; im Gegenteil war ihm der Typus, um den die durch Blutsverwandtschaft und Abstammung verbundenen Formen sich gruppieren. eine Idee, die von der denkenden Gottheit gesetzt wurde und als solche nicht weiter erklärbar ist. Sachlich scheinen diese Bemerkungen Kohlbrugges alle sehr richtig. Aber mit diesen Feststellungen hätte Kohlbrugge sich begnügen dürfen. Leider fühlt er sich bemüßigt an Goethes Ideen nun auch noch Ellenmaß mechanistisch-selektiodas nistischer Naturauffassung anzulegen und Goethe zu schulmeistern. Die Gedanken Goethes seien wertlos, weil sie nichts »erklären«, Und Herr Kohlbrugge guckt von seinem aufgeklärten Mechanistenstandpunkt recht geringschätzig auf Goethe herab. Damit weist er sich aber nur als einen jener trübseligen Biologen aus, die in ihrer Beschränktheit durchaus kein Verständnis dafür haben, daß Goethe mit seinen Ideen in seiner Zeit auf einem sehr viel freiern und fortgeschrittenern Standpunkt sich befand als Kohlbrugge mit seinem darwinistisch-selektionistischen Dogma in der unsern. Goethe hat die Natur in neuen großen Bildern zu sehen gewagt und hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß seine Art die Welt und das Naturgeschehen zu betrachten durchaus nur dem Bedürfnis entsprungen war sich von den enggeistigen und teilweise unerträglich banalen, mit der Sinneserfahrung nicht übereinstimmenden Anschauungen des 18. Jahrhunderts auf wohltuende Art zu befreien. Nach seinen eigenen Worten sah er in der Lehre von der Metamorphose Pflanzen lediglich »einen Verder such. wie man die Gesetze der P. lanzenbildung sich geistreich vorzustellen habe«. Über seine sonstigen Theorieen hat er wohl auch nicht anders gedacht. Aber Kohlbrugge ignoriert diese Äußerung. Auch ist zu bemerken, daß, wenn Goethe in seinem Ringen um Einsicht und bei seinen Versuchen sich die Welt im Bild wiederzugewinnen, nicht der exakt-mechanistischen Methode gefolgt ist, dies durchaus nicht als Ausdruck geistiger Minderwertigkeit gelten kann sondern eben lediglich als Beweis dafür, daß auch andere Anschauungsweisen ihre Lebenskraft und Daseinslust haben, und ein großer Geist mit ihnen sogar enger an die Natur heranzukommen vermag als ein kleiner mit seiner Exaktheit. ×

Revuen

Verlag von Julius Springer in Berlin eine neue

Wochenschrift Die Naturwissenschaften zu erscheinen begonnen, die ȟber alle Fortschritte auf dem Gebiet der reinen und angewandten Naturwissenschaften im weitesten Sinn« berichten will. Die Zeitschrift, für die als Herausgeber Dr. Arnold Berliner und Dr. Kurt Thesing zeichnen, hat also ein ähnliches, aber etwas weiteres Programm als die Naturwissenschaftliche Rundschau, die in ihr aufging. Auch die Art der Berichterstattung wird etwas anders gehandhabt. Man findet in der Hauptsache nicht mehr stille Referate über einzelne Abhandlungen sondern essayartige Artikel, in denen Spezialisten auf den verschiedenen Arbeitsgebieten der Physik, Chemie, Anatomie, Physiologie, Biologie, Pathologie, Medizin und Technik Rundschau über die Probleme und Problemlösungen halten. die in den einzelnen Werkstätten bearbeitet und gefunden werden. Natürlich erhalten unter solchen Umständen alle Artikel ein mehr oder weniger lebhaft subjektives Gepräge. Von dem, der an die selten kritischen, stets gründlich orientierenden Referate der Naturwissenschaftlichen Rundschau gewöhnt war, wird diese Subjektivität wohl nicht immer als Vorteil empfunden. Denn wenn der urteilende Geist auch sympathisch ist. im Stil sowohl wie im Denken: er stellt aus der Fülle neuer Erfahrungen eben doch nur die Tatsachen heraus, die ihn interessieren, und die Folge ist, daß der unbeteiligte Zuschauer, dem ein Drittes vielleicht das wichtigste wäre, manchmal nur ungenügenden Aufschluß über den faktischen Wert einer Arbeit erhält und sie ungelesen läßt, weil er ja dem Referat nicht entnehmen kann, ob sie ihm etwas bietet. Dagegen wird man von der neuen Zeitschrift tiefer in den Strudel der Meinungen, Auffassungen und Deutungen hineingezogen, und das ist natürlich in anderer Hinsicht wieder von großem Wert, weil derartige Diskussionen das produktive Denken anregen und der Fernerstehende leichter merkt, wohin die Reise nun eigentlich geht. Eine solche, alle Wissensgebiete umfassende Zeitschrift hatten wir bisher nicht: darum sind Die Naturwissenschaften unbedingt zu begrüßen. Für unkritische Referate sind eben schließlich doch die Zentralblätter da.

х

Der Mikrokosmos, Zeitschrift für

praktische Arbeit auf dem Gebiet der Naturwissenschaften /Stuttgart, Franckh/ hat mit dem Aprilheft seinen 6. Jahrgang abgeschlossen. Herausgeber und Verlag haben die sehr nützliche Monatsschrift im Lauf der Jahre auf ein immer höheres Niveau gebracht und durch ihre geschickten Anleitungen aus naturwissenschaftlich interessierten Laienkreisen der praktischen Mikroskopie manchen leidenschaftlichen Tümpelforscher, Nahrungsmittelpröbler und Kleinweltjäger zugeführt, daneben aber auch die Pflicht nicht versäumt den in technischen Berufen tätigen, vorwärtsstrebenden Geist auf die praktische Wichtigkeit mikroskopischer Arbeitsmethoden bei tausend chemischen und technischen Problemstellungen aufmerksam zu machen und ihm Handweisung für Ausnutzung der gesamten mikros-kopischen Apparatur zu geben.

X KurzeChronikIm Alter von 39 Jahren starb Dr. John Seemann, Professor der

Physiologie an der Akademie für praktische Medizin in Köln. imes Am 14. April ist in Hamburg der Tierhändler Karl Hagenbeck im Alter von 69 Jahren gestorben. Er ist in weiten Kreisen durch Veranstaltung seiner nicht immer geschmackvollen Völkerschauausstellungen und als Begründer des mustergültigen Stellinger Tierparks sowie der Versuchsstation auf der Insel Brioni bekannt geworden. Seine episodenreiche Lebenslaufbahn, die ihn aus sehr bescheidenen Anfängen zu Ruhm und Reichtum emporgeführt hat, hat er vor etwa 5 Jahren in einem launigen Buch Von Tieren und Menschen /Berlin. Vita/ geschildert, das bei dieser Gelegenheit als sehr unterhaltende Lektüre und auch wegen seiner Abbildun-gen empfohlen sei. × Der biologischen Versuchsanstalt in Wien ist ein Institut für experimentelle Physiologie angegliedert worden. Zum Leiter wurde Professor E. Steinach aus Prag berufen. × In Stuttgart ist ein Verband zur Klärung der Wünschelrutenfrage gegründet worden. Sammlung und Prüfung von Material soll seine Hauptaufgabe sein. Hauptaufgabe sein. Sekretär ist A. Weyrauch (Stuttgart). × Der Sömmeringpreis Senckenbergischen der naturforschenden Gesellschaft in Frankfurt am Main, der alle 4 Jahre für eine hervorragende Arbeit auf dem Gebiet der Anatomie oder Physiologie erteilt wird, wurde dem Professor Correns

[Münster] für seine Arbeit Über die Gesetze der Vererbung zugesprochen. / Professor Ludwig Wittmack, Inhaber des Lehrstuhls für Botanik an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin, ist von seinem Lehramt zurückgetreten.

Literatur

Im Rahmen seiner Bücher zur allgemeinen Erdkunde, aus deren Reihe Ratzels

Völkerkunde, Neumayrs Erdgeschichte, Brehms Tierleben und Rankes Der Mensch die bekanntesten sind, gibt das Bibliographische Institut in Leipzig nun auch ein 3bändiges Werk Die Pilanzenwelt heraus, verfaßt von Professor Dr. Otto Warburg. Im Gegensatz zu dem ja nun auch vollendeten, rein biologischen Werk Das Leben der Pilanze /Stuttgart,, Franckh/, dessen 5. Band den Referenten zum Verfasser hat, wähder 6., die Entwickelungsgerend Pilanzengeographie schichte. und Pflanzenwelt der Tropen umfassende Band von Dr. W. Gothan, Dr. R. Pilger und Professor Dr. H. Winkler geschrieben wurde, wünscht Warburg eine spezielle Botanik zu bieten. Er ordnet daher den Stoff nach rein systematischen Gesichtspunkten an. Als seine Aufgabe betrachtet er »den Geschicken und der Entwickelung der einzelnen Pflanzenarten nachzuspüren«, nach ihrer Bedeutung für das Kleid der Erde zu suchen und vor dem Leser ein lebendiges Bild ihres vielverzweigten Stammbaums erstehen zu lassen. Auch ihre Bedeutung für den Menschen wird allenthalben berührt. Bis jetzt ist, mit 216 Textfiguren, 9 Farben- und 22 Schwarztafeln ge-schmückt, der 1. Band des Warburgschen Werks erschienen. Er umfaßt die Ur- und Lagerpflanzen, die moosund farnartigen Gewächse, die Nacktsamigen und von den bedecktsamigen Pflanzen den primitivern Teil der Zweiblattkeimer (Kasuarinengewächse bis Nelken). Diese etwas ungewohnte Anordnung erklärt sich aus der Anhängerschaft des Verfassers für die überaus zweifelhafte Theorie von der Abkanft der einkeimblättrigen Blütenpflanzen aus dem Zweiblattkeimerstamm und hätte wohl einer eingehendern Rechtfertigung bedurft als es für nötig belunden wurde. Im übrigen handelt es sich um ein sehr gründliches, vielleicht etwas trocken geschriebenes Buch, dessen ausgezeichnet reproduzierte photographische Pflanzenbilder sehr in die Augen fallen. Die Textfiguren lassen dagegen häufig

manches zu wünschen übrig, nicht an Genauigkeit, wohl aber an Übersichtlichkeit, da viel zu viel Einzelbilder auf einer Tafel zusammengedrängt wurden und Zusammengehöriges oft nur mit äußerster Mühe zu finden ist. X Ganz in den Rahmen der Populärliteratur, und zwar der guten, fallen E. Leh-Experimentelle Abstammungsmanns und Vererbungslehre /Leipzig, Teubner/, H. Polls Die Entwickelung des Men-schen/ Leipzig, Thomas/ und C. Schäf-Biologisches Experimentierbuch g, Teubner/. Lehmann erzählt fers /Leipzig, im Rahmen einer akademischen Vorlesung von den verschiedenen Formen der fluktuierenden und individuellen Variabilität, der Bedeutung des Kulturversuchs für die Erkenntnis der Rassebeschaffenheit, der Bedeutung der reinen Linien, Mutationen und dem Wesen der Mendelschen Regeln, während Poll unser neuestes Wissen über das Werden des Menschen vom Ei bis zum fertigen Embryo in die Sprache und Anschauungsweise des fachwissenschaftlich nicht geschulten Lesers mit Glück zu übertragen sucht. Arno Marx endlich, der mit dem Bändchen Neue Geschichten aus dem Tierleben /Leipzig, Teubner/ herauskommt, schlüpft in die Gewan-dung des Erlebniserzählers und Feuilletonisten hinein, um diejenigen Leser, die wissenschaftliche Bücher grundsätzlich ablehnen, durch die besondere Art der Darstellung für die Teilnahme an der Lebensbeobachtung allerhand heimischer Tiere zu gewinnen,

Geschichte / Paul Kampffmeyer

Rom der E Renaissance h

Ein Bild von lebensprühender Kraft erhalten wir von dem Rom der Renais-

х

sancezeit, wenn wir uns in.Stefano Infessuras Römisches Tagebuch vertiefen, das als 8. Band der 1. Serie der von Marie Herzfeld herausgegebenen Sammlung Das Zeitalter der Renaissance /Jena, Diederichs/ erschienen ist. Der Verfasser hat fast 2 Jahrhunderte der Geschichte des Papsttums aufgezeichnet; aber nur das, was er von dieser Geschichte mit eigenen Augen sah und mit eigenen Ohren hörte, ist von geschichtlicher Bedeutung. Infessura ist etwa um das Jahr 1440 geboren. Er bekleidete in dem Städtchen Orte im Jahr 1478 das Amt des Podesta, und 1481 wirkte er als Lektor an der Universität in Rom. Seit 1487 fungierte er als Senatsschreiber. und als solcher gewann er einen tiefen Einblick in das wirtschaftliche, soziale

und politische Rom. Den päpstlichen Ämterschacher, den Kornwucher eines Sixtus IV., die Korruption und Liederlichkeit des Klerus haben in ihm einen scharfen Ankläger und Richter gefun-den. Er schildert die allgemeine Verbreitung des Konkubinats in der römischen Geistlichkeit. Das Leben der Priester und der päpstlichen Beamten, so stellt er fest, sei »allmählich derart geworden, daß man kaum noch einen finden wird, der sich nicht eine Konkubine hielte oder doch wenigstens eine Hure zur Ehre Gottes und des christlichen Glaubens. Und vielleicht hat man auch aus diesem Grund die Zählung aller Dirnen vorgenommen, die sich heutzutage öffentlich in Rom befinden; und aus sicherm Zeugnis weiß man, daß die Zahl dieser Huren sich auf 6800 beläuft. Und dabei sind die noch nicht mitgerechnet, die im Konkubinat leben, noch auch jene, die nicht öffentlich sondern geheim, zusammen mit 5 oder 6 anderen Dirnen ihr Handwerk ausüben. Und dabei hat jede dieser Dirnen einen oder auch mehrere Zuhälter. Und so sehe man, wie man hier zu Rom lebt, wo das Oberhaupt des christlichen Glaubens herrscht, in der Stadt, die man die *Heilige Stadt* nennt!« Der Streit der Geschlechter und Par-teien in Rom tobt sich in dem Tagebuch Infessuras mit ungezügelter Wut aus. Und dieser Streit ließ das Rechtsleben in Rom völlig verwildern. So bucht In-fessura einmal die Tatsache, daß im Jahr 1492 von der Krankheit des Innozenz /25. Juli/ bis zur Krönung Alexanders VI. /26. August/ mehr als 220 Menschen in Rom ermordet wurden. Den reichen Mördern sah überdies die päpstliche Justiz durch die Finger. Ein Vater, der seine beiden Töchter und seinen Diener, dor mit diesen sexuellen Umgang gepflogen haben sollte, erschlug, kaufte sich mit 800 Dukaten von der Strafe los. Mit zahlreichem Material belegt Infessura die unerschöpfliche Neubegründung von Stellen und deren wucherischen Verkauf durch die Päpste. Den Nepotismus der Päpste brandmarkte er mit Nachdruck; und von Alexander VI. bemerkt er ironisch, dieser habe die schon von Innozenz eingeführte Gewohnheit seine weibliche Nachkommenschaft zu verheiraten fortgesetzt und noch erweitert. Kultur- und sittengeschichtlich ist das Römische Tagebuch Infessuras hochbedeutend. Hermann Hefele hat es mit einer wirkungsvollen historischen Einleitung versehen.

delt Professor H. Boch mer in seiner historischen Skizze Die Jesuiten /Leipzig, Teubner/ mit einer erstaunlichen Sachlichkeit: und dabei ist seine Schrift durchaus nicht objektiv. das heißt farblos, grau-langweilig ge-schrieben. Der welterobernde Charakter des Jesuitismus ist mir bisher noch nie so klar aus einer Schrift entgegengetreten wie aus der Boehmers. Katholische Historiker wie Thompson haben, wie wir sahen, die komplizierte Persönlichkeit des Ignatius von Loyola mit zu orthodox-katholischen Augen angeschaut, als daß sie die realistische. politische Seite in dem Wesen dieses großen Ordensstifters recht ergründen konnten (siehe diese Rundschau, 1913, 1. Band, pag. 575 f.). In der welterobernden Tat offenbart sich am klarsten das eigentliche Wesen des Mannes, durch dessen Seele noch ganz die Schauer der mittelalterlichen Mystik zu rauschen scheinen. Den Zielpunkt des Systems der geistlichen Exerzitien, die Ignatius so fein psychologisch erdachte, charakterisiert Professor Boehmer treffend folgendermaßen: »Denn nicht auf Erzeugung und Genuß frommer Gefühle kommt es Ignaz an, er will eine Tat: die Wahl eines weisen Lebensziels auf Grund vollkommener Herrschaft über das eigene Selbst.« Die ganze Wucht religiöser flammender Bilder dient diesem Herrscher über Seelen nur zur Gestaltung weltbeherrschender Charaktere. Und diese Charaktere hat Ignatius in den weltgeschichtlichen Kampf gegen den Protestantismus hineingesandt. In der Tat schienen ganz Deutsch-land und Österreich vom Katholizismus völlig abgefallen zu sein, als die Väter Jesu ihren Feldzug gegen das protestantische »Ketzertum« eröffneten. Es war nicht nur der wirtschaftlich-arme. kulturlose Teil Deutschlands, der dem »Luthertum« verfiel, es waren die Gebiete mit entwickelter »Warenproduktion«, die sich zur »reinen« Lehre bekannten: das südliche Deutschland, die heutige Rheinprovinz und Westfalen, die Hansestädte, die freien Reichsstädte, die fortgeschrittensten Teile Österreichs. Um 1550 lag in Bayern der Katholizismus fast hoffnungslos danieder: »Die Pfarrer, volle Zapten [Säufer], Spieler, Faulenzer, Ignoranten, meist in wilder Ehe lebend, so daß man in verkommenen Pfarrhöfen eher auf Pfarrerskinder stieß

als auf Bücher, die Domherrn mehr Kriegsleute als Geistliche, unbändig liederlich. roh. meist nicht einmal gerecht. die Klöster mehr Wirtshäuser als Gotteshäuser. die Edelleute zum guten Teil lutherisch, die wichtigsten Städte. Straubing und München, wenigstens lutherisch gesinnt, die kleinen Handwerker und Bauern zu nicht geringem Teil. vor allem im Osten, der Wiedertäuferei ergeben, da, wo dies nicht der Fall war, fast ganz aller religiösen Zucht und Sitte entwöhnt und die Bischöfe in all diesem Wirrwarr ratlos. machtlos, unfähig, ja bisweilen nicht einmal geneigt energisch einzugreifen: das ist das Bild. welches die Berichte der unanfechtbaren Zeugen, vorab der herzoglichen Visitatoren, vor uns entrollen.« In Österreich hing etwa ein Dreißigstel der Bevölkerung der katholischen Kirche an. Unter derartigen schier verzweifelten Verhältnissen nahm der Jesuitismus in Deutschland den Kampf gegen das protestantische Ketzertum auf. Sieghaft schritt er vor-wärts; aber sein Sieg läßt sich nicht leicht mit einigen materialistisch-historischen Sprüchen über die fortschreitende Warenproduktion etc. erklären, er will im einzelnen studiert werden. weil sich dann erst dem Leser der Blick in die Herrschaftsmittel öffnet, die der Jesuitismus politisch in dem großen Kampf um die Beherrschung Deutschlands anwandte Sehr instruktiv ist in der Schrift Pro-

fessor Boehmers die großzügige Über-sicht über den Machtbereich und die Machtmittel der Kompagnie Jesu auf der Höhe ihrer Wirksamkeit. Im Jahr 1640 erschien ein Großfolioband von fast 1000 Seiten, eine Festschrift mit der Inschrift Gemälde des ersten Jahrhunderts der Gesellschaft Jesu. 1640 zählte man »35 Provinzen, 3 Vizeprovinzen, 521 Kollegien, 49 Seminare, 54 Probehauser. 24 Profeßhäuser, zirka 280 Residenzen und Missionen, mehr als 16 000 Mitglieder«. Der Jesuitismus war eine Weltmacht geworden; riesenhaft hatten sich seine ökonomischen Machtmittel entwickelt, und eine Großmacht war der Jesuitismus auf dem Gebiet der Schule, des gelehrten Unterrichts, der Wissenschaft und Literatur geworden. Erst der Jesuitismus erfand die kluge Benutzung des Beichtstuhls zur Beherrschung der Geister.

Wenn auch weiter der Jesuitenorden etwa so viele Köpfe zählt wie 1640

(16 159 im Jahr 1909), so ist doch seine geistige Machtstellung heute völlig verändert. Die klerikale Literatur verschwindet vollständig vor der rein weltlichen, politischen und ökonomischen. Literatur. Der Katholizismus hat sich. wie die Historisch-Politischen Blätter einmal bewegt klagten, stark verweltlicht. Und diesem Verweltlichungsprozeß ist zum Teil schon der Jesuitismus erlegen. Seine Zugeständnisse an die moderne Wissenschaft erschüttern die klerikale Weltanschauung. die er stützen und fördern will. Х

ziger

× Achtundvier - Die Erinnerungen August Röckels an die stürmi-

schen revolutionären Reichsverfassungskämpfe in Dresden, seine erschütternden Erlebnisse in dem Zuchthaus Waldheim sind wieder unter dem Titel Aus dem Grabe eines achtundvierziger Revolutionärs /Leipzig, Gohlke/ herausgegeben worden. Die Kopflosigkeit der provisorischen Regierung in Dresden ist von Röckel durch manchen interessanten Zug gekennzeichnet. Von den Männern der Dresdener Mairevolution tritt uns als Revolutionär großen Stils nur der Russe Bakunin gegenüber. Von ihm sprühen nach allen Richtungen revolutionäre Funken aus, er hat seine Hand in allen revolutionären Komplotten gegen die siegreich fortschreitende Revolution. Mit Bakunin und einigen leitenden Köpfen der provisorischen Regierung wird August Röckel nachher zum Tode verurteilt, Röckel hatte tatkräftig in den Dresdener Aufstand eingegriffen, und er durchlebte nach der schnellen Niederwerfung der revolutionären Verfassungskampagne alle Schrecken der preußischen Diktatur in Dresden. Die Darstellung dieser Blutherrschaft ist von historischem Wert. Grauenvoll sind die Racheakte der von ihren Offizieren aufgehetzten Soldaten an wehrlosen, an den Kämpfen unbeteiligten Dresdener Bürgern. sind die barbarischen Mißhandlungen der gefangenen Revolutionäre, die blutüberströmt von halb betrunkenen, vertierten Soldaten von der Elbbrücke herabgestürzt wurden.

Von historischer Bedeutung an dem Röckelschen Buch sind auch die Darlegungen der völligen Anarchie der Rechtszustände in Sachsen nach der Dresdener Mairevolution. Die politischen Prozesse wurden kurzerhand den Schwurgerichten entzogen und den

Appellationsgerichten zum Urteilsspruch übertragen. Im Volk flammte eine ungeheure Empörung gegen die Regierung, und diese fürchtete die sichere Freisprechung der Angeklagten vor den Schwurgerichten. Dazu kam noch die vielfach offen zur Schau getragene Sympathie des Militärs mit den Mai-

gefangenen. Das Röckelsche Buch ist aber auch deshalb eine kulturhistorische Denkwürdigkeit, weil es uns mit allen furchtbaren Einzelheiten des sächsischen Zuchthauswesens bekannt macht. Wir erleben mit Röckel die entsetzlichste Massenvernichtung der unølücklichen Zuchthäusler. Sie sterben an den grauenvollen Mißhandlungen und an den gräßlichen Hungerstrafen zu Hunderten dahin. Die halbverrückten und entmenschten Zuchthausdirektoren charakterisiert rakterisiert Röckel packend. Vom Röckelschen Buch hat einmal Richard Röckel Wagner, der intime Freund Röckels, gesagt, es sei »furchtbar und mordbrennerisch aufregend«. Und mit diesem Ausspruch hat Wagner recht: das Buch reizt »furchtbar« zu einer grundstürzenden Reform des Zuchthauswesens auf.

× Geheimpolizei In den Archiven der Geheimpolizei lagert sich ein gewaltiges

Stück Geschichte ab. Unmittelbares historisches Leben wird da häufig durch die verwegen zugreifenden Hände der Geheim. polizisten eingefangen: Briefe, Aktenstücke. Niederschriften von historisch bemerkenswerten Aussprachen. Neben historischen Dokumenten türmen sich Liebesbriefe, Klatsch- und Skandalgeschichten auf. Alles das vermittelt uns oft eine so packende Vorstellung von der Gesellschaft einer bestimmten Epoche, wie wir sie niemals aus der sogenannten objektiven Darstellung eines Berufshistorikers erhalten können. Gewiß, viel Minderwertiges, falsch Gehörtes und grob Erlogenes strömt uns aus den Papieren der Geheimpolizei zu, aber das läßt sich an der Hand vorliegender historischer Dokumente berichtigen. Dafür sind wieder einzelne, das Gesellschaftsleben treffend charakterisierende Züge in die Papiere der Geheimpolizei eingezeichnet, die in keinem Staatsarchiv und von keinem historischen Privatsammler aufbewahrt sind. In dem Werk August Fourniers Die Geheimpolizei auf dem Wiener Kongreß /Wien, Tempsky/ tanzt an uns

(und das buchstäblich genommen) der ganze Wiener Kongreß vorüber, dessen Hauptakteur, der Kaiser Alexander von Rußland, ja sicher mehr tanzte als arbeitete. Die Charakteristik der einzelnen historischen Persönlichkeiten, des Zaren, des Königs Friedrich Wilhelms III., Friedrichs I. von Württemberg, Talleyrands, Metternichs, ist vielfach recht derb, aber auch sehr lebenswahr in diesen Papieren der Wiener Geheimpolizei ausgefallen. So wird der Zar häufig als Lügner und Schwindler gekennzeichnet, der den Philanthropen spielt, aber tatsächlich ein asiatischer Despot ist, der wie ein Heiliger redet, aber wie ein gedankenloser Wollüstling lebt. Der König Friedrich Wilhelm III. steht als der de- und wehmütige Bediente des russischen Kaisers da. »Sie heißen ihn den linken Schächer, den Schatten des russischen Kaisers.« Mit großer Ungeniertheit sprechen die Aufzeichnungen der Polizei von der Nützlichkeit und den großen Vorteilen. die für diesen oder jenen Staat die Bestechung der hervorragendsten Diplomaten einschließen würde. Da werden Klatschgeschichten von der Bestechung Hardenbergs wiedergegeben, und die Lebedamen der Wiener Gesellschaft. die Fürstin von Bagration und die Herzogin von Sagan offen als politische Agentin-nen gekennzeichnet. So heißt es in einem

Vortrag vom 21. Januar von beiden »Alle Leute sind neuerlich Frauen: indigniert über das moralisch und politisch skandalöse Tun der beiden Damen. Sie handeln mit politischen Rendezvous, verbinden die Liederlichkeit mit der Politik. In den Annalen des Wiener Kongresses werden sie eine Rolle spielen. Sie haben bis heute bei weitem zu viel Einfluß in dem Kongreß, decidierte sind preußisch - russische Agenten. Sie werden forthin souffliert und geleitet vom Baron Humboldt . . .« Übrigens ist diese Annahme gar nicht von der Hand zu weisen; denn politische und polizeiliche Agenten, freiwillige und unfreiwillige, bezahlte und unbezahlte, fanden sich damals selbst in den höchsten Kreisen. Im Dienst der Wiener Staatspolizei standen sogenannte Vertraute höhern Standes. Die Agenten niederer Kategorie warb die Staatspolizei in allen unteren Berufsgruppen. Kanzleidiener, Lakaien. Kutscher. Stubenmädchen Heizer und durchschnüffelten die Papierkörbe und die

Kamine. Die Papierschnitzel der Papierkörbe wurden fein säuberlich dem Polizeiministerium und der Polizeidirektion zugestellt, »Dort wurden diese Reste (empfangene und zerrissene Briefe oder verworfene Konzeptel, wenn sie nur einigermaßen wichtig erschienen, äußerst kunstvoll durch Reihen einzelner Siegellackplätzchen aneinandergefügt, so daß das ursprüngliche Schriftstück fast vollständig wiederhergestellt erschien. Derart vom Untergang gerettete Dokumente nannte man Chiffons. Aber nicht die Papierkörbe allein, auch die Kamine standen unter Polizeiaufsicht. und nicht selten wurden angekohlte Schriftfragmente eingeliefert.« Als besonders ergiebig galt der Kamin des Freiherrn vom Stein. Größern Wert noch als diesen Chiffons legte die Polizei den Abschriften der wirklich expedierten Schriftstücke, den sogenannten Interzepten bei. Und so unterhielt sie denn einen ganzen Stab von Beamten Öffnen und Kopieren zum dieser Schriftstücke. »Oft genug fehlte da die Zeit«, so schreibt A. Fournier, die eröffneten Briefe wieder zu schließen und mit der Post weiter zu befördern, woraus reichlich Verlegenheiten und Beschwerden entstanden, so daß Kaiser Franz sich im Februar 1815 zu einem strikten Befehl genötigt sah die perlustrierten Postsendungen nicht zurückzuhalten.«

Ansätze von bürgerlichen Parteibildungen sind in den Papieren dieser Epoche der Wiener Geheimpolizei kaum festzustellen, man müßte denn die unklaren Schwarmgeister des Tugendbunds bereits für politische Köpfe halten. Sie werden in den Polizeiberichten als Tugendkrämer verhöhnt, die »keine Kraftsprache« mehr führen und wie die Svbariten schwelgen. Da taucht denn auch der Querkopf Jahn, der Turnvater, auf dem Wiener Kongreß auf. Er wird als »steinianisch-teutscher Mann« gekenn-zeichnet. »Das heftige Geschrei, die beleidigende Eitelkeit und der Prunk der Berliner«, so heißt es in einem Vortrag, »könnten hier keinen Eingang finden, die geschraubt zierlichen Sätze des Jahn würden hier ekeln, wo man an die Sache denkt, von der man spricht und eben deswegen die Worte außer acht läßt.« Unter den bürgerlichen Elemeuten, die zum Wiener Kongreß geströmt waren, fesselt uns die starke Persönlichkeit des Deutschamerikaners

Bollmann In seinem Kopf arbeiten aber nicht politische Gedanken sondern finanzielle unđ industrielle Pläne Das ökonomisch aufsteigende Bürgertum kündigt sich oleichsam in ihm an. Der verstandesklare Sinn Bollmanns lehnt die Romantik eines Schlegel kühl ab und läßt nur die »hellen, ganz gesunden Köpfe« gelten. Unbewußt machen sich die Geheimberichte der Polizei selbst zu einem Stück der politischen und sozialen Geschichte. In den Tagen des Wiener Kongresses steht der deutsche Bürger der politischen Bühne völlig fern; Er gestaltet noch nicht dank seiner wirtschaftlichen und politischen Machtmittel das Schicksal der Nation. Er bietet daher durchweg für die Geheimpolizei noch kein Interesse. Nur die Kamine und Briefkörbe der fürstlichen und adeliøen Staatsrepräsentanten erfreuen sich besonderer polizeilicher Aufmerksamkeit. Das Volk zerbricht sich nicht den Kopf über das, was da in den Konferenzen beraten und beschlossen wird: es murrt nur über die Kosten, die ihm aus dem Aufenthalt der fremden Souveräne erwachsen. Er trägt dem Volk eine Steigerung der Erwerbssteuer um 50 % ein, und so rufen denn einige Vorwitzige aus der Masse, als die prächtigen Schlitten der Fürstlichkeiten an ihnen vorbeigleiten: »Da fahren s' dahin mit unsere fufzig Prozet'n.«

× KurzeChronlkAm 18, Mai feierte der Katholizismus, teil-

weise mit großem Pomp. die 1600jährige Befreiung der christlichen Religion. Die Feier knüpft geschichtlich an das Mailänder Edikt Konstantins an. dem dem Christentum die volle in Gleichberechtigung mit den alten Kulten zugestanden wurde. imes In Preßburg brannte am 18. Mai das kulturgeschichtlich berühmte Ghetto nieder. Im Preßburger Ghetto befand sich eine berühmte Talmudschule, die Pflanzstätte hervorragender jüdischer Rabbis, Die jüdische Bibliothek, deren Manuskripte und Bücher in der ganzen jüdischen Welt einen Ruf hatten, $\,$ ging in Flammen auf.imesVon dem kultur- und sittengeschichtlich sehr bedeutenden Memoirenschriftsteller Pierre de Bourdeilles, Seigneur de Brantôme, übergab der Freiherr von Rothschild 13 eigenhändige handschriftliche Bände. Diese Bände enthalten die Originalniederschriften der Vies des hommes illustres et grands capitaines

français et étrangers, der Vies des dames illustres. der Rodomontades et jurements des Espaenols und des Discours sur les colonels. Bisher galten die Originalniederschriften Brantômes mit wenigen Ausnahmen als verloren. \times Zur Erinnerung an Franz Schuhmeier, dessen meuchlerische Ermordung in dem am 20. Mai abgeschlossenen Prozeß Kunschak nochmals stark das allgemeine Empfinden erregte, brachte die Wiener Volksbuchhandlung die wirkungsvolle Reichsratsrede dieses leidenschaftlichen Agitators Aus der Werkstatt des Klerikalismus heraus. In der Rede wird in volkstümlicher Form dem Klerikalismus ein langes Sündenregister vorgehalten.

imesLiteratur

Österreichs innere Geschichte von 1848 bis 1907 behandelt Richard

Charmatz in der Sammlung Aus Natur und Geisteswelt /Leipzig, Teubner/. Für jeden, der die Gegenwartsgeschichte Österreich-Ungarns verfolgt. ist dieses Bändchen ein recht brauchbarer kurzer Leitfaden. Charmatz zeichnet zum Teil recht scharf und zutreffend die historischen Persönlichkeiten der österreichischen Geschichte, so die Dr. Luegers. Der aufbauenden Tätigkeit Victor Adlers wird er zum Teil gerecht. Die kluge sozialdemokratische Wahlrechtstaktik wertet er eingehend. Hoffnungsvoll schließt er mit der Betrachtung: »Österreich verfällt nicht, Österreich richtet sich auf.« \times Ein großes Stück Zeitgeschichte drängt sich in den Memoiren Francesco Crispis, herausgegeben von T. Palamenghi-Crispi (deutsch von W. Wichmann /Berlin, Fontane/) zusammen. Die Vorgeschichte des Dreibunds wird namentlich durch die Unterredungen Crispis mit Bismarck neu beleuchtet. Dann spielen die Mittelmeerfragen sehr dramatisch in die Erinnerungen Crispis hinein: die Besetzung von Tunis durch die Franzosen. Die Überlassung von Tripolis an die Italiener ist auf dem Berliner Kongreß schon erörtert worden. Am 20. Mai 1882 kommt der erste Dreibundsvertrag zustande. Die ägyptische Frage taucht auf; Deutschland hat, wie Holtstein dem Crispi erklärt, noch »kein direktes Interesse für Ägypten, kein Bedürfnis für Kolonisation«, und Italien lehnt die Aufforderung ab in Ägypten gemeinsam mit England vorzugehen. Sehr interessant ist das Bild, das Bismarck 1887

von der Lage Rußlands im Hinblick auf einen polnischen Aufstand entwirft. »Wenn man den Polen nur ein wenig hälfe sich zu erheben, könnten sie ihr Joch abschütteln und unter einem österreichischen Erzherzog einen selbständigen Staat bilden.« Črispi sah die Türkei 1887 schon als einen in vollster Auflösung begriffenen Staat an. Im Jahr 1889 ist ein eingehender Wiener Bericht über den Selbstmord Rudolf von Habsburgs an Crispi gebucht. Über den Konflikt zwischen dem Kaiser und Bismarck empfing Crispi seinerzeit eine Information, die in seinen Memoiren wiedergegeben ist. 1890 wird von Italien wieder die Besetzung von Tripolis angesichts der absoluten Herrschaft Frankreichs über Tunis erwogen. Mit dem Rücktritt Crispis am 31. Januar 1891 verschwindet die italienische Besetzung von Tripolis wieder von der Bildfläche. Die großen politischen Umwälzungen am Mittelmeer in der Gegenwart verleihen den Memoiren Crispis einen aktuellen Wert. imes Das als 7. Band der 1. Serie der Sammlung Das Zeitalter der Renaissance / Jena, Diederichs/ veröffentlichte Leben des Filippo Maria Visconti und Taten des Francesco Sforza von Pier Candido Decembrio fesselt besonders durch die feine realistische Charakteristik des Filippo. Das unumschränkte Herrschertum der Renaissancefürsten spiegelt sich besonders grell in der Tatsache wider, daß Filippo seine Gattin Beatrice, obwohl ihre Schuld durchaus nicht klar erwiesen war, wegen Ehebruchs köpfen ließ. Sehr wertvoll für die Beurteilung der argwöhnischen und skrupellosen Herrscher dieser gärenden gewalttätigen Zeit sind die Kapitel Wie er die Gesinnung seiner Umgebung zu erforschen pflegte und Wie er sein Inneres verbarg. Die Gepflogenheiten der Selbstherrscher der Renaissance beleuchtet hell die eigenartige Audienzordnung, die Filippo ersonnen hatte. Zur Psychologie der Menschen der Renaissance trägt Pier Candido Decembrio eine erstaunliche Fülle von einzelnen Beobachtungen und Bemerkungen zusammen. Kaum einen Herrscher dieser Zeit erleben wir so unmittelbar wie diesen Filippo Maria Visconti des Decembrio. Eine anschauliche, die Kultur der Renaissance kennzeichnende Einleitung hat Philipp Funk zu dieser wertvollen Arbeit verfaßt. \times In seiner Schrift Die Anfänge der modernen Arbeiterbewegung in der Steiermark /Leipzig, Hirschfeld/ hat Julius Bunzel die allmähliche Los-

lösung der Arbeiterschaft vom demokratischen Bürgertum dargestellt. Das ökonomische, zur Spaltung beider sozialen Klassen führende Moment scheint er bei diesem historischen Prozeß doch erheblich unterschätzt zu haben. Er bezeichnet die Lohnverhältnisse der steiermärkischen Lohnarbeiterschaft als nicht ungünstig, obwohl er selbst Löhne für männliche Tagelöhner von 60 bis 70 Kreuzer angibt. Nicht die ökonomische sondern die soziale Lage trieb nach seiner Ansicht den Keil zwischen beide Klassen. Als Bildungsbewegung hatte die steiermärkische Bewegung eingesetzt. Dann drängten sich machtvoll die politischen Forderungen vor. Ökonomischsoziale Postulate werden schon bald erhoben, und die Lohnbewegung und der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung erweitern sehr schnell die schon bestehende Kluft zwischen den Arbeitern einerseits und den großbürgerlichen Unternehmern andrerseits. Wenn man die Tatsachen prüft, die Julius Bunzel über die Behandlung der in harter Arbeitsfron ergrauten Arbeiter, über die Mißhandlung der Arbeiterfrauen gehäuft hat, so wird man seinen Vorwurf nicht verstehen, daß die Arbeiterführer den Klassenkampf begonnen haben, lange bevor die politi-schen und wirtschaftlichen Verhältnisse dazu drängten.

Hygiene / Heinemann Goldschmidt

Diphtherieschutzmittel Die bisher geübte Methode ler passiven Immunisierung

der an Diphtherie Erkrankten hat trotz ihrer bedeutenden Erfolge nicht alle Hoffnungen erfüllt, die man auf sie gesetzt hatte: Wenn auch ohne weiteres der Beweis erbracht ist, daß die Mortalität seit Einführung des Behringschen Serums im Durchschnitt um 60 % gefallen ist, so hat man andrerseits, und speziell in den letzten Jahren, die Beobachtung gemacht, daß bei einzelnen Epidemieen trotz ausgiebiger Anwendung von Serum die Mortalität sehr hoch blieb, und daß keinerlei Beeinflussung durch Serumanwendung möglich war.

Man glaubte in derartigen Fällen der geringen Dosis des angewandten Serums die Schuld beimessen zu müssen und ging dazu über enorm hohe Mengen (20- bis 60 000 Einheiten) einzuspritzen. Aber auch diese Maßnahmen ergaben einen sehr zweifelhaften Erfolg. Einwandsfreie Beobachtungen über den Wert der Behringschen Antitoxinbehandlung bringt Dr. Reiche, Arzt am

allgemeinen Krankenhaus Hamburg-Eppendorf. Seine Abhandlung Klinisches und Kritisches zur Behringschen Antitoxinbehandlung der Diphtherie der Medizinischen Klinik bez in hezieht sich auf eine fast 20jährige Beobachtungszeit. Die mit dem Behringschen Serum bei mehreren tausend Kranken erzielten Wirkungen waren nicht derart, daß der Anwendung großer Dosen das Wort geredet werden konnte. Im Gegenteil: Die früher erzielten ruhmvollen Erfolge erforderten gewöhnlich sehr geringe Serummengen. Auch neigt Reiche der Ansicht zu. daß die spezifische Antitoxinwirkung des Serums speziell bei Patienten unter 15 Jahren zum Ausdruck komme und sich bei Erwachsenen nur ausnahmsweise geltend mache. Alles in allem genommen ist nach Reiche das Behringsche Serum noch weit entfernt davon ein Idealmittel gegen die Diphtherie darzustellen.

Wohl von der gleichen Erkenntnis ausgehend, hat Behring selbst in unermüdlicher Forscherarbeit an der Vervollkommnung des Präparats gearbeitet; auf dem letzten Kongreß für innere Medizin hat er nun über ein neu von ihm erfun-denes Verfahren zur präventiven Diphtheriebekämpfung berichtet. Als Vorbild dient das unerreichte Ideal der Jennerschen Schutzpockenimpfung. Ebenso wie bei dieser handelt es sich bei dem Behringschen Mittel um eine aktive Immunisierung: Durch Einverleibung von Diphtherietoxin soll die Bildung von Antitoxin angeregt und hierdurch eine Präventivwirkung gegen die Infek-tion erzielt werden. Dieses Verfahren ergibt nach Behring zunächst einmal den Vorteil, daß vom Körper ganz bedeutende Antitoxinmengen produziert werden, die um ein Vielfaches die Werte überschreiten, die bei der passiven Immunisierung mit Pferdeserum erreicht werden. Auch kann das auf solche Weise gebildete Antitoxin zur passiven Immunisierung für andere dienen, ohne daß sich die dem artfremden Pferde-serum anhaftenden Schädlichkeiten ergeben. Dieses letzterwähnte Moment ist selbstverständlich nur von untergeordneter Bedeutung.

Das Behringsche Mittel stellt nun ein Gemisch von sehr starkem Diphtheriegift mit Antitoxin in solchem Verhältnis dar, daß die Mischlösung im Meerschweinchenversuch nur einen geringen oder gar keinen Toxinüberschuß aufweist. Diese für Meerschweinchen neutrale Lösung zeigt jedoch anderen Tier-

arten gegenüber ein ganz verschiedenes Verhalten; so starben Affen, denen auf eine Gifteinheit 20 bis 40 Antitoxineinheiten eingespritzt wurden, in kurzer Zeit an Diphtherievergiftung, Menschen sind nun diesem Gemisch gegenüber viel weniger empfindlich als Affen; jedoch ist diese Giftempfindlichkeit heim Menschen sehr großen Schwankungen unterworfen. In diesem Umstand liegt aber gerade die schwierige und bedenkliche Seite des Verfahrens. Besonders giftfest scheinen Neugeborene zu sein: Kinder von 4 bis 15 Jahren hingegen sind viel empfindlicher. Bazillenträger und Erwachsene, die eine Infektion durchgemacht haben, sind meist überempfindlich. Auf jeden Fall muß aber. um eine Heilwirkung zu erzielen, ein gewisser Grad von Giftempfindlichkeit vorhanden sein, da ohne diese keine Reaktion und keine Bildung von Antikörpern stattfinden kann.

Die geschilderten Schwierigkeiten, die sich bei der Ausarbeitung des neuen Schutzverfahrens ergaben, sollen nun durch umfangreiche Versuche in Kliniken (bis jetzt handelte es sich noch um Laboratoriumsarbeit) so weit gelöst werden, daß das Mittel der Praxis übergeben werden kann. Dann ist die weitere Frage zu entscheiden, inwieweit der Mensch durch solche aktive Immunisierung auch wirklich vor der Infektion geschützt wird. und wie weit die Antitoxinanreicherung getrieben werden muß, um einen für längere Zeit wirksamen Schutz zu gewähren. Darüber kann jedenfalls kein Zweifel bestehen. daß ein unendlich bedeutungsvoller Gewinn erzielt sein würde, wenn das in Aussicht gestellte Ziel auch nur annähernd erreicht wird, ×

X Kurze ChronikDie bereits vor Jahren von

Robert Koch aufgestellte. aber stark angefeindete Behauptung, daß in den durch die Schlafkrankheit verseuchten Gegenden das Großwild (Gazellen, Flußpferde, Antilopen usw.) die Träger des Krankheitserregers darstellen, hat durch die Untersuchung der englischen Schlafkrankheitskommission in Uganda ihre Bestätigung gefunden. Aus dem Blut von 3 Antilopenarten ließen sich für den Menschen pathogene Trypanosomen isolieren. \times Das Hygieneamt in Rom nahm eine interessante bakteriologische Münzprüfung vor. Es waren zahlreiche Beschwerden darüber eingelaufen, daß die Kellner das über-

schüssige Geld den Gästen auf den selben Platten überreichten, auf denen Obst. Brot und dergleichen serviert wurden. In dieser Art des Geldreichens erblickten viele ein Mittel zur Verbreitung gefährlicher Krankheitserreger. Die Untersuchung ergab, daß Kupfer-, Silber- und Goldmünzen als steril betrachtet werden können; eine Ausnahme machten nur die Nickelmünzen. Ein gleiches Resultat ergab sich bei Untersuchung von Münzen, die man längere Zeit zwischen Cholera-, Typhus- und Diphtheriebazillen gelegt hatte. \times In Preußen gab es im Jahr 1911 nicht weniger als 4631 Kur-pfuscher. Im Landespolizeibezirk Berlin betätigen sich zurzeit 738, in Magdeburg 318 Kurpfuscher. Breslau weist deren 202, Hannover 114, Bromberg 50 auf; in der Provinz Westpreußen dagegen gibt es nur 39 Kurpfuscher. Im Regierungsbezirk Frankfurt (Oder) kommen auf 100 Ärzte 63 nicht approbierte Personen, die das Heilgewerbe betreiben. Allerdings ist dabei nicht zu vergessen, daß der Begriff Kurpfuscher bei uns sehr weit gefaßt wird und dadurch zum Teil seine eigentliche Bedeutung verliert: Werden doch offiziell auch alle im Ausland approbierten Ärzte, Zahnärzte usw. als Kurpfuscher betrachtet. Im Interesse einer wirksamen Bekämpfung der wahren Kurpfuscherei wäre diese widernatürliche Zusammenkoppelung schleunigst aufzulösen. \times In New York wird jetzt ein 35 Stockwerk hoher Bau errichtet, in dem nur ärztliche Spezialisten ihre Tätigkeit ausüben sollen. Alle für den ärztlichen Betrieb notwendigen Einrichtungen sollen in der vollkommensten Weise hergestellt werden.

× Literatur

Kein dickbauchiges Buch voller gelehrter Betrachtungen und Hypothesen ist

Oskar Kresses Arbeit Der Geburtenrückgang in Deutschland, seine Ursachen und die Mittel zu seiner Beseitigung /Berlin, Schwerin/, sondern ein bescheidenes Werkchen von 30 Seiten, kurz und klar. Wenn der Verfasser den Ursachen des Geburtenrückgangs auch nicht bis zu den weitestverzweigten Wurzeln nachgeht (und das würde wohl eine Kette ohne Ende sein), so hat er doch in seiner Schrift sehr wichtige Fingerzeige gegeben. Er beweist uns, daß gerade der Vater Staat in erster Linie für den Geburtenrückgang verantwortlich zu machen ist. Er geißelt die Mißstände bei den staatlichen Behörden (Post und Heeresverwaltung), die ihren Beamten das Heiraten unmöglich machen; ferner weist er auf die Belastungen hin, die einem mit Kindern gesegneten Haushalt durch die indirekten Steuern erwachsen. Nach des Verfassers Ansicht ist das soziale Elend allein die Ursache der Präventivmaßnahmen und der unzähligen Kindermorde, unter denen vor allem das systematische Verhungernlassen der unglücklichen Geschöpfe die Hauptrolle spielt. Man merkt, daß das, was der Verfasser bietet, Ausfluß tiefster Überzeugung ist.

KUNST

Bildende Kunst / Lisbeth Stern

Berlin: Sezes-Die Jury der Berliner sion 1913 Sezession hat in diesen Jahr einen Sturm von Un-

willen erregt. Alteingewohnte Mitglieder mit den bekanntesten Namen waren refüsiert. Der Anblick der Räume hat sich damit sehr wunderlich geändert, und von den ersten Ausstellungen abgesehen ist wohl schwerlich eine so lebendig und so bunt anregend gewesen wie diese. Daß, wie es hier war, die Jury sich im wirklichen Sinn die Aufgabe gestellt hatte in ihren Räumen für den Nachwuchs die Bahn freizuhalten. immer im Fluß zu bleiben und auch die sehr harten Konsequenzen, die sich daraus ergaben, mit Klarheit zu ziehen, ist nicht hoch genug einzuschätzen: trotz der Krise, die dann ausbrach und zum Austritt des größten Teils der Mit-glieder und des gesamten Vorstands führte. Wenn vielleicht in der Auslese, die die Jury in dem alten Bestand vorgenommen hat, dieses und jenes etwas befremdlich sein mag, so kann das nicht weiter wundernehmen. Man weiß, wie schwierig das Wählen ist. ge-rade innerhalb der Kunst, die auf die gewohnte Weise gut ist, ohne jedoch in irgendeinem Sinn wirklich zwingend zu Jedenfalls rechtfertigt auch wirken. keines der Bilder der refüsierten Mitglieder, die sich zu einer Sonderausstellung zusammengetan haben, den Vorwurf der Parteilichkeit. Überhaupt ist es auch noch fraglich, ob der Raum, der den Jungen eingeräumt ist, rein als Wandfläche genommen, größer ist als der, den die Mitglieder einnehmen: Umso auffallender ist es, wieviel mehr sie im Gesamtbild der Ausstellung betont sind. Schon aus diesem überwiegenden Gewicht ihres Eindrucks scheint mir

deutlich hervorzugehen. zu welcher Macht die neue Art des Sehens geworden ist. Man mag gegen sie kämpfen. so viel man will: aus diesen Kämpfen geht hervor, wie sie nicht auszuschalten ist, und wie sie sich, ohne unser Wissen, in unsere Sinne hineingeschoben hat, und unsere Augen heute wieder andere sind als sie vor Jahren waren. Die junge Generation besonders. auch die, die keineswegs unter der Dressur der modernen Kunst aufgewachsen ist, hat, in viel stärkerm Sinn noch, andere Augen als wir, und wo wir noch wer weiß was für Umschaltungen nötig haben, sehen sie nur Selbstverständliches. Übrigens, ein Beleg, daß die junge Kunst wirklich derart in einer Veränderung unserer Sinne und Körpergefühle wurzelt, und nicht, wie viele meinen, in Literatur und halber Wissenschaft, liegt für mich ganz deutlich in der Tatsache, daß ihre Tendenzen doch schließlich nicht in Worte zu fassen sind. Ich nannte einmal als ihr Wesentlichstes die Wiedergabe der Bewegung, und gewiß ist es auch eine ihrer Haupttendenzen; aber nicht im gering-sten wäre ihr Wesen damit gefaßt. Es ist schließlich alles so neu und so anders gewendet, daß es sich begrifflich durchaus nicht schichten läßt. Schon wenn man die Namen derer. die allmählich mehr hervorgetreten sind. neben einander stellt, etwa Matisse, Picasso andere Kokoschka. und ist kaum ein Gemeinmehr. so sames zu sehen, so sehr man es im Grunde ahnt. Wir empfinden sie eben alle mit einander als neu, und wir müssen uns damit begnügen diesem merkwürdigen Wachsen zuzusehen. Das wirkliche Klarlegen der Formen, die sich hier bilden, muß entschieden den Späteren vorbehalten bleiben. Nur mit dem Kubismus liegt es mir nach wie vor anders, und ich kann keinerlei Verhältnis zu ihm gewinnen. Immer wieder zeigt er sich mir als literarisches Experiment, und ich sehe nicht ein, wie Künstler wie Pechstein, die so Starkes und Selbständiges zu geben haben, nun auch dann und wann anfangen in diesen Formen zu arbeiten. Sicher liegt Gutes und sehr Kluges all den Ableitungen zugrunde, die zum Kubismus führten. Aber was nützen die guten und klugen Tendenzen angesichts all der schrecklichen stachlichten Würfelbilder, gegen die sich alle Sinne zur Wehr setzen

müssen? Übrigens scheint mir für die gesamte junge Malerei eine Abneigung gegen die horizontale Linie wohl ein Merkmal zu sein. Während die Holande Zeiten rizontale doch durch als eine Art Basis erschienen war. von der alles andere ausging, und die jeder Aufhau wieder anf Remußte. so haben fehlt sie 7110 ietzt gänzlich. Der Horizont ist meist höher als der Bildrand, und das Terrain ist so aufgefaßt, als wenn es sich gegen einen aufstellte oder gar einem entgegenfiele. Wenn der Horizont noch innerhalb der Bilder gegeben ist, so ist er gebogen, wie ich es zuerst einmal bei van Gogh sah. So ist jede etwas schematische Klärung durch eine zuorunde liegende Ebene aufgegeben, und die Welt stellt sich auf ein wenig schwankende Füße und in ganz anderen geometrischen Verhältnissen eng und dicht um uns herum. Heute scheint das Fundament aller kompositorischen Gliederung in sich überschneidenden Diagonalen zu liegen, die ein Netz von länglichen Rhomben aufbauen. Sowohl die Komposition der Oppenheimerschen Bilder ist darauf basiert als auch, und viel augenfälliger, die der beiden Bilder von Hettner, bei dem die Dinge entsprechend den Diagonalen nach rechts und links auseinanderfallen und in der Mitte einen Kegel schließen. Daß übrigens mit dem Äufgeben des sich in die Weite schiebenden Blickes, der hinter allem den Horizont sucht, die Perspektive fallen muß, ist klar. Ein Maler, Derain, gibt sogar das Erstaunliche: eine Tischplatte, die sich nicht nach hinten verjüngt sondern im umgekehrten Verhältnis auseinanderschiebt, und das Sonderbarste ist noch, daß es nicht falsch wirkt, sondern daß man es zwar als etwas befremdlich und ungewohnt aber durchaus als möglich empfindet. Schließlich müssen sich aber auch unsere Augen für die Farben geändert haben. Ohne dies ist die merkwürdige Wirkung nicht recht zu erklären, die hier die paar van Goghschen Landschaften machen. Sie hängen neben Brockhusen und Purrmann, beide nicht wesentliche oder gewaltsame Vertreter der jungen Kunst, und doch sind ihre Farben so klar und frei von jeder Trübung, daß neben ihnen van Gogh in seiner ein wenig bräunlichen Färbung fast ein wenig meisterlich wirkt. Gewiß ist es möglich, daß schon Nachdunkelung mitspricht, oder daß diese Bilder ohnehin keine von seinen klarfarbigsten waren. Als ich zum erstenmal van Goghs Bilder sah, schien es mir damals, als sei da mit den reinsten Sonnenfarben gearbeitet worden, und ihre Klarheit kam mir fast gewaltsam und unerhört vor, so daß ich mit leichtem Schrecken jetzt sehen mußte, daß die Augen allem Anschein nach auch darüber noch hinausgegangen sind, und daß jetzt Künstler, die an künstlerischer Kraft sich nicht im geringsten mit ihm messen können, ihn darin überflügeln.

Am durchsichtigsten, klarsten und am reinsten in der Farbe will mir Matisse scheinen, allerdings in erster Reihe in seinen beiden kleinen Bildern und denen, die bei Gurlitt zu sehen waren. Das große Bild, so schön es in der Farbe ist, und so viel dekorativen Reiz es an seinem Platz auch hat, scheint mir doch nicht mehr zu sein als eine nur oberflächlich dekorative Studie, ohne irgendetwas von ausgereiftem Leben in sich zu tragen. Überhaupt ist die Persönlichkeit, die sich am wesentlichsten unter den andrängenden Jungen heraushebt, für mich nicht Matisse. sondern Kokoschka, der allerdings mit ihnen allen so wenig Konnex hat, daß man ihm unrecht täte, wollte man ihn irgendeiner Gruppe anreihen. Besonders in diesen letzten Bildern geht er ganz die eigenen Wege. Absolut isoliert steht er, und nichts ist in ihm, was irgendwie nach einer Propaganda klänge. Groß ist mir sein Selbstporträt. Vor allem aber seine Verkündigung. Weshalb das Bild so heißt, ist nicht recht abzusehen; man sieht eine schlafende Frau und dicht vor ihr eine zweite nackte, alles eng den Rahmen füllend. In dem Eindruck des Bildes glaubte ich gewisse Anklänge an den späten Bruegel zu fühlen, aber wohl in nichts anderm als in der schweren Trächtigkeit alles Seelischen. Daneben ist ein Mann mit einer jungen Frau oder Knaben auf dem Schoß und die Hände in der Bewegung zu einander. Was darin steckt, ist zu stark, um es Mystik zu nennen, aber es ist wie unmittelbar aus der Seele heraus geschaffen. Übrigens ist unter den gemalten Farben auch etwas von jenem diagonalen Netz zu sehen, das hier aber nur wie ein Unterton mitklingen kann, und das in seinen verschiedenen Zusammenhängen nicht weiter aufzufassen

möglich ist. Neben diesen Werken verlieren die Bilder Oppenheimers, für die ich früher außerordentlich eingenommen war, und die wohl einen gewissen Konnex mit ihnen haben, doch ganz wesentlich an urwüchsiger Kraft. So ganz fabelhaft fähig Oppenheimer ist. so hat seine Art doch etwas Geistreiches und Feinnerviges, das neben der Naivetät und dabei dem schweren Gewich: Kokoschkas nicht aufzukommen vermag. Oppenheimers Beweglichkeit scheint dagegen fast ins Elegante herüberzugehen. mit ein wenig blutdürstigem Beigeschmack durchsetzt. Der Raum, in dem Kokoschka hängt, bringt überhaupt viel Schönes. Steiners Bilder haben wirklichen Fluß in der Bewegung. Persönlich besonders gut gefällt mir Heuser. Ein Bild stellt eine Schlacht dar. ein anderes die heilige Nacht, beide in etwas mittelalterlichem Sinn gesehen Die Gruppen trennen sich von einander in ganz kompakter Geschlossenheit und sind auf steil in die Höhe gehendem Terrain etwas baukastenhaft aufgebaut Die Farben sind kindlich, und auch die Erscheinung der Engel hat in der Robustheit ihres Glanzes etwas kindlich Wunderhaftes an sich. Von den Jungen fällt sonst wohl noch am meisten Zak mit zwei Bildern auf, die in ihrer Art den jungen Picassos sehr ähnlich sind. die seinerzeit auf der Kölner Ausstellung waren, wenngleich sie in ihrem Gehalt nicht so vollgewichtig sind. Es ist aber die selbe sehr vornehme, zuruckhaltende Art der Zeichnung, die fast etwas Holziges an sich hat, und die. verbunden mit dem Dargestellten, das sich innerlich vom Beschauer so ganz abgewandt hält, stark berührt. Schön sind auch die beiden Heckelschen Bilder, ein sterbender Pierrot, und ein Kanal, beide in kräftigem Schwarz und Weiß gemalt. Vlamingk ist von den Waldenschen Ausstellungen her bekannt und lieb. Vollkommen leer in ihrer beabsichtigten Größe und dabei ein wenig münchnerisch in der Art kommen mir Erbslöh und Brandes vor. Seurat ist mit einigen Bildern vertreten. Mir ist es unverständlich, wie ein Künstler so ohne Saft und Leben hat zu Namen kommen können; es ist wohl nichts anderes als das Renommee eines

sogenannten witzigen Koples.

Von den älteren Größen sind einige Renoirs sowohl aus den jungen als auch aus seinen letzten Jahren zu sehen. Die

späteren Bilder. besonders der rote Akt der Badenden, sind für mich immer wieder von ganz besonderer Lebensfülle und besonderm Gehalt. Im selben Raum hängen zwei sehr schöne, einfach und klar gemalte Akte von Maquin. Der Trübnersaal steht neben all dem Sturm in einer so fest gegründeten altmeisterlichen Ruhe und Sicherheit. daß er wie ein Hafen wirkt, wenngleich neben den wirklich guten Bildern auch viel Gleichgültiges mit unterläuft.

Die Plastik ist nur wenig vertreten, aber um so ausdrucksvoller. Ganz unbedingt schön ist nur wieder Barlach, besonders sein Einsamer, der mit seinem Licht sich suchend zur Seite biegt. Wie das heute hat möglich sein können dem Gesicht so sehr alle Individualisierung zu nelmen (seine Köpfe sind immer der gleiche Typus) und dabei in das Ganze eine solche immense Kraft des seelischen Ausdrucks zu legen, ist mir etwas ganz Wunderbares. Die Gaulschen zwei Löwen sind wieder so streng und gut wie immer; ebenso Kolbe, Fry. dag und der Lehmbrucksche Halbakt, der allerdings aus früheren Jahren sein soll.

Gurlittsalon

Berliner Aus- Der stellungen

х brachte

vor einiger Zeit eine Gruppe Matissescher Bilder mit Motiven einer afrikanischen Reise. Die Klarheit und Farbigkeit seiner Farbflächen ist geradezu enorm. Sie sind groß und schlicht gehalten, ohne etwa plakathaft zu wirken. Ganz neu und unerreicht scheint mir, wie er es verstanden hat die klar durchleuchteten Schatten zu geben. Manchmal. wie auf dem Bild der Afrikanerin, ist kein Fleck direkten Sonnenlichts, und doch fühlt man draußen die grellste Helle. Die Sonne, die nur von überall reflektiert ist, schafft hier Schatten von jener Dünnflüssigkeit und Transparenz, in der nichts von Modellierung entstehen kann. Und gegen das kreidige und starre Sonnenlicht, das alles tötet, ziehen sich die Schatten zu ihrer Welt zusammen, die kühl und blau ist, und wo eben die Dinge nur in der Durchsichtigkeit ihrer Farbe leben,

Walden hat seine Ausstellungen mit einer Gruppe schweizerischer Maler beschlossen. Die ausgestellten Sachen sind durchaus bemerkenswert. Vor allem haben die Bilder von Helbig freien und großen Zug; in der Farbe sind sie

voll und dabei luftig. und in der Zeichnung betonen sie auf eine sehr kräftige Weise immer wieder die richtigen Momente der Bewegung. Ein Bild sei genannt: Auf sehr schattigem Vordergrund drei Frauenakte, zum Teil im Wasser und dicht hinter ihnen, auch noch im Schatten, ein Segel und wieder dahinter Berge in rosa Licht. Das Ganze hat Freiheit im sich Äußern und einen gewissen seelischen ruhigen Glanz. Es ist sehr merkwürdig, wie das Publikum nach wie vor an den Waldenschen Ausstellungen vorbeigegangen ist und schließlich gewartet hat, bis ihm die selbe Kunst erst von gemeinhin anerkannten Salons vorgesetzt wurde. Allerorten scheinen sich ihr jetzt die Türen zu öffnen. Der Kunstsalon Moses will ihnen auch eine Heimstätte geben. Er beginnt mit einer ganz ausgezeichneten Sammlung von Pechsteinschen Zeichnungen. Die Zeichnung ist sicher das Feld, auf dem Pechstein, von dem Glasfenster abgesehen, sich ganz besonders frei und gut zu geben vermag, wahrscheinlich. weil das stark Impulsive seiner Eindrücke hier am unmittelbarsten zum Ausdruck kommen kann Überall ist die gleiche sehr kräftige Auffassung vom Körper, vom Geschlecht überhaupt, vom Rassentypus, und alles in der selben breiten Holzschnittart. ×

Kurze ChronikIm Oktober findet in der Aula der Berliner Univer-

sität ein Kongreß für Ästhetik und allgemeine Kunstwissenschaft statt. Ň Professor Dr. Kötschau, bisher Direktor des Kaiser Friedrich-Museums, hat die Wahl zum Generaldirektor der Düsseldorfer Sammlungen angenommen. X Der Sonderbund der westdeutschen Kunstfreunde, der vor einem Jahr die glänzende Ausstellung in Düsseldorf veranstaltete, hat sich aufgelöst. Ein Teil der Mitglieder, erschrocken über die Konsequenzen, die die damalige Ausstellung ergaben, tat sich zu einem neuen Bund der Friedfertigen zusammen; daraufhin zogen sich die ernsteren Elemente zurück. × Paul Cassirer wird demnächst in Köln einen Kunstsalon eröffnen. \times Im Juni wird die erste jury. freie Ausstellung in Dresden eröffnet. × Der Münchener Künstlerunterstützungsverein gab im Jahr 1912 an Beihilfen 90 000 Mark aus. х х

Literatur

Wilhelm Hausenstein hat aus dem Französischen ein Buch von Maurice

Barrès, betitelt Greco oder Das Geheimnis von Toledo, übersetzt /München. Müller & Rentsch/. Es behandelt den übermächtigen Eindruck, den Barrès von der Kunst Grecos empfing und engstens damit verknüpft von Toledo als dem Aufenthaltsort des Malers. Die Stadt ist ihm ein Schlüssel zu Grecos Kunst. und diese wieder ein Schlüssel zum Erfassen des spanischen Volkes. Barrès sieht in Greco wie in einem Brennpunkt zusammengezogen das merkwürdige Wesen der Spanier, das in einer gewaltsamen Verschmelzung von Christentum und orientalischem Blut besteht. Er empfindet das Seltsame dieses Wesens mit einer ganz enormen Elastizität der Sinne und mit bis in das Letzte hingebender Gewalt. Ein ieder noch so leise Ton klingt in seinem Geist wieder an; diesem Nachfühlen aber gibt er sich mit einer Wonne, die alles in ihre Freude aufnimmt, auch die Grausamkeiten und Gewalttaten. die zu der Geschichte des spanischen Volkes gehören. Und wenn damals diese Grausamkeiten auch wohl etwas von Lebensgrund und Notwendigkeit hatten. so wurzeln sie hier doch nur in der unfruchtbaren Freude des Nachfühlens. und diese zweite Seele, die bis in das Letzte Frömmigkeit und Verbrechen wie im Spiegel zu erleben imstande ist, macht mir das Buch unlieb, trotz der überaus glänzenden künstlerischen Kraft. die in seinem Stil und seiner Anschauungsweise steckt.

KULTUR

Kunstgewerbe / Paul Westheim

Seidl + Die deutsche Baukunst hat zwei Persönlichkeiten von Wert zu betrauern. Beide, Otto March und Gab. von Seidl, die in kurzem Intervall entschlafen sind, ragten in besonderer Weise aus ihrer Generation, jener Generation, die wir kurzweg als die der siebziger und achtziger Jahre zu bezeichnen pflegen, heraus. Beide teilten mit ihren Altersgenossen das Bedürfnis nach Anlehnung an die im Augenblick goutierte Tradition, und beide hatten doch künstlerischen Instinkt genug, um im Entscheidenden über das nur Traditionelle hinauszuwachsen. Die Vergangenheiten waren ihnen Halt, nicht Joch. Vor Seidl erschallte in dem

München der achtziger Jahre als Reaktion gegen jenen dünnblütigen Klassizismus der Ruf nach dem deutschen Stil. Als er sich dieser von Hirth und Muther entfachten Bewegung anschloß, dachte er gewiß viel weniger an das, was man sich aus dem Motivenschatz der deutschen Renaissancekunst aneignen könnte, als an die Bodenständigkeit einer Formenwelt, die als Tradition noch immer lebendig mit dem Volksgeist seines engern Vaterlands verknüpft war. Seidl war auch im Fühlen ein Suddeutscher. auf das Behäbige und Beschauliche war seine Natur angelegt. Er liebte es seine Bauten auf das stimmungsvoll Malerische hin zu disponieren, und was selbst seine ganz großen Anlagen den Sinnen angenehm macht, ist immer dieser ins Dekorative hinüber spielende Reichtum. Seidl war gewiß nicht so eigenwillig und nicht so urwüchsig wie Wallot, der ja auch immer besorgt war sich mit der Tradition auseinanderzusetzen und der, da es ihm im Norden an den großen Anknüpfungspunkten fehlte, unfreiwillig fast zu einem Brecher der Tradition werden mußte. Aber auf seiner gesicherten Grundlage hat er sich harmonischer, gefälliger ausgeben können.

March +

Seidl wollte mehr durch Anmut als durch Kühnheit bestechen. Diese gesicherte

Grundlage hat March Zeit seines Lebens entbehren müssen. So sehen wir ihn mit den wechselnden Ansprüchen der Zeit unstet von Tradition zu Tradition jagen. Seine bleibende Bedeutung liegt vielleicht nicht so sehr in seinen, der allgemeinen Beurteilung zugänglichen Bauwerken wie in den Impulsen, die er der jungen Architektenschaft und vor allem der jungen Bewegung des künstlerischen Städtebaus zu geben wußte. Dem Datum nach gehörte ja auch er einer Architektengeneration an, die mehr um das Einzelhaus als um die städtebauliche Gesamtwirkung ihrer Bauten besorgt zu sein pflegte. In seinem Wirken und Streben aber stand er als Protektor wie als Mitkämpfer an der Seite der jungen Architekten und Architekturtheoretiker. die in dem künstlerisch orientierten Städtebau das gewichtigste Architekturproblem der Zeit erblicken. March war einer der rührigsten und feinsten Propagandisten, als es galt auf dem Umweg über die breite Volksmasse den Gesetzgeber wie die Architektenschaft für diese Idee aufzurütteln. Der Wettbewerb Groß Berlin und die Berliner Städtebauaus-

stellung, die diesem diffizilen Problem erst die Popularität gesichert haben, kamen auf seine Initiative zurück und wären ohne die von ihm unermüdlich geleisteten Vorarbeiten kaum oder wenigstens noch lange nicht zustandegekom-men. So ist er in den letzten Jahren geradezu das Gewissen der modernen Städtebaubewegung geworden, die in ihm einen der wackersten, eifrigsten und uneigennützigsten Vorkämpfer verloren hat. Х

Gustav

Goerke

۰. ۲۰

× ein

Goerke hat

paar Jahre lang die Öffentlichkeit nicht beschäftigt. Nach einem glanzvollen Debüt, das in diesem Olbrich- und Eckmannschüler einen Künstler von überraschendem Instinkt für mondäne und demi-Stimmungswerte und mehr mondäne noch von außerordentlichem Gefühl für Material- und Farbenreize ankündigte, scheint er sich geflissentlich von all den Gelegenheiten, wo der Kunstgewerbler sich zu zeigen pflegt, ferngehalten zu haben. Man hörte von mancher Wohnung, die er kostbar eingerichtet habe, und man sah auch gelegentlich einmal derlei Mobiliar, das auf einen feinfühligen und geistreichen Gestalter schließen Nach Jahren solch arbeitsamer ließ. Zurückhaltung zeigte er jetzt eine Reihe neuer Räume, die, um es gleich vorweg zu sagen, natürlich nicht den Anspruch erheben nach jedermanns Geschmack zu sein, die aber gerade dadurch, daß sie ihre eigene Fraktur, ihre besondere Stimmung haben. zu den ausgezeichneten Dokumenten neudeutscher Wohnkultur gehören. Das eine ist von ihnen zunächst zu begreifen, daß Goerke aus . dem Instinkt heraus Künstler ist. In der Zusammenstellung von Materialien, in der Wahl der Farben, in Einzelheiten der Form bezeugt er eine auf den ersten Blick verblüffende Kühnheit. Er hat eine Neigung zu originalen und originellen Ideen, stürzt sich in Wagnisse, die dem soliden Handwerksmann abenteuerlich erscheinen müssen, aber tut das alles und immer als ein Künstler, der über all diesen Voraussetzungen wie Farbe, Material oder Zwecknotwendigkeiten steht, der Wirkungen abzuschätzen und zu erreichen vermag, der alles, was er wagt, am Ende doch zur Harmonie bringt. Eine frühere Neigung spielerische Einfälle ein wenig kokett aufzutragen, jene Neigung eben, die ihn scharmante Kulissen um elegantes Junggesellentum und mondän be-

strebte Weiblichkeit zaubern ließ, hat er abgestreift. Diese früheren Räume erscheinen auch heute noch sympathisch; allein sie sind doch mehr Ankündigungen eines Talents, das sich selbst erst finden mußte. Wie weit Goerke auf diesem Weg zu sich gekommen ist, beweist vielleicht am besten ein monumental wirkendes Speisezimmer in Maĥagoni. Die Wände sind durch Mahagonipilaster streng gegliedert. Auf der Schmalseite den Fenstern gegenüber klingt in das schwere Rot als kecke Pikanterie das bläuliche Grün eines Marmorkamins. Die der Tür gegenüberliegende Längsseite ist in 3 Felder aufgeteilt. In der Mitte eine breite Anrichte, darüber aus dem gleichen Polisanderholz bis zur Decke reichende Wandschränke, flache Die Felder rechts und links sind sehr geschickt mit einem schier altmodisch anmutenden dunkelroten Seidensamt ausgeschlagen. Dazu als Akzente in schwarzen Rahmenstücken etwas gehaltvolle Schnitzerei, ein Teppich mit kirschroten Arabesken auf schilfgrünem Fond, endlich an der Decke ein Licht, das zwischen Glasperlen herausrieselt. Das Ganze wirkt durch das Gegeneinanderstimmen all der Einzelheiten wesentlich einfacher als es durch die Beschreibung anschaulich gemacht werden könnte und atmet doch Reichtum und Repräsentanz im feinsten Sinn. Wie Goerke überhaupt sich kein Mittel entgenen läßt, um durch dekorative Elemente große Wirkungen zu erzielen. Aber alle diese Versuche mit Schnitzereien, mit Stickereien, Intarsien usw. erscheinen durchaus als sein geistiges Eigentum, sind lebendige Glieder innerhalb einer einheitlichen Struktur. Für den Wunsch aus Mietshauszimmern erträgliche Räume zu schaffen bietet er eine ganze Reihe interessanter Lösungen. Schränke, die als Fremdkörper vor der Wand stehen könnten, werden durch einen Rabitzaufsatz eingebaut, Decken auf gleiche Weise heruntergezogen und dadurch für die Beleuchtung aparte Möglichkeiten gewonnen, Nischen beseitigt oder geschaffen. Hier meldet sich in Goerke der heimliche Architekt zum Wort, dem man wohl eigentlich das Häuserbauen nicht zutrauen möchte, der aber in das Gerät oder den Innenraum eine Tektonik zu bringen vermag, die eine üppig quellende Phantasie recht eigentlich zur Harmonie abklärt. Χ.

х

Poiret

Poiret hat als Schneiderkünstler einen Sensationserfolg gehabt. Allerdings

nicht in der Zentrale der Moden. In der Rue de la paix ist man über seine Draperieen mit einer stillschweigenden Selbstverständlichkeit zur Tagesordnung übergegangen. Immerhin, die Linic, die Poiret an seinen schicken Mannequins enthüllte, war gelegentlich nicht ohne Delikatesse. Es gab unter seinen Einfällen doch ein paar reizvolle Sachen, die übrigens bei der grande couture nicht ganz unbeachtet geblieben sind. Wie die Wiener Kostümzeichner, wie die ganze Gattung, die sich gern *Kleiderkünstler* nennen hört, ist Poiret ein verkappter Kunstgewerbler. Die Schneiderei ist für sie eine Episode, die zwischen Woh-nungskunst und Theaterkulissenreform auch einmal an die Reihe kommt. Er ist heute als Kleidermacher nicht sehr en vogue. So bietet er uns Möbel. Ob sie Erfolg haben werden, ist fraglich. Gerson, der sie in Berlin ausstellt, hätte ihm keinen geringen Dienst erwiesen, wenn er ihn darauf aufmerksam gemacht hätte, daß wir auf kunstgewerblichem Gebiet seit einer Reihe von Jahren doch nicht mehr exotischer Exportbezirk sind. Ja, wir könnten an den Poiretschen Innendekorationen beweisen, daß wir zu Zeiten der Darmstädter Künstlerkolonie schon weiter waren als das Reformertum, das uns da entgegentritt. Ich möchte beinahe behaupten, daß selbst eine so hausbackene Musterzeichnernatur wie Albin Müller, der jetzt auf der Darmstädter Mathildenhöhe re-sidiert, weiter und in gewissem Sinn schätzbarer ist. Seine Einrichtungen haben doch wenigstens Räumlichkeit; das Architektonische in ihnen ist zwar schwach, aber es ist doch Architektonisches spürbar. Der Pariser ist nur Dekorateur. Zwischen vier Wänden entfaltet er eine Unmenge Einfälle. Olbrich sprach um die Jahrhundertwende wenigstens schon von »Ideen«, aber diese Vielheit von Einfällen wird nirgends zum Raum, zur räumlichen Einheit. Leichtes und Schweres, Dumpfes und Prickelndes, Originelles und Klassizistisches setzt er schreiend neben einander. Ich notiere einen dünnen, körperlosen Beleuchtungskörper, grüne Holzstäbchen mit goldenen Quasten neben einem ganz schweren Bühnenvorhang, einem Vorhang, dessen dumpfes rotes Muster 2 Fuß breit ist, oder grobe Rupfen als Bezug für Stühlchen, die ein zartes Empireprofil weisen, dieses dünnblütige Ge-

stühl wiederum neben einem Tisch, der in seiner affichenhaften Grobschlächtigkeit einem Lucian Bernhard alle Ehre machen würde. Oder etwas anderes: Man sieht einen Schrank, einen ganz natürlichen viereckigen Kasten mit Glasscheiben. Ein knallroter Anstrich und eine aufgemalte naturalistische Goldornamentik machen ihn zu einem Poiretmöbel, das heißt, es ist über eine Sache. die ein halbwegs intelligenter Tischler sicherlich nicht schlechter gemacht hätte, ein Dekorateur gekommen. Oder wie soll man einen Mann nennen, der in eine glatte Front von Schlafzimmerschranktüren eine bunte, elektrisch durchleuchtete Glasornamentik einsetzt, und zwar, um die Messingfassung zu vermeiden, sie auch noch technisch schlecht mit Holzringer einsetzt? Man weiß, daß Poirets Modeerfolg wesentlich davon herrührte, daß er zunftwidrige und exotische Materialien aufstöberte. Als Zimmerdekorateur versucht er ein Gleiches. Er hängt etwa einen Quadratmeter grünen Staketenzauns, auf den Glühbirnen montiert sind, an die Decke, Ein anderer Beleuchtungskörper scheint entstanden, indem ein Blumentisch, wie sie früher vor den Fenstern standen, an der Decke befestigt und mit elektrischen Isolierrohren besetzt wurde. Das müssen wir ablehnen: nicht weil es gewagt, sondern weil es nicht gekonnt ist.

Endell

Der Zufall fügt es, daß nach diesen Poiretschen Einfällen hier von einem

Mann gesprochen werden muß, der zu dem kleinen Trupp jener Künstler gehört, die schon vor Beginn des neuen Jahrhunderts Kühneres und Überraschenderes wagten. Ihnen allen fehlte es nicht an turbulenten Einfällen, aber auch nicht an dieser künstlerischen, dieser architektonischen Struktur, aus der heraus Werte von dauerndem Bestand sich entwickeln konnten. August Endell ist einer von diesen wagelustigen Versuchern, der manches ersonnen und manches probiert hat, was dem Ge-schmack des Publikums nicht eingehen wollte, das aber doch nie jene künstlerische Erregtheit verleugnete, die noch das mißlungene Experiment schätzbar macht, nur ein Umweg zur Reife ist. Vor einer Anlage wie der Mariendorfer Trabrennbahn, die Endell jetzt zu bauen Gelegenheit hatte, empfindet man die Notwendigkeit solcher Umwege. Sie werden gerechtfertigt durch die charaktervolle und charakteristische Struktur, die

Endell einer solchen Anlage zu geben wußte, die beinahe mehr technisches und städtebauliches architektonisches als Problem ist. Die Geste. in der das alles gehalten ist, ist hier schon gelegentlich der Westender Häuser aufgezeigt worden (siehe diese Rundschau, 1911, 3. Band, pag. 1507 f.). Wieder hatte Endell sich bei den mannigfachen Bauten für die Rennbahn. Tribünen. Restaurationsanlagen, Betriebshäuser und Stallungen usw., eine große Einfachheit und, was die Kosten betrifft, eine gewaltige Beschränkung aufzuerlegen, und wieder hat das ihn nicht gehindert die Struktur eines solchen Organismus mit einer seltenen Subtilität herauszuarbeiten, ihn mit dem eigenen Geist zu durchsetzen, der uns Endell wert macht. Wir kennen von neueren Rennbahnen nur eine, die den Vergleich mit dieser Endellschen Anlage auszuhalten vermag, und die haben Hoppe. Kammerer & Schönthal bei Wien gebaut,

KurzeChronik Im Kunstgewerbemuseum ist der Nachlaß des Ar-

chitekten der Reichsbank. Julius Habicht, ausgestellt. Man kennt diese noblen Bankbauten, die iedesmal mit einem feinen Takt in das spezielle Stadtbild hineinkomponiert worden sind. X Der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller hat in den Räumen der Textilwoche eine bemerkenswerte Drucksachenschau gezeigt. Einsender waren Berliner Firmen, die geschmackvolle, in ihrem Gebrauch vefindliche Geschäftsdrucksachen zei en sollten. Das künstlerische Niveau dieser Kaufmannsgraphik war überraschend; eine Jury. die aus Künstlern und Kaufleuten zusammengesetzt war, konnte eine große Anzahl Auszeichnungen verteilen. X Eine vor wenigen Jahren gegründete bibliophile Vereinigung, die Maximiliangesellschaft, zeigte in den Räumen der Kunstgewerbebibliothek Druckwerke aus dem Besitz ihrer Mitglieder. Mit Behagen war festzustellen, daß diese Sammler neben den kostbaren alten Drucken auch die neuen typographischen Kunstwerke zu schätzen und zu erwerben wissen. × Die beachtenswerten Leistungen der bayrischen Fachschulen, die ein besonderes Schaustück der vorjährigen Gewerbeschau waren und auch in dieser Rundschau (1912, 2. Band, pag.

1018 f.) verdiente Würdigung erfahren haben, sind in kleinerm Umfang noch einmal bei Keller & Reiner in Berlin vorgeführt worden.

Literatur

Im Auftrag des belgischen Arbeitsministeriums hat ein

junger Soziologe Pierre Verhaegen eine eingehende Untersuchung der Verhältnisse in der belgischen Spitzenklöppelei vorgenommen. Das umfangreiche Werk La dentelle belge ist jetzt in 2. Auflage erschienen /Brüssel, Lebègque/. Die Maschinenspitze ist der harte. der unerbittliche Konkurrent der Handspitze. Und wenn, wie es hier vielleicht am deutlichsten zu sehen ist. der Wertunterschied zwischen Hand- und Maschinenarbeit ungeheuer ist, so kann die kostbare Handspitze sich nur verhältnismäßig schlecht behaupten, weil auch bei dem Publikum, das sich solche Dinge gestatten kann. die Wertschätzung ständig abnimmt; oder richtiger: dem Besitz einer echten Spitze nicht mehr die Bedeutung beigemessen wird, wie zu Zeiten, da die Spitze überhaupt für die Mehrzahl der Menschen ein unerschwinglicher Luxus war. Immerhin werden für Handspitzen noch beträchtliche Summen bezahlt, die allerdings nur zu einem geringen Bruchteil den Heimarbeiterinnen zugute kommen. Der Zwischenhandel, kleine Krämer, die gelegentlich auch noch ein elendes Trucksystem ausüben, vor allem die Nonnenklöster, die in Flandern die Spitzenproduktion kontrollieren, haben ein Lohnniveau von unerhörter Niedrigkeit erzwungen. Der durchschnittliche Tagesverdienst übersteigt 1 Franc nur ausnahmsweise. Ein paar der Ziffern. die keineswegs zu den Ausnahmen gehören, seien gegeben: Sehr geschickte Arbeiterin 12stündige Arbeitszeit 0,75, alte Arbeiterin 9stündige Arbeitszeit 0.45 Franc; verheiratete Arbeiterin mit Kindern 6stündige Arbeitszeit 0.29 Franc. Neben diesen Ziffern die prachtvollen Abbildungen der erlesensten. duftigsten und als kostbar geschätzten Spitzenkunstwerke. Ein Nebeneinander von diabolischer Phantastik. Allerdings sind es jetzt gegenüber den 150 000 Klöpplerinnen aus dem Jahr 1870 »nur noch« 46 000, die so das Dogma von der Qualitätsarbeit und ihrer Rückwirkung auf den Qualitätsarbeiter ein bißchen zuschanden machen.

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION NERMANN REMÄNDER IN MEUBABELSBERG - VERLAG DER SOZIALI-STISCHEN BONATSHEFTE G. N. B. H. IN BERLIN - DRUCK VON HARS DONRN IN BERLIN